Deutschenhass S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

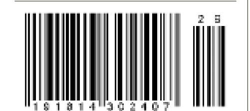
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 29 – 23. Juli 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Vorsicht, Spitzel: Das blüht unserer Gesellschaft, wenn die Pläne der Bundesregierung Realität werden Bild: pa

Denunziation wird Vorschrift

Bundesregierung baut Überwachungssystem zur Finanzkontrolle auf

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Bundesregierung eine radikale Verschärfung des Geldwäschegesetzes auf den Weg gebracht. Mit dem bereits in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf sollen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wirksamer bekämpft werden.

Vom Beginn des kommenden Jahres an dürfen keine Bareinzahlungen von mehr als 1000 Euro auf Bankkonten vorgenommen werden, ohne dass der Einzahler überprüft und registriert wird. Bislang lag die Bareinzahlungsgrenze bei 15 000 Euro. Auch anonyme Käufe im Internet, beispielsweise mit Prepaid-Karten oder E-Money (siehe Seite 7), sind künftig verboten. Zur Überwachung dieser Regelungen sieht der Gesetzentwurf eine ganze Reihe von Sorgfalts- und Meldepflichten vor, die insbesondere für den Nichtfinanzsektor und freie Berufe wie Immobilienmakler, Steuerberater, Versicherungsagenten und Rechtsanwälte gelten sollen. Zukünftig müssen Händler, Banken, Versicherungen und andere „Verpflichtete", wie sie im Gesetzestext genannt werden, „angemessene, risikoorientierte Verfahren" anwenden, um ihre Geschäftspartner zu überprüfen. Dazu gehört auch die Prüfung, ob es sich bei dem Kunden um eine „inländische politisch exponierte Person", deren unmittelbares Familienmitglied oder eine „ihr bekanntermaßen nahestehende" Person handelt. Besteht der Verdacht, dass es sich um eine solche Person oder um einen Fall von Geldwäsche handeln könnte, ist dies der „Zentralen Verdachtsmeldestelle" beim Bundeskriminalamt anzuzeigen. Diese Überprüfungs- und Meldepflichten gelten auch für Berufsgruppen, die der Schweigepflicht unterliegen. „Verpflichtete" mit mehr als neun Mitarbeitern müssen den Behörden einen „Geldwäschebeauftragten" benennen, der regelmäßig zu schulen ist und dem ungehinderter Zugang zu allen relevanten Unterlagen und Daten gewährt werden muss. Wer seinen Pflichten nicht oder nur unzureichend nachkommt, kann mit einem Bußgeld und sogar mit Berufsverbot bestraft werden.

> »Verpflichtete« müssen Kunden durchleuchten und auch anzeigen

Zur „Prüfung der Einhaltung der im Gesetz festgelegten Anforderungen" darf die zuständige Behörde „auch ohne besonderen Anlass" bei den Verpflichteten auf deren Kosten innerhalb der üblichen Geschäftszeiten die Betriebsräume „betreten und besichtigen" und sich die Unterlagen vorlegen lassen. Die Durchführung der Prüfungen kann die Behörde auf Dritte, wie beispielsweise die Kammern, übertragen.

Die Bundesregierung sieht zu der geplanten Gesetzesverschärfung, die zu radikalen Einschränkungen der finanziellen Transaktionsfreiheit der Bürger führen wird, „keine Alternative". Begründung: Nur so könne die „Integrität, Stabilität und damit die ‚Sauberkeit' des Wirtschaftsstandortes Deutschland sichergestellt" werden. Kritiker sehen in den geplanten Maßnahmen dagegen einen Vorboten der Devisen-Zwangsbewirtschaftung, einen Auswuchs des Überwachungsstaates und einen eklatanten Eingriff in die demokratischen Freiheitsrechte der Bürger. *Jan Heitmann*

(Siehe Kommentar Seite 8)

Jan Heitmann:

Rote Troika

Haben Sie denn keinen Ehrgeiz?", musste sich Peer Steinbrück vor einigen Monaten von einem Fernsehjournalisten fragen lassen, als er den Gedanken an eine Kanzlerkanidatur noch weit von sich wies. Zu Recht bemerkte er, dass er genug politische Spitzenämter gehabt habe und sich mit 64 Jahren beruhigt auf das politische Altenteil zurückziehen könne. Mit dem Ruhestand scheint es jetzt wohl doch nichts zu werden, denn der nüchterne Norddeutsche wird bereits als nächster SPD-Kanzlerkandidat gehandelt. Da sind aber noch zwei Genossen, die genau das auch gern werden wollen: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier und Parteichef Sigmar Gabriel. Neuerdings treten die Möchtegern-Kandidaten im Dreierpack auf. Wie zwei blasse Monde sonnen sich Steinmeier und Gabriel an der Seite Steinbrücks, des derzeit wohl populärsten Sozialdemokraten. Dieser bringt mit Klugheit, breiter Erfahrung und hoher finanzpolitischer Kompetenz genau das mit, was sich die Menschen in der Krise von einem Regierungschef wünschen. Steinmeier dagegen, als Außenminister der Großen Koalition eher farblos, gilt vielen als Langweiler. Öffentliche Sympathie erwarb er sich vor allem durch die Organspende für seine schwerkranke Ehefrau. Und Gabriel taugt allenfalls als Verlegenheitskandidat. Wer auch immer von den Dreien 2013 für die SPD ins Rennen geht, hat gute Chancen, ins Kanzleramt einzuziehen. Denn, wie es ein SPD-Abgeordneter gegenüber einem CDU-Kollegen ausdrückte: „Die nächste Wahl gewinnen wir. Nicht, weil wir so gut sind oder man uns unbedingt will, sondern weil man euch nicht mehr will." Merkel & Co. haben noch zwei Jahre Zeit, das zu ändern.

Probleme kleingeredet

Wehrbeauftragter rügt Ausrüstungsmängel — Ministerium beschwichtigt

Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) schlägt Alarm. In einem als geheim eingestuften Schreiben an den Bundesverteidigungsminister kritisiert er erneut schwere Ausrüstungsmängel beim Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Kenner der Hardthöhe schließen nicht aus, dass es sich bei der Weitergabe des Schreibens an die „Bild" um eine gezielte Indiskretion handelt, damit der Minister durch die so erreichte Öffentlichkeit endlich zum Handeln gezwungen wird.

Königshaus kritisiert in dem Papier, dass es in den deutschen Feldlagern nicht genug Blutkonserven gäbe, um Verwundete ausreichend zu versorgen. Auch stünden nur Schmerzmittel zur Verfügung, deren Wirkung erst nach einer halben Stunde einsetze. Probleme gibt es auch bei der Trinkwasserversorgung und der Ausrüstung von Sanitätsfahrzeugen. Außerdem bemängelt er, dass Sprengsätze ungeschützt entschärft werden müssten, da automatische Entschärfungssysteme nicht einsatzbereit seien. Da ist es schon vergleichsweise harmlos, dass die Klimatisierung der Schützenpanzer mangelhaft ist.

> Mängelbeseitigung scheitert an Vorschriften

Verteidigungsminister Thomas de Maizière räumt die Mängel zwar ein, spielt sie aber herunter. So seien die zugelassenen Blutkonserven wegen des deutschen Arzneimittelrechts in Afghanistan nicht nutzbar und ein neues Präparat stehe erst in zwei Jahren zur Verfügung. Die „herstellerseitige Bereitstellung von Ersatzteilen" sei „noch nicht abschließend geregelt" und Verbesserungen an Fahrzeugen und Gerät befänden sich „in der vorgegebenen Prüfung".

Bei der „Fronttruppe" hat man für diese Erklärungen keinen Sinn. Hier erwartet man schnelles Handeln. „Das Mindeste, was wir erwarten können, ist eine optimale medizinische Versorgung, wenn wir schon unseren Kopf hinhalten", so ein Hauptmann gegenüber der *PAZ*. *J.H.*

Nur vorgeschoben?

DIW-Studie bestreitet Vorhandensein von Fachkräftemangel

Gäbe es in Deutschland einen echten Fachkräftemangel, hätten die Arbeitgeber längst Ingenieure oder IT-Spezialisten mit entprechend hohen Vergütungen angelockt. Denn ist die Nachfrage höher als das Angebot, treibt dies den Preis nach oben. Das gilt nicht nur für Aktien, sondern in der gesamten Wirtschaft. So argumentiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin in seiner heftig umstrittenen Studie zum Fachkräftemangel. Entgegen den Beteuerungen der Unternehmen, in Deutschland gebe es zu wenige Absolventen der technischen Studiengänge, kommt das DIW zu dem Schluss, dass die Zahl der Universitätsabsolventen in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern bei weitem über dem jährlichen Bedarf an Mitarbeitern liege, die aus Altersgründen ausscheiden. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist laut Studie bei fast allen Fachbereichen höher als die Zahl der offenen Stellen. Würden die Arbeitgeber mehr Flexibilität und Eigeninitiative in der betrieblichen Ausbildung beweisen, sei eine Debatte um fehlende Fachkräfte überflüssig. Das DIW wirft der deutschen Wirtschaft vor, das Problem nur vorzuschieben, um die Lohnkosten niedrig zu halten.

> Arbeitgeber drücken sich vor Ausbildung

Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache, denn laut dem Verein deutscher Ingenieure (VDI) fehlten im ersten Quartal bereits rund 69 000 Ingenieure in Deutschland. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hatte schon vor drei Jahren vor den Auswirkungen des zu erwartenden Fachkräftemangels in den Unternehmen gewarnt, der zu erheblichen Verlusten führen werde.

Es ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass Wirtschaftsunternehmen sparen wollen, doch ebensowenig sind sie bei anhaltendem Wirtschaftsaufschwung an Verlusten interessiert. *M. Rosenthal-Kappi*

(Siehe kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Russland kauft Energiekonzerne

Minsk – Was politisch nicht gelingt, wird auf wirtschaftlichem Weg möglich: Russland profitiert aus der weißrussischen Misere und sichert sich verlorengegangenes Einflussgebiet im Westen zurück. Der weißrussische Premierminister Michail Mjasnikowitsch nannte vor kurzem sieben Firmen, die an Russland verkauft werden. Darunter sind strategisch wichtige Konzerne wie Beltransgas, die Raffinerie von Mosyrsk und Teile des örtlichen Telekommunikationsnetzes. Wegen der drohenden Staatspleite war Minsk gezwungen, bei der Eurasischen Union unter Russlands Federführung einen Milliardenkredit aufzunehmen. Der Vertrag schreibt die Privatisierung von Staatsbetrieben vor. Die russischen Staatskonzerne „Gazprom“ und „Rosneft“ gehören zu den Käufern. *MRK*

Kranke Staatsdiener

Berlin – In keinem anderen Mitgliedsland der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben die Staatsbediensteten derart viele Krankheitstage wie in Deutschland. 16,3 Tage pro Jahr sind es beim bundesdeutschen Staatsdiener im Schnitt. In Chile sind es nur 15,7, in Russland 14,0, in Frankreich 13,0, in Österreich 11,9, in Kanada 11,1, in Italien 9,1, in Großbritannien 9,0, in Dänemark 8,9, in Neuseeland 7,5, in Schweden 6,0 und in den Niederlanden, die ansonsten in vielerlei Hinsicht mit ihren deutschen Nachbarn vergleichbar sind, gar nur 5,5. Da ist es deutschen Beamten möglicherweise ein Trost, dass sie nicht nur unkündbar sind, sondern wie die anderen Privatpatienten auch vergleichsweise schnell einen Facharzttermin bekommen. Eine Umfrage der AOK Rheinland/Hamburg hat ergeben, dass gesetzlich Versicherte deutlich länger auf einen Termin beim Facharzt warten müssen. *M.R.*

Zweifel am »Europäischen Projekt«

EU-Beamte sehen Politik, Verwaltungsapparat und Vorgesetzte zunehmend kritisch

Die Politik der Europäischen Union trifft nicht nur beim normalen Bürger auf ein wachsendes Misstrauen. Eine aktuelle Umfrage unter Beamten der EU-Kommission zeigt, dass selbst sie immer weniger von der Politik des eigenen Hauses überzeugt sind.

Einen Ausdruck von Euphorie für das Projekt „Europäische Union“ kann man die Ergebnisse einer Umfrage unter Beamten der EU-Kommission kaum nennen. Im Auftrag der Stiftung “Europe-an Centre for Progressive Studies“ waren 231 EU-Beamte im Juli 2011 zu ihren Ansichten über verschiedene Aspekte der Europa-Politik befragt worden. Das erstaunliche Resultat der Umfrage kann man als regelrechten Denkzettel für die Vorgesetzten der Beamten ansehen. Eine Mehrheit von 63 Prozent der Befragten sieht das „Europäische Projekt“ in einer Dauerkrise. Lediglich 22 Prozent waren ganz oder teilweise der Meinung, dass die europäische Integration in den vergangenen zehn Jahren positiv verlaufen sei. Fast doppelt so viele, nämlich 43 Prozent, haben in der letzten Dekade eine negative Entwicklung gesehen.

Auf eine ähnlich geringe Zustimmung traf bei dem befragten EU-Personal der „Lissabon-Vertrag“ von 2009. Dass diese Geschäftsgrundlage der EU einen „signifikanten und positiven Effekt“ für das „Europäische Projekt gehabt habe, wollten nur 24 Prozent betätigen. Ähnlich pessimistisch werden die Resultate der „Wachstumsstrategie Europa 2020“ gesehen. Interessante Einblicke brachte aber auch die Frage zutage, bei der es darum ging, wer denn eigentlich in der Pflicht steht, das „Europäische Projekt“ zu verteidigen. Hier sehen 84 Prozent die nationalen Regierungen in der Verantwortung. Mit Ausnahme von Polen wären allerdings die Mitgliedsstaaten beim Voranbringen weiterer Integrationsschritte zu zögerlich, so die vorherrschende Meinung.

> Nur ein Viertel sieht Lissabon-Vertrag positiv

Nahezu als niederschmetternd müssen die gegebenen Antworten zum EU-Führungspersonal angesehen werden. Farblose Politiker wie Ratspräsident Herman Van Rompuy oder die EU-Außenbeauftragte Catherine Asthon stoßen anscheinend, falls denn überhaupt bekannt, nicht nur bei Otto Normal-Verbraucher auf Ablehnung. Selbst vom befragten EU-Personal waren 69 Prozent der Meinung, dass Führungskräfte mit mehr Charisma nötig wären. Während die Bürger dem abgehobenen Brüsseler Spitzenpersonal durchaus eine gehörige Mitschuld am schlechten Image der EU zurechnen, sehen die EU-Beamten andere Gründe vorliegen: 27 Prozent halten die Berichterstattung der Medien für eine Ursache der zunehmend negativen öffentlichen Meinung gegenüber der EU. Lediglich 26 Prozent der Befragten machen die Rettungspakete von EU und Internationalem Währungsfonds als Grund für die Euroskepsis aus. Die milliardenschweren Zahlungen dürften anders als bei den EU-Bürokraten für viele Steuerzahler zumindest aktuell ein Hauptgrund für die Unbeliebtheit des Projekts Europäische Union sein.

> Kritik hat oft andere Gründe als bei den Bürgern

Bei einer Umfrage von Nutzern der Internet-Ausgabe des Magazins „Focus“ wurden weitere Hilfen für Griechenland beispielsweise mit einer deutlichen Mehrheit von 58 Prozent abgelehnt. Noch eindeutiger sieht es in den Empfängerländern der Gelder aus. Im November 2010, nachdem das erste Rettungspaket von EU und Internationalem Währungsfonds bereits auf den Weg gebracht war, gaben bei einer „Eurobarometer“-Umfrage 64 Prozent der befragten Griechen an, Misstrauten gegenüber der Europäischen Kommission zu haben. Sogar 65 Prozent hatten das Vertrauen in die Europäische Zentralbank verloren.

Die befragten EU-Beamten halten dagegen andere Gründe für eine wachsende Ablehnung des „Europäischen Projekts“ für relevant: 40 Prozent sahen im Nationalismus, der Erweiterung der EU und der Wirtschaftskrise die Gründe für eine zunehmende EU-Skepsis.

Gespannt sein darf man auf die Ergebnisse zukünftiger Umfragen unter den EU-Apparatschiks. Bisher sind Sparmaßnahmen und ein Zurückschneiden von Privilegien bei der Beamtenschaft erst von der EU-Kommission angekündigt, aber noch nicht umgesetzt worden. Sollte sich die versprochene neue Sparsamkeit tatsächlich künftig in den Geldbeuteln der Beamten niederschlagen, dürfte die aktuelle Umfrage nur ein Vorgeschmack auf neue Umfragetiefs für das „Europäische Projekt“ gewesen sein. *Norman Hanert*



Misstrauen und Kritik am gemeinsamen Projekt: Selbst EU-Beamte stehen nicht mehr zur europäischen Fahne Bild: getty images

Die Schulden-Uhr: Schweigegeld aus Brüssel

In Brüssel verdiene ich zu viel.“ Mit diesem offenen Bekenntnis hebt sich der Pole Marek Migalski wohltuend von den anderen Abgeordneten des EU-Parlamentes ab. Bescheiden konstatiert er: „Es sollte nicht so sein, dass ich doppelt so viel verdiene wie der polnische Staatspräsident.“ Dieses gelte umso mehr angesichts seines Arbeitspensums als Volksvertreter. Dieses beschränke sich auf ein oder zwei Sitzungen im Monat und drei Arbeitstage in den Kommissionen. Der Ausnahmeparlamentarier hat auch eine Erklärung für die angesichts des Schuldendruckes in Europa kaum zu rechtfertigende Großzügigkeit der EU: „Brüssel stopft uns mit Geld voll, damit wir uns nicht aufregen, dass wir dort überhaupt keinen Einfluss haben.“ *M.R.*

1.965.271.699.795 €

Vorwoche: 1.963.900.670.345 €
Verschuldung pro Kopf: 24.055 €
Vorwoche: 24.038 €

(Dienstag, 19. Juli 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bundeshymne »gegendert«

Zustimmung der ÖVP-Führung verschärft Krise der Partei

Es klingt wie ein verspäteter Aprilscherz, aber es ist wahr. Ausgerechnet während zur Schulden- und Währungskrise laufend neue Schreckensmeldungen kommen, hat man entschieden: Österreichs Bundeshymne wird „gegendert“. Der Parlamentsbeschluss in der letzten Sitzung vor der Sommerpause kam zwar nicht mehr zustande, weil männliche ÖVP-Abgeordnete dies mit Dauerreden verhinderten. Doch ÖVP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger hat inzwischen vor der geballten „Frauen-Power“ aus SPÖ, ÖVP und Grünen kapituliert und ein „Machtwort“ gesprochen: Der Änderung wird zugestimmt. Einzig die FPÖ ist dagegen.

Laut Umfragen sind aber auch mindestens 70 Prozent der Österreicher gegen die Änderung und sparen nicht mit deutlichen Kommentaren: „Haben die keine anderen Sorgen“ oder „Die sind nicht mehr zu retten“ sind einige der Missfallensäußerungen. Letzteres bezogen auf die ÖVP, denn nachdem es schon im Vorjahr zum Bruch der ÖVP-Führung mit dem Wiener Akademikerbund gekommen war, lehnen jetzt natürlich auch der Österreichische Cartellverband (ÖCV) und andere konservative Kreise die Änderung ab. Und der Kontrast zur ehrwürdigen Haydn-Melodie, die jetzt wieder bei den Trauerfeierlichkeiten für Otto von Habsburg mit dem Text „Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser, unser Land“ gesungen wurde, könnte wahrlich nicht größer sein.

> »Die sind nicht mehr zu retten«

Dazu kommt, dass die heutige Hymne, ursprünglich eine Freimaurer-Kantate, nicht einmal von Mozart stammt, wie mittlerweile als sicher gilt. Der angeblich „diskriminierende“ Text ist 1946/47 aus einer Ausschreibung hervorgegangen – und er stammt ausgerechnet von einer Frau, der Dichterin Paula von Preradovic. Deren Erben wollten zwar unter Berufung auf das Urheberrecht ein Verbot der Änderung erreichen, sind aber letztlich beim Höchstgericht abgeblitzt. Und so muss nun der Vers „Heimat bist du großer Söhne“ zu „Heimat großer Töchter, Söhne“ werden — was gesungen wie „Töchtersöhne“ klingt. Dass auch von „Ahnentagen“ und „Bruderchören“ die Rede ist, wurde offenbar ignoriert, denn die zweite und dritte Strophe kennt ohnehin keiner.

Das eigentliche Problem ist, dass die ÖVP wieder einmal demonstriert hat, wie sehr sie mit ihrem ständigen Einknicken vor dem Koalitionspartner und den linkslastigen Massenmedien bereit ist, ihre Prinzipien aufzugeben und die Stammwählerschaft zu verprellen. Was etwa auch der ÖCV in einer Presseaussendung deutlich zum Ausdruck brachte. Und das betrifft gleichermaßen Kernfragen wie Zuwanderung, Islam, Homo-Ehe, Bildung, Pensionen, Bundesheer, Wirtschaft, Energie und Haushalt.

Laut Umfragen liegen heute SPÖ und FPÖ gleichauf bei 27 Prozent, die ÖVP aber mit 23 Prozent klar dahinter — und sie bleibt also bis zu den Wahlen 2013 an die SPÖ gekettet. Frustrierte ÖVP-Wähler, vor allem konservativ-katholische, wechseln zu Splittergruppen, die jedoch wenig Aussicht auf Parlamentssitze haben, oder eben zur FPÖ, die in den letzten Jahren die verwaiste Rolle einer Verteidigerin des christlichen Abendlands übernommen hat. *R. G. Kerschhofer*

»Nicht jüdisch«

Orthodoxe Juden in Israel wollen Vielehe

Um den demografischen Niedergang des jüdischen Bevölkerungsanteils in Israel aufzuhalten, wirbt eine Gruppe orthodoxer Juden für die Wiedereinführung der Polygamie. „Die Thora verbietet dem Mann nicht, mehr als eine Ehefrau zu besitzen“, versicherte Rabbi Jehezkel Sopher, Chef der Organisation „Habayit Hayehudi Hashalem“ (Der vollständige jüdische Haushalt), in einem Interview mit der Tageszeitung „The Jerusalem Post“. Er selbst ist mit einer Frau verheiratet, aber er habe bereits die „Erlaubnis für eine zweite“. Nach geltendem israelischen wie jüdischem Recht sind Bigamie und Vielweiberei verboten.

> »Demografischer Krieg mit Arabern«

Laut Sopher engagiert sich die Gruppe seit zwei Jahren für eine Wiederzulassung der Polygamie im orthodoxen Judentum. Durch die Vielehe könnte die jüdische Bevölkerung im Land um zehn Prozent wachsen, was es erlaube, den „demografischen Krieg mit den Arabern“ zu gewinnen. Wegen des Zwangs zur Monogamie könnten 15 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter keinen Partner finden. „Darunter leidet das jüdische Volk“, so Sopher.

„Die Monogamie ist nicht jüdisch. Wir haben sie erst unter dem Einfluss der Katholiken angenommen“, argumentierte der Rabbi. Könnten Männer legal mit mehr als einer Frau verheiratet sein, würden sie nicht mit Geliebten oder Prostituierten die Ehe brechen. Das könne die moralische Haltung der Gesellschaft verbessern.

Außerdem habe man es heute mit einer „ethnischen Diskriminierung“ zu tun. Schließlich drücke der Staat Israel bei den Beduinen ein Auge zu, die mehrere Frauen nähmen. „Wenn Juden solches tun, werden sie ins Gefängnis geworfen.“ „Dies ist ein Aufruf an alle gottesfürchtigen Juden. Anstelle von Arabern, die jüdische Frauen heiraten, sollten Juden dies tun“, unterstrich der orthodoxe Rabbi im Interview. Vor allem unverheiratete, geschiedene oder verwitwete Frauen könnten von der Polygamie profitieren. Den Ideen der Organisation erteilte das israelische Oberrabbinat eine klare Absage. *Christian Rudolf*

Lieber Autos abfackeln

Von VERA LENGSFELD

Letzte Woche konnte die Innenverwaltung des Berliner Senats stolz einen Rekord verkünden: Das Land hat im letzten Jahr mit 61 Millionen Euro so viel Bußgelder wegen begangener Verkehrssünden eingenommen wie noch nie zuvor. Um 4,6 Millionen sind die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Verwarngelder, Bußgeld- und Kostenbescheide werden mit einem Eifer verhängt, den man vorbildlich nennen könnte, wenn man nicht wüsste, wie lax die Verfolgung wirklicher Straftaten in der Hauptstadt ist.

Im Friedrichshain, um die Hausburgstraße herum, wo die Autonomen-Dichte eine der höchsten in der Stadt ist, lassen sich die Mitarbeiter des Ordnungsamtes vorsichtshalber selten sehen. Auch die Polizei übt Nachsicht. Wenn auf der noch unbebauten Brache des ehemaligen Zentralviehhofs wieder mal eine illegale Musiksession im Gange ist, erscheinen die Ordnungshüter auf leisen Sohlen mit der freundlichen Bitte, die Lautsprecher doch in Richtung Bahndamm zu drehen und nicht das neu gebaute Wohngebiet, in dem hauptsächlich junge Familien mit Kindern leben, zu beschallen. Nur wenn, wie einmal geschehen, den Bittstellern die Reifen ihres Dienstfahrzeugs durchstochen werden, wird die Veranstaltung abgebrochen.

Von den Tätern der allnächtlichen Autobrände fehlt meistens jede Spur. Wird doch mal jemand gefasst, kann er mit sofortiger Freilassung durch verständnisvolle Richter rechnen. Als Falschparker hat man da weniger Chancen. Die Anzeigen wegen dieses Delikts nahmen um 170 000 zu. In einem Jahr stellten die Berliner Behörden in 17400 Fällen sogar Anträge auf „Erzwingungshaft“ gegen säumige Bußgeldzahler. Auch vor Gericht wird man leichter freigesprochen, wenn man ein Auto angezündet, als wenn man beispielsweise sein Fahrzeug mit dem Hinterreifen in der Fünf-Meter-Zone nach einer Kreuzung geparkt hat.

Kürzlich wurde eine autonome Brandstifterin, die von Polizeibeamten in unmittelbarer Nähe eines eben angezündeten Autos festgenommen wurde, freigesprochen. Zwei Meter Abstand vom Tatort ließen den Juristen zweifeln, ob die Frau die Tat wirklich begangen habe. Wer dagegen Einspruch gegen einen Falschparkbescheid erhebt, muss damit rechnen, abgewiesen zu werden. Außer einer Verdreifachung der zu zahlenden Summe hat man nichts erreicht. Da löhnen die meisten lieber zähneknirschend die Gebühren.

Wer denkt, dass die arme Hauptstadt wenigstens von den Einnahmen profitiert, liegt falsch. Der Einsatz und die permanente Schulung der Bußgeldjäger kostet die Stadt fast so viel, wie deren Arbeit einbringt. Berlins Strafzettelbilanz ist ein Armutszeugnis.

Den Gegner »unterbinden«

Grünen-Bürgermeister Schulz blockiert »Pro Deutschland« – Staatsanwaltschaft ermittelt



Linksradikale Gewalt gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit: Prügelnde Demonstranten vor dem Kreuzberger Rathaus

Bild: pa

Es geht um ein demokratisches Grundrecht: Weil er eine genehmigte Veranstaltung der Partei „Pro Deutschland“ verhindert haben soll, wird gegen den grünen Bezirksbürgermeister von Kreuzberg ermittelt.

Am 10. Juli wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft von Amts wegen gegen den Kreuzberger Bürgermeister Franz Schulz Ermittlungen aufgenommen hat. Nach einer Mitteilung der Berliner Polizei richtet sich der Verdacht gegen ihn wegen Verletzung des Versammlungsgesetzes. Laut Paragraf 21 ist es strafbar, nicht verbotene Versammlungen zu verhindern oder entsprechende Gewalt anzudrohen oder auszuüben. Entsprechende Handlungen werden mit einer Geldstrafe oder auch mit bis zu drei Jahren Haft bestraft.

Lars Seidensticker, Landesvorsitzender der Partei „Pro Deutschland“, will nach eigenen Angaben zusätzlich eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Integrationsbeauftrage des Bezirks, Regina Reinke, eine Schadensersatzklage gegen das Bezirksamt in Höhe von knapp eintausend Euro für die Blockade der Versammlung sowie einen weiteren Strafantrag gegen Franz Schulz stellen.

Am 30. Juni 2011 hatte die Partei „Pro Deutschland“ versucht, im Rathaus Kreuzberg im ehemaligen Versammlungssaal der Bezirksverordnetenversammlung eine Veranstaltung abzuhalten. Zuvor hatte die Partei sich vor dem Verwaltungsgericht den Zugang zum Rathaus erstreiten müssen. Der Bürgermeister wollte die geplante Veranstaltung nicht genehmigen.

Aktivisten von Linken, Grünen, SPD und Gewerkschaften hatten sich am Tage der Veranstaltung vor dem Gebäude versammelt. Insgesamt waren rund 200 teilweise gewaltbereite Gegendemonstranten erschienen. Bürgermeister Schulz hatte der Polizei Hausverbot für das Rathaus erteilt, so dass diese den Teilnehmern der Veranstaltung nur den Zugangsweg bis zum Rathaus freiräumen konnte. Bereits Stunden vor dem geplanten Beginn waren linke „Antifas“ in das Rathaus selbst gekommen und hatten Flure und Treppen besetzt.

> Mit Tricks und Kniffen den Zugang verweigert

Nachdem neun „Pro“-Vertreter und fünf Sicherheitsleute gegen 18.30 Uhr den Schlüssel zum BVV-Saal beim Pförtner abholen wollten, eskalierte die Lage. Der Einsatzleiter der Polizei Lars Neumann verfügte daraufhin den Abbruch der Veranstaltung und sprach gegen die Versammlungsteilnehmer von „Pro Deutschland“ einen Platzverweis aus: „Im Rathaus bin ich kein Hoheitsträger. Der Hausrechtsinhaber ist nicht gewillt, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen.“

Dabei wäre es den 500 Polizisten vor Ort ein Leichtes gewesen, Ruhe und Ordnung herzustellen und dem Versammlungsgesetz Genüge zu tun, zumal die Polizei auch im Rathaus hätte einschreiten können, wenn „Gefahr im Verzuge“ gewesen wäre. Dennoch kam es zu Gewaltausbrüchen. Die linke Tageszeitung „Junge Welt“ meldete: „Das Bezirksamt machte von seinem Hausrecht Gebrauch und ließ die Polizei nicht ins Rathaus. Dabei kam es zu Rangeleien zwischen Demonstranten und der Polizei, die vier Personen festnahm.“ Benedikt Lux, innenpolitischer Sprecher der Berliner Grünen, der gelegentlich im linksextremen Blatt „Jungle World“ publiziert, meinte zum Vorgehen der Staatsanwaltschaft: „Ich würde sagen, dass die Polizei sich geärgert hat.“

Barbara Seid von der Friedrichshain-Kreuzberger Linksfraktion kommentierte: „Franz Schulz hat den Zugang gewährleistet, die Türen waren offen.“ Es sei die Bevölkerung gewesen, die den Zugang der „Rechtspopulisten“ zu ihrer Sitzung durch die Proteste blockiert habe, so Seid. Bianca Klose von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR) feierte den Ablauf später als „vorbildlich“, da Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gut zusammengearbeitet hätten: „Das Vorgehen (der Staatsanwaltschaft) ist merkwürdig, weil die gesamte Vorbereitung und auch der gesamte Tag in Zusammenarbeit mit der Polizei gelaufen sind.“ Die MBR ist eine derjenigen linksradikalen Organisationen, die bislang staatliche Zuschüsse für den „Kampf gegen rechts“ erhalten hatten, sich nun aber weigern, das von der zuständigen Bundesministerin geforderte Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland zu unterschreiben. Kloses Äußerungen lassen den Verdacht keimen, dass es eine augenzwinkernde Zusammenarbeit von Bürgermeister, der Antifa und der Polizei gegeben hat.

Bevor die Strafermittlungen gegen Schulz eingeleitet wurden, hatte ein anderer Antifa-Aktivist, Dirk Stegemann von „Rechtspopulismus stoppen“, Franz Schulz weitere gute Ratschläge erteilt und gefordert, künftig über den juristischen Taschenspielertrick der „öffentlichen“ beziehungsweise „geschlossenen“ Veranstaltung sich neue Handhaben zu verschaffen, „rechte“ Veranstaltungen überhaupt zu unterbinden. Figen Izgin, Direktkandidatin der „Linken“ in Kreuzberg, meinte: „Bisher dachten die Bezirksämter, dass sie an den Gerichtsentscheidungen zugunsten Pro Deutschlands nicht rütteln könnten. Nach den Aktionen hier haben andere Bezirke jetzt ein gelungenes Beispiel vor Augen.“ „Pro Deutschland“ kündigte bereits an, weitere Veranstaltungen im Rathaus Kreuzberg durchführen zu wollen. Entsprechende Anträge, so der Landesvorsitzende Seidensticker, würden in Kürze gestellt.

Für Franz Schulz würde es im Falle einer Verurteilung ungemütlich: Als Vorbestrafter wäre er seinen Job als Bürgermeister los. Dazu würde aber schon eine Geldstrafe von bis zu 90 Tagessätzen oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten reichen. *Hans Lody*

»Deutschland verrecke!«

Berlin: Linksradikale terrorisieren 91-jährigen Kriegsveteranen

Die vorbeitrippelnde Hausfrau schimpft über den „NPD-Auflauf“: An einer Straßenkreuzung im Berliner Bezirk Reinickendorf haben sich am vergangenen Sonnabend um exakt 12.20 Uhr 31 meist schwarz gekleidete junge Leute mit schwarzen Sonnenbrillen versammelt. Aber es sind Linksextremisten. Tage zuvor hatten „Taz“ und „Tagesspiegel“ ihre Leser bereits auf das Ereignis hingewiesen: In der Nachbarschaft wohne ein „Nazi-Täter“.

Tatsächlich verurteilte ein italienisches Militärgericht in Verona am 6. Juli 2011 zehn Deutsche (in Abwesenheit und teilweise posthum) zu lebenslanger Haft sowie Zahlung von „Schadensersatz“ an die Hinterbliebenen und an eine Partisanenorganisation. Die Betroffenen – alles Angehörige der Aufklärungsabteilung der Fallschirmjägerpanzerdivision „Hermann Göring“ – sollen im Frühjahr 1944 in Kämpfe mit Partisanen verwickelt gewesen sein. Darunter auch der heute 91-jährige Helmut Odenwald, vor dessen Haus sich die jungen „Antifaschisten“ nun versammeln, um ihn einzuschüchtern und in seiner Nachbarschaft unmöglich zu machen. Deutsche Richter hatten die Angeklagten freigesprochen, weil ihnen keine Schuld nachgewiesen werden kann. Italien hat bis heute keinen einzigen eigenen Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt.

> Deutsche Richter fanden keine Schuld bei Helmut Odenwald

Zurück nach Reinickendorf: Schnell hat die „Antifa“ ihren Lautsprecherwagen in der Nähe von Odenwalds Haus abgestellt und beginnt die Nachbarn zu beschallen. Seltsam ist die geringe Beteiligung. Nicht nur Zeitungen hatten für die Kundgebung geworben. Diverse Internetplattformen wie die linksextreme „Indymedia“, der Blog der örtlichen „Naturfreundejugend“, „Die Linke“, der „Anarchistische Infoladen“, ein „Antidiskriminierungsbüro“, das „Piratinnen-Radio Berlin“, das „Likörchenkollektiv Tante Horst“ oder das „Tuntenhaus“ – insgesamt mehr Organisationen als Versammlungsteilnehmer.

Gegen 12.30 Uhr versuchen die Linken, eine Straßenkreuzung zu blockieren, was die Polizei unterbindet. Autofahrer zeigen der Antifa einen Vogel. Aus dem Lautsprecher quellen unterdessen Hassgesänge wie „Deutschland verrecke!“ Die Propagandistin krächzt, die Nachbarschaft solle Helmut Odenwald beim morgentlichen Brötchenkauf auf seine angebliche NS-Vergangenheit ansprechen. Dann der Appell an den Bäckerladen: Keine Brötchen für Nazis! Schließlich wieder Musik: „Deutschland verrecke!“ *T.M.*

Polizei kopflos

Berliner Gericht stoppt neuen Präsidenten

Das Verwaltungsgericht Berlin stoppt im Eilverfahren die Berufung des einstigen Chefs der Bundespolizei-Ost, Udo Hansen (58, SPD), zum neuen Berliner Polizeipräsidenten. Die Entscheidung bedeutet eine Blamage für Innensenator Ehrhart Körting (SPD). Er hatte Hansen gegen die Linkspartei durchgesetzt und muss das Vergabeverfahren jetzt voraussichtlich neu beginnen.

Seit Verabschiedung von Dieter Glietsch Ende Mai ist die größte Polizeibehörde Deutschlands kopflos. Und sie wird es nach der richterlichen Entscheidung auch noch Monate bleiben. Das Verwaltungsgericht verwarf nach Klage des bei der Vergabe unterlegenen Klaus Keese (59), Leiter der Polizeidirektion Nord, die Ernennung des als konservativ wie zupackend geltenden Hansen. Es habe kein besonderes Auswahlverfahren oder ein Auswahlgespräch gegeben, bemängeln die Richter. Innensenator Körting erwägt, Berufung einzulegen. Wann ein neues Verfahren Klarheit bringt, ist aber offen. Verwaltungsexperten rechnen daher nicht damit, dass Berlin vor September einen neuen Polizeipräsidenten erhält. Körting hält indes weiter an Hansen fest und argumentiert, dass es wegen unterschiedlicher Besoldungsklassen der Bewerber keine Auswahlgespräche geben müsse.

Hansen ist für radikale Linke ein rotes Tuch und wurde im Vorfeld seiner Berufung in der linken Szene angefeindet. Die Opposition (CDU, Grüne, FDP) wie die mitregierende Linkspartei fordern ein neues Vergabeverfahren nach den Berlin-Wahlen im September. Die Bundespolitik drängt indes auf Eile: „Der Zeitraum ist eindeutig zu lang, hier geht es ja jetzt um Monate“, so CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach. Die Gewalt in der linken Szene nimmt derweil zu. *SV*

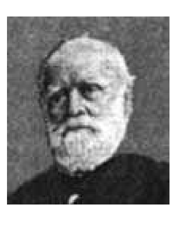
Asylanten: Geld oder Gutschein?

Der Landrat des Landkreises Oberhavel, Karl-Heinz Schröter (SPD), hält an Wertgutscheinen für Asylbewerber fest. Schröter, 2006 schon als möglicher Nachfolger von Matthias Platzeck als SPD-Landeschef gehandelt, will weiter vorrangig Gutscheine statt Geld ausgeben. Er erntet dafür viel Kritik, auch vom SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel. Der Kreistag hatte Schröter mit nur einer Stimme Mehrheit aufgefordert, Asylsuchenden zwei Drittel des Hartz-IV-Satzes auszubezahlen und die Gutscheine abzuschaffen. Schröter weigert sich und beruft sich dagegen auf eine dazu nötige Weisung aus dem Potsdamer Sozialministerium. Der Landrat will gegen den Bargeldbeschluss vorgehen. Er betrachtet ihn als „nicht bindend“. Die Behörde betont dagegen Schröters „Handlungsspielraum“. Das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993 sieht tatsächlich „vorrangig“ Sachleistungen vor anstatt Geldzahlungen. *SV*

Zeitzeugen



John Moody — Der 1868 geborene John Moody gründete im Jahr 1909 die Agentur „Moody's Investors Service" und gilt in den USA als Pionier der Anleihen- und Unternehmensbewertung. Seit 1975 hat „Moody's Investors Service" eine offizielle Anerkennung der US-Börsenaufsicht SEC. Die bereits von Unternehmensgründer John Moody aufgelegten Handbücher „Moody's Manual of Railroads and Corporation Securities" und „Moody's Analyses of Investment" werden von der Agentur „Moody's" nach wie vor weitergeführt.



Henry Varnum Poor — Der Herausgeber der Zeitschrift „American Railroad Journal", Henry Varnum Poor, veröffentlichte erstmals 1860 in seiner „History of Railroads and Canals in the United States" für Anleger Informationen über die finanzielle Situation von US-Eisenbahngesellschaften. Auf dieses, später jährlich aktualisierte Werk führt Standard & Poor's den Ursprung des Unternehmens zurück. Die Poor's Publishing Company verschmolz 1941 mit der Standard Statistics Company zur Rating-Agentur „Standard & Poor's".

John Fitch — Aus der von John Knowles Fitch im Jahr 1913 im New Yorker Finanzdistrikt gegründeten „Fitch Publishing Company" entstand im Jahr 1924 die Firma „Fitch Ratings". Im Laufe der 20er-Jahre brachte das Unternehmen Publikationen wie das „Fitch Bond Book" und das „Fitch Stock and Bond Manual" mit Statistiken der New Yorker Börse und Nachrichten aus dem Gebiet der Unternehmensversicherungen in den USA und Kanada auf den Markt. Haupteigentümer von „Fitch Ratings" ist inzwischen das französische Unternehmen FIMALAC (Financière Marc de Lacharrière).



Viviane Reding — Bequem war die luxemburgische EU-Politikerin noch nie. Stieß ihr Vorstoß zur Senkung der Roaminggebühren für europäische Mobilfunknetze noch auf Zustimmung, handelte sie sich für ihre Kritik an der Abschiebung von Roma aus Frankreich und einen unpassenden Vergleich mit dem NS-Regime heftige Kritik ein. Angesichts der Euro-Krise kritisiert sie die oligopolistische Stellung der führenden US-Ratingagenturen und fordert, diese Agenturen zu zerschlagen oder zusätzlich europäische und asiatische Agenturen zu gründen.

Die »Großen Drei« im Zwielicht

Politik verhalf den US-Ratingagenturen zu ihrer beherrschenden Stellung

Ratingagenturen sehen sich derzeit dem Vorwurf ausgesetzt, die Krise in der Euro-Zone zu verschärfen. Der Rating-Markt, die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmen, wird von den Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch beherrscht. Bei der Klage, dass diese drei Unternehmen mittlerweile einen Marktanteil von über 90 Prozent haben, gerät in Vergessenheit, dass es politische Entscheidungen waren, die ihnen zu ihrer beherrschenden Stellung verholfen haben.

Seit der erneuten Herabstufung der Bonitäten von Portugal, Irland und Griechenland herrscht in Europas Hauptstädten Alarmstimmung. Insbesondere seit der Herabstufung Portugals auf „Ramsch-Niveau" durch die Agentur Moody's am 7. Juli liegen bei der EU-Kommission die Nerven blank. Die fachlich eigentlich nicht zuständige EU-Justizkommissarin Viviane Reding hat angekündigt, dass sie die Macht der großen Ratingagenturen „zerschlagen" wolle. Binnenmarktkommissar Michel Barnier hat ein Verbot des Ratings von Staaten in die Diskussion gebracht, wenn diesen durch internationale Kreditprogramme geholfen wird. Verhältnismäßig sachlich nimmt sich noch der Vorschlag von FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle nach Gründung einer unabhängigen EU-Ratingagentur aus. In der öffentlichen Diskussion ist die Forderung nach einer solchen Agentur bereits im Zusammenhang mit der Pleite der Investmentbank „Lehman Brothers" im Jahr 2008 aufgetaucht. Von Seiten der Politik ist seitdem nichts geschehen. Bis unmittelbar zum Zahlungsausfall war die Bank von allen drei Ratingagenturen mit der höchstmöglichen Bonitätswertung, einem „AAA", versehen gewesen.

In der Geschichte der Agenturen nicht das einzige Fehlurteil: Der US-Kongressabgeordnete Henry Waxman hält die Geschichte der Kredit-Ratingagenturen sogar für eine „Geschichte des kolossalen Versagens". Die „Großen Drei" haben nicht nur im Vorfeld der US-Immobilienkrise bei der Bewertung von Hypotheken-Verbriefungen weitgehend versagt, sondern haben auch milliardenschwere Unternehmens-Pleiten wie die von Enron, WorldCom und Parmalat nicht kommen sehen. Diese Firmen waren, fast bis kurz vor ihrem Zusammenbruch, als erstklassige Schuldner eingestuft gewesen. Ereignet haben sich diese Fehleinschätzungen teilweise bereits vor zehn Jahren. Genug Zeit, damit sich die Politik in den USA und Europa intensiver mit der Arbeit der Rating-Riesen hätte beschäftigen können. Etwa mit dem Interessenkonflikt bei der Honorierung der Agenturen. Seit dem Ende der 60er-Jahre zahlen nicht mehr die Anleger für die Bewertung, sondern die Herausgeber der zu bewertenden Papiere selbst. Die mathematischen Modelle, nach denen die Agenturen vorgehen, werden aus Wettbewerbsgründen geheimgehalten. Diese Schwachpunkte sind lange bekannt. Trotzdem wurde den drei US-Ratingagenturen mit ihrem Geschäftsmodell auch noch der Weg geebnet, damit sie in Europa die Bedeutung erlangen, die jetzt lautstark beklagt wird.

> »Geschichte des kolossalen Versagens«

Erst mit dem 2004 auf den Weg gebrachten „Basel II-Abkommen" haben sich die Eigenkapitalanforderungen europäischer Banken nach dem Urteil der drei US-Agenturen zu orientieren. Nach den Versäumnissen der Vergangenheit setzt die Politik angesichts der Schuldenkrise in der Euro-Zone nun auf Aktionismus. Wo die Forderung nach einer „Europäischen Ratingagentur" enden könnte, lässt sich am Beispiel der Europäischen Zentralbank sehen. Innerhalb von nur zehn Jahren wurden dort nahezu alle Vorsätze zur geldpolitischen Unabhängigkeit über Bord geworfen. Auf diesem Weg schreckt die EZB mittlerweile auch nicht mehr vor unkonventionellen Mitteln zurück. Im Fall Griechenland will man, um weiterhin Anleihen des Landes akzeptieren zu können, zukünftig auf das Rating der kleinen kanadischen Agentur DBRS (Dominion Bond Rating Service) zurückgreifen, die Griechenland nach wie vor eine gute Bonität bescheinigt. *Norman Hanert*



Angriff auf den Dollar: Moody's droht, die Kreditwürdigkeit der USA herabzusetzen Bild: dpad

Chance für eine deutsche Ratingagentur

Konkurrenz für die US-Ratingagenturen könnte in Zukunft aus Deutschland kommen, so sieht es zumindest ein Vorschlag der Münchener Unternehmensberatung Roland Berger vor, die ein entsprechendes Konzept vorbereitet hat. Möglicher Standort dieser neuen Agentur wäre Frankfurt. Unterstützer hat Berger sowohl in der hessischen Landesregierung, der Deutschen Börse als auch bei der Finanzplatz-Initiative Frankfurt gefunden. Das Konzept von Roland Berger versucht, bekannte Mängel der etablierten Ratingagenturen von vornherein zu vermeiden. Um Interessenkonflikte auszuschalten, soll die zu gründende Ratingagentur als private Stiftung organisiert werden. Träger könnten Investoren und Wertpapier-Börsen sein. Im Gegensatz zum angelsächsischen Geschäftsmodell soll die Bezahlung für die Bewertungen nicht durch die Herausgeber der Finanzprodukte, sondern durch die potenziellen Käufer der Produkte erfolgen. Auch eine andere Schwäche der bestehenden Ratingagenturen soll abgestellt werden: die mangelnde Transparenz des Bewertungsverfahrens.

> Bezahlung durch potenzielle Käufer

Der Aufbau der neuen Agentur könnte in sechs bis zwölf Monaten beginnen, und ab dem Jahr 2014 wäre es möglich, dass ein voll funktionsfähiges Gegengewicht zu den US-Agenturen steht. Bis es soweit ist, müssen noch 300 Millionen Euro aus der Privatwirtschaft aufgebracht werden, die für den Aufbau der Agentur veranschlagt sind. Seit den 90er-Jahren gab es bereits mehrere Versuche, eine Konkurrenz zu den drei US-Ratingagenturen zu etablieren, die bislang alle gescheitert sind. Die Chancen zum Aufbau einer neuen Rating-Agentur dürften allerdings zu keinem Zeitpunkt besser gewesen sein als derzeit. *N. H.*

Globale Kontrollmacht

US-Ratingagenturen erweiterten ständig ihr Wirkungsfeld

Die Entstehung der Rating-Agenturen in den USA ist eng mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes am Ende des 19. Jahrhunderts verbunden. Als die Eisenbahngesellschaften zunehmend zur Finanzierung neuer Strecken statt auf Bankkredite auf die Ausgabe von Anleihen zurückgriffen, war für Privatanleger eine Kenntnis über die Bonität der Kapital einsammelnden Eisenbahngesellschaften bares Geld wert. Eine Marktlücke, die der Finanzanalyst John Moody erkannte und zum Geschäft machte. Anhand der von ihm gesammelten Informationen bewertete er die Kreditwürdigkeit der Bahngesellschaften. Seinem Beispiel folgten „Standard Statistics" und später „Fitch".

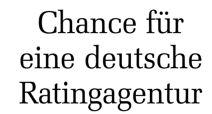
Bereits in den 30er-Jahren konnten die Rating-Agenturen ihr Wirkungsfeld ausbauen. Ihr Urteil wurde zunehmend von der nationalen Bankenaufsicht herangezogen, wenn es darum ging, das Ausfallrisiko von Papieren zu bewerten, die Banken als Mindestreserven halten mussten. Dem folgte bald auch die Bewertung der Reserven von Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds im Auftrag staatlicher Aufsichtsbehörden. Noch mehr gestärkt wurde die Stellung der Agenturen im Jahr 1975, als die US-Börsenaufsicht SEC Herausgebern von Wertpapieren die Auflage machte, eine Bewertung für ihre Papiere vornehmen zu lassen, bevor diese an Investoren verkauft werden. Die Zulassung zu diesem Bewertungsverfahren durch Aufnahme in die

> Macht der Analysten auf dem Zenit angekommen

„Nationally Recognized Statistical Rating Organization" haben nur wenige Agenturen erhalten. Von den zehn zugelassenen Unternehmen entfällt der Großteil der „Rating-Aufträge" mittlerweile auf Moody's, Standard & Poor's und Fitch. Den Durchbruch zu nahezu globaler Kontrollmacht verdanken die drei US-Rating-Riesen dem „Basel II-Abkommen", das seit 2004 schrittweise umgesetzt wird. Mit der Unterschrift unter diesem Abkommen unterwarfen sich die europäischen Länder quasi der Kontrollmacht der US-Ratingagenturen bei der Bewertung von Kreditrisiken im Bankensektor. Die USA, federführend bei Aushandlung des Abkommens, haben dessen Umsetzung bis zum heutigen Tage immer wieder verschoben.

Mittlerweile mehren sich aber die Anzeichen dafür, dass die Macht der drei US-Gesellschaften auf dem Zenit angekommen ist. Vor allem ihr Versagen während der sogenannten „Sub-Prime"-Krise auf dem Immobilienmarkt rückte sie auch in den USA ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Bei Untersuchungen des US-Senats mussten ehemalige leitende Angestellte von Standards & Poors und Moody's unter Eid Einblicke in die Arbeitsweisen der Agenturen geben. Deutlich wurde der Versuch von Einflussnahme von großen Investment-Banken, die als zahlende Kunden der Agenturen Druck auf die Analysten ausgeübt hatten.

Auch außerhalb der USA wachsen die Herausforderungen. Während in Europa unabhängige Ratingagenturen überwiegend auf dem Gebiet der Kredit- und Unternehmensbewertung tätig sind, fordert China mit seiner „Dagong Global Credit Rating" die US-Agenturen bereits bei der Bewertung von Staatsanleihen heraus. *N. H.*



Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst: Rebecca Bellano (im Mutterschutz); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4085**

Deutschenfeindlichkeit als Motiv

Rassistische Übergriffe und Gewalttaten durch Ausländer nehmen weiter zu

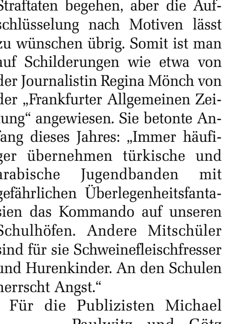
„Rassismus gegen Deutsche“ ist noch immer ein Tabuthema. Dabei gehören Beleidigungen und Gewalttaten von Ausländern zum Alltag in vielen westdeutschen Großstädten. In Bielefeld müssen sich derzeit die „First Class Kanacks“ wegen versuchten Totschlags und versuchten Mordes vor Gericht verantworten und in Berlin beginnt in Kürze der Prozess gegen die U-Bahn-Schläger von Lichtenberg.

Schon seit Längerem fällt die nordafrikanisch-arabische Rappergang „First Class Kanacks“ in der nordrhein-westfälischen Kleinstadt Bünde auf. Es sind dabei nicht nur die gewaltverherrlichenden Texte, die sich auf dem Videoportal Youtube schon über 50000 Jugendliche angehört haben und zu denen die Bandmitglieder sagen, es seien nur lustige Neckereien innerhalb der Hiphop-Szene. Vielmehr sind die jungen Rapper im Alter von 20 bis 23 Jahren auch schon etliche Male als Straftäter in Erscheinung getreten. Wegen Körperverletzung sowie Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz mussten sie schon Sozialstunden und Jugendarrest hinter sich bringen. Im örtlichen Jugendzentrum „Atlantis“ haben sie einmal mit über 100 Jugendlichen gemeinsam randaliert. Diese Schlägerei konnte erst die eintreffende Polizei beenden.

Wer nun glaubt, die Probleme mit jugendlichen Intensivtätern seien allein auf soziale Umstände und eine altersbedingte Aggressivität zurückzuführen, übersieht ein wichtiges Detail. Die „First Class Kanacks“ stehen gerade wegen zwei schwerer Gewalttaten aus dem Jahr 2010 vor dem Landgericht Bielefeld. Im Juli 2010 sollen sie in Bünde einen 29-jährigen Mann fast totgeschlagen haben. Das Opfer überlebte nur dank der Gewissensbisse von einem der vier Rapper. Drei Monate später verletzten dann drei Gangmitglieder zusammen mit dem Komplizen Raschad A. (23) drei Passanten schwer und beleidigten sie als „Kartoffelfresser“ und „Scheiß-Deutsche“. Vor Gericht versuchten sie, diese zweite Tat auf Mitglieder des Sportvereins „Türk Sport Bünde“ abzuwälzen. Bei der ersten Tat schoben sie sich gegenseitig die Schuld zu. Bemerkenswert ist der Hass auf Deutsche während dieser Angriffe. Der Öffentlichkeit fällt es jedoch schwer, dieses vulgär zum Ausdruck gebrachte Motiv anzuerkennen. Andrea Dernbach vom „Tagesspiegel“ meint, Rassismus sei immer „der Vorwurf der Unterdrückten an die Adresse der Unterdrücker, der Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse gegen deren Nutznießer“. Ausländer würden in Deutschland aber keine Macht besitzen und könnten somit auch nicht durch rassistische Taten in Erscheinung treten.

> Das Thema ist weitgehend tabuisiert

Die Realität auf einigen Schulhöfen, auf denen die Kinder von zumeist muslimischen Einwanderern die Mehrheit stellen, sowie in U-Bahnhöfen mancher westdeutscher Stadtviertel spiegelt diese Sichtweise nicht wider. Das zeigt auch der „Fall Lichtenberg“. Vor wenigen Tagen sind Einzelheiten aus der Anklageschrift gegen die vier ausländischen Täter im Alter von 14 bis 17 Jahren bekannt geworden. Diese hatten bundesweit für Entsetzen gesorgt, weil sie im Februar einen Maler im U-Bahnhof Lichtenberg ins Koma schlugen und traten. Seit Ende 2010 sind die Jugendlichen mehrfach auf Deutsche losgegangen und bezeichneten sie als „Scheiß Nazis“, „Scheiß Deutsche“ beziehungsweise „Hurensöhne“. Bei ihrer schwersten Tat riefen sie „Wir hassen Deutsche“. Trotz dieser Fälle ist Deutschenfeindlichkeit statistisch nur schwer zu fassen, weil sie im Gegensatz zu politisch motivierter Gewalt von links und rechts nicht erhoben wird. Zwar geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, dass Ausländer überproportional häufig Straftaten begehen, aber die Aufschlüsselung nach Motiven lässt zu wünschen übrig. Somit ist man auf Schilderungen wie etwa von der Journalistin Regina Mönch von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angewiesen. Sie betonte Anfang dieses Jahres: „Immer häufiger übernehmen türkische und arabische Jugendbanden mit gefährlichen Überlegenheitsfantasien das Kommando auf unseren Schulhöfen. Andere Mitschüler sind für sie Schweinefleischfresser und Hurenkinder. An den Schulen herrscht Angst.“





Deutsch gleich „Opfer“: Szene aus dem Film „Wut“ von 2005, der das Thema Rassismus gegen Deutsche erstmals in die breite Öffentlichkeit trug *Bild: focus online*

Für die Publizisten Michael Paulwitz und Götz Kubitschek, die gerade im Verlag Edition Antaios das Buch „Deutsche Opfer, fremde Täter“ herausgebracht haben, ist die Deutschenfeindlichkeit eine existenzielle Bedrohung, weil sie die Betroffenen zu Flucht oder Anpassung zwingt. Für einen deutschen Schüler in einem „Problemviertel“ bedeutet dies ganz konkret, dass er entweder sein Wegegeld gegenüber der türkischen Jugendbande entrichtet oder die Schule wechseln muss, um der drohenden Alltagsgewalt zu entfliehen. Um solcherlei Fälle besser im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, hat der Verlag eine Chronik über Ausländergewalt im Internet ins Leben gerufen. Auf der Internetseite „deutscheopfer.de“ werden fortan die bedeutendsten Fälle systematisch dokumentiert und auf einer Karte visualisiert, damit sich irgendwann auch die Statistik für die Deutschenfeindlichkeit als Tatmotiv interessiert.

Felix Menzel

MELDUNGEN

Blamage für Schlapphüte

Berlin – Der Diebstahl von Bauplänen für die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Berlin droht für den deutschen Auslandsgeheimdienst zur Blamage zu werden. Anders als von BND-Präsident Ernst Uhrlau zunächst erklärt, wurden auch sicherheitsrelevante Pläne entwendet. Bei den gestohlenen Unterlagen soll es sich auch um Zeichnungen und Einzelheiten über Laboratorien, Büros, Notausgänge, Sicherheitsschleusen, Spezialverglasungen, Maßnahmen zum Einbruchsschutz und über ein Spezialarchiv handeln. Der Diebstahl der Baupläne könnte nun kostspielige Änderungen an dem mit 1,3 Milliarden Euro veranschlagten Bauvorhaben nach sich ziehen und den Umzug des BND weiter verzögern. *J. H.*

Unterseeboot für Israel

Kiel – Israel erhält von der Bundesrepublik ein weiteres Unterseeboot der „Dolphin“-Klasse. Diesmal will sich der Mittelmeeranrainer an den Kosten beteiligen. Die beiden ersten U-Boote waren noch vollständig vom deutschen Staat bezahlt worden. Beim dritten hatten sich Berlin und Jerusalem die Kosten geteilt. Seit dem vierten ist Deutschland mit einem Drittel dabei. Den Bau des mittlerweile sechsten Bootes dieser Klasse will der Bund in den kommenden vier Jahren mit 135 Millionen Euro bezuschussen. Dabei soll es auch bleiben, wenn die Gesamtkosten die Grenze von 405 Millionen Euro überschreiten sollten. So lassen sich zumindest Regierungskreise vernehmen. Die Boote der „Dolphin“-Klasse haben dank ihres Brennstoffzellenantriebs eine große Reichweite und können mit Atomwaffen bestückt werden. *M. R.*

Sinnlose Doppelstruktur

Bundesfreiwilligendienst wird zunehmend zur Farce

Immer wieder hören die Mitarbeiter des am 1. Juli dieses Jahres eingeführten Bundesfreiwilligendienstes (BFD) diese Frage: „Warum verschenkst du ein Jahr deines Lebens?“ Eine Frage, die wohl die Vorbehalte vieler Bürger gegen den neuen Dienst auf den Punkt bringt. Als Ersatz für die faktische Abschaffung von Wehrpflicht und Zivildienst gedacht, entpuppt sich der „Bufdi“ inzwischen zusehends als Farce.

Aufsehen erregten nun Recherchen der „Bild“-Zeitung, die das offensichtlich extrem niedrige Interesse an dem Dienst auch mit Zahlen belegen. Danach hatte der Malteser-Hilfsdienst bislang etwa 1000 Zivildienstleistende und suchte für die Zeit nach dem 1. Juli 900 Freiwillige. Tatsächlich wurden jedoch bislang nur kümmerliche 98 Verträge unterzeichnet, lediglich 13 Personen haben am 1. Juli ihre Arbeit aufgenommen. Auch beim Arbeiter-Samariter-Bund sieht es nach dem Bericht düster aus: Nachdem man bislang 1700 Zivildienstleistende beschäftigte, kamen nun lediglich 50 Verträge zustande, nur drei „Bufdis“ traten bereits den Dienst an. Und auch bei der Caritas sind von 3300 Plätzen erst 300 vergeben.

Für Kritiker war das Desaster schon beim Beschluss des Dienstes durch den Bundestag im März absehbar. „Völlig unausgegoren“ lautete etwa der Kommentar der rheinland-pfälzischen Sozialministerin Malu Dreyer (SPD). Denn durch die Einführung parallel zu dem nach wie vor existierenden „Freiwilligen Sozialen Jahr“ (FSJ) und dem „Freiwilligen Ökologischen Jahr“ (FÖJ) entstehe eine „sinnlose Doppelstruktur“, so die Ministerin.

> Bewerberzahlen sind verschwindend gering

Schließlich hätten das FSJ und der BFD „im Grunde das gleiche Ziel“, nämlich junge Menschen für eine zeitlich befristete Tätigkeit im sozialen Bereich zu gewinnen.

Die Regierung blieb indessen bei ihrem Standpunkt, die verantwortliche Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) rief eine „neue Kultur der Freiwilligkeit“ aus. Als Ziel für das kommende Jahr nannte sie die Zahl von 35000 Freiwilligen. Doch schon vor dem 1. Juli zeichnete sich ein Flop ab. Die Regierung beschwichtigte. Es gingen „laufend Anträge ein“, erklärte Hermann Kues (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium. Man müsse nun mobilisieren und deutlich machen, dass es eine „Riesenchance“ sei, im sozialen Bereich tätig zu sein. Zum Zwecke dieser Mobilisierung appelliert die Internetseite des Dienstes mit dem Ausspruch „Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden“. Viele junge Leute dürfte allerdings umtreiben, dass durch das Gebrauchtwerden allein noch nicht ihre Taschen gefüllt werden. Maximal 330 Euro monatliches Taschengeld können „Bufdis“ erhalten, dazu kommt ein Anspruch auf Übernahme der Sozialversicherung und auf Kindergeld. Dies bekommen sie allerdings genauso beim „Freiwilligen Sozialen Jahr“ geboten. Unterschiede bestehen hauptsächlich in manchen Einsatzorten und darin, dass es beim BFD für die Mitarbeiter keine Altersgrenze nach oben hin gibt. Claudia Kaminski, Sprecherin des MHD, zeigte sich im Gespräch mit „Bild“ denn auch ernüchtert. Man kämpfe mit dem Wegfall der Zivis, die Schließung der Lücken sei „ein riesiger Aufwand für unsere Dienststellen“, so Kaminski.

Da hilft auch kein Schönreden mehr. Die als Erfolg behandelte Zahl von 17300 Freiwilligen hat indessen einen gravierenden Haken: Rund 14300 davon sind Zivildienstleistende, die ihren Dienst nur freiwillig verlängerten. *Lion Edler*

Leere Worte aus Berlin

Abgeordnete ignorieren Gefahren des Euro-Rettungsschirms

Fast täglich gibt es in Sachen Euro-Krise neue Meldungen, die die schlechten Nachrichten vom Vortag in den Schatten stellen. Die Euro-Rettung, die auch deutsche Politiker immer wieder als „alternativlos“ bezeichnet haben, scheint offenbar nicht sonderlich langlebig zu sein. Dabei sollen die bereits beschlossenen Rettungspakete zumindest bis 2013 halten, ab dann sollte der auf EU-Ebene erdachte neu zu gründende Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) greifen. Im Herbst soll der Deutsche Bundestag dem ESM seinen Segen erteilen. Und wenn bis dahin nicht die vorherige Euro-Rettung wegen der Pleite eines der Risikoländer missglückt ist, dann werden die deutschen Parlamentarier vermutlich ihren Segen zum ESM geben. Zwar gibt es bisher schon einige Verweigerer um den FDP-Bundespolitiker Frank Schäffler, doch noch sind es zu wenig, um die Mehrheit der schwarz-gelben Regierung, die aus insgesamt 21 Stimmen besteht, zu gefährden, zumal sich in der rot-rot-grünen Opposition eher noch mehr Politiker finden, die für Europa ihr letztes Hemd geben würden.

Dass ein Ja zum 700 Milliarden Euro schweren ESM, für den Berlin 22 Milliarden Euro direkt einzahlt und 168 Milliarden als Garantien zur Verfügung stellt, im Grunde genau das bedeutet, scheint zumindest die vom deutschen Volk gewählten Vertreter nicht weiter zu stören, denn der ESM sieht vor, dass ab dem Moment der Zustimmung zur Gründung fortan andere das Sagen über die von Deutschland zur Verfügung gestellten Gelder haben. Der Bundestag verliert einen Teil seines Haushaltsrechts, doch für die Rettung des Euro ist den Parlamentariern offenbar alles Recht.

> Angeblich geht es um den Schutz nationaler Interessen

In der *PAZ* hatten bereits mehrere Leser in Briefen dafür plädiert, dass jeder die für seinen Wahlkreis zuständigen Abgeordneten auf den ESM anspricht. Für den Wahlkreis Hamburg-Wandsbek sind das Jürgen Klimke (CDU), Aydan Özoguz (SPD) und Ingo Egloff (SPD). Über www.abgeordnetenwatch.de auf den ESM angesprochen, kamen indes nur Allgemeinplätze. So antwortete Jürgen Klimke, dass Deutschlands Teilnahme an dem Stabilitätsmechanismus unerlässlich sei: „Einerseits ist er ein wichtiges Instrument, das die krisenhaften Folgen abmildert und den betroffenen Staaten hilft, sich wieder alleine auf den Märkten bewegen zu können. Andererseits wollen wir damit das Auseinanderbrechen der Währungsunion vermeiden und unsere nationalen Interessen schützen. Zwei Drittel unserer Exporte hängen an Europa und dafür brauchen wir einen stabilen Euroraum. Die 22 Milliarden Euro, die wir für die Rettung der notleidenden Länder zur Verfügung stellen, dienen auch der Stabilisierung der deutschen Wirtschaft.“ Und auch Aydan Özoguz befürwortet den ESM grundsätzlich, denn: „Wie Sie vielleicht wissen, gehen zirka 60 Prozent aller deutschen Exporte in EU-Staaten. Somit ist die finanzielle Stabilität und Zahlungskraft der anderen Mitgliedsstaaten letztendlich auch in unserem deutschen Interesse.“ Genau wie ihr Parteikollege Egloff fordert sie jedoch eine Beteiligung des privaten Sektors an der Euro-Rettung und verlangt die Einführung eines europäischen Wachstumspaketes. Und Egloff ist zudem überzeugt, dass der Euro zu den größten Erfolgen gehört, „die die europäische Integration hervorgebracht hat. Wir schützen mit dem Rettungsschirm nicht nur unsere Währung, sondern eines der wichtigsten Projekte in Europa“. *Bel*

MELDUNGEN

Pädophilen droht Kastration

Moskau – Das Strafmaß für Pädophile soll in Russland verschärft werden. Insbesondere verbietet die Gesetzesänderung die Entlassung auf Bewährung und strafmildernde Maßnahmen. Präsident Dmitrij Medwedew befürwortet die chemische Kastration, also die Verabreichung vorbeugender medizinischer Mittel. Das geht einigen Duma-Abgeordneten der Fraktion „Einiges Russland“ nicht weit genug. Sie fordern die Todesstrafe für Kinderschänder. „Ein Verbrecher, der das Leben eines Kindes verstümmelt, seine Zukunft zerstört und ihm für immer den Glauben an die Menschen genommen hat, sollte erschossen werden“, meint Tatjana Jakowlewa. Das Moratorium über die Todesstrafe steht noch aus. Zwar hat Russland sich für ihre Abschaffung ausgesprochen, im Gesetzestext ist sie aber noch nicht verankert. *MRK*

Wirtschaft Syriens leidet

Damaskus – Die Dauerproteste der Regimegegner haben tiefe Spuren in der syrischen Wirtschaft hinterlassen. Am ehesten hat die sensible Tourismusbranche auf die Unruhen reagiert. Mit acht Milliarden Dollar im Jahr war sie bislang die lukrativste Devisenquelle, die mehr als 300 000 Menschen Arbeit gesichert hat. Nun meiden ausländische Besucher das Land. Als Folge der Unruhen hat das Syrische Pfund etwa 20 Prozent seines Wertes gegenüber dem Dollar eingebüßt, acht Prozent der Bankreserven sind bereits ins Ausland transferiert worden. Auslandsinvestitionen bleiben ebenfalls aus. In einer öffentlichen Rede an der Universität Damaskus hat Präsident Baschar al-Assad offen vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes infolge einer „ausländischen Verschwörung und hausgemachten Vandalismus“ gewarnt. *B.B.*

Vom Aufschwung in die Krise

Inflation, Korruption, steigende Kreditzinsen und hohe Energiepreise belasten die Wirtschaft in Vietnam

Der vielgepriesene Aufschwung des kommunistischen Staates Vietnam, der seit 1990 teilweise für privatwirtschaftliche Initiativen geöffnet ist, hält der Wirklichkeit von heute nicht mehr stand. Die rund 90 Millionen Einwohner werden derzeit von der höchsten Inflation in Asien, von Korruption und Vetternwirtschaft heimgesucht, die Rohstoff- und Energiepreise sind zu hoch und zahlreiche ausländische Investoren ziehen sich angesichts der Probleme inzwischen zurück. Von den erwarteten zwölf Milliarden Dollar kam 2010 nicht einmal die Hälfte ins Land.

Ursprünglich wurde die Sozialistische Republik Vietnam für ihren dynamischen Aufschwung bewundert, seit sie wie der große Nachbar China privatwirtschaftliche Aktivitäten zuließ. Sie gehörte lange zu den wirtschaftlich gut entwickelten „Tigerstaaten“. Die großen Hoffnungen der Anfangszeit, als etwa in den Jahren nach 1993 wirtschaftliche Zuwachsraten von zehn Prozent im Jahr einen ähnlichen Boom wie in China versprachen, sind verpufft.

Die Kreditzinsen stellen unter anderem ein Hemmnis für das Wachstum lokaler Firmen dar, sie lagen teilweise bei 25 Prozent. Seit Jahren lebt Vietnam überdies mit einem hohen Defizit der Handelsbilanz. Ein Lichtblick ist die Entwicklung des Fremdenverkehrs: Mehrere hunderttausend Menschen sind inzwischen in der seit 1999 wachsenden Tourismusindustrie beschäftigt.

Allein in diesem Jahr gab es weit über 300 Streiks mit Schwerpunkt in der Textilindustrie – ein weiterer Faktor zur Abschreckung ausländischer Anleger. Auch die totale Kontrolle der Medien durch den Staat wird als Hemmnis betrachtet. Die meisten Industriebetriebe befinden sich noch immer in staatlicher Hand und arbeiten zum großen Teil defizitär. Vor allem der Norden des Landes hinkt hinter dem südlichen Teil um die ehemalige Hauptstadt Saigon (heute Ho-Chi-Minh-Stadt) her, das von der amerikanisch geprägten Vergangenheit zehrt.



Hoffnungen sind verpufft: Die einheimische Produktion bringt den Vietnamesen kaum noch Wohlstand Bild: mauritius

Einen gewissen Wohlstand für den kleinen Mann bringt weniger die heimische Produktion, obwohl Vietnam nach Thailand der größte Reisexporteur der Welt ist, als vielmehr der Heiratsmarkt und die Zuwendungen von Auswanderen. Rund 200 000 „Suzie Wongs“ haben im letzten Jahrzehnt Ausländer, vor allem aus Südkorea und Taiwan, aber auch „Langnasen“ aus Europa und den USA, geheiratet und senden seitdem harte Währung an die Familien daheim.

Der Heiratsmarkt spricht die Wahrheit

Die Frauen sind in der Regel jünger als 21, die Männer zwischen 40 und 50. Damit geht Vietnam denselben von der Armut diktierten Weg wie einige andere Länder in Ostasien. Onlinedienste wie „Asia Traumfrau“ oder „VietnamCupid.com“ nehmen sich der Heiratswünsche an und offerieren tausende von Mädchen aus dem Katalog. Eine neu gegründete staatliche Agentur soll garantieren, dass die Frauen auch wirklich an heiratswillige Ausländer vermittelt werden und nicht in der Prostitution landen.

Zudem fließt Geld von zahlreichen nach dem Vietnamkrieg in die USA ausgewanderten Vietnamesen ins Land, was den Traum von der eigenen Auswanderung unterstützt. Der Geldfluss hat eine Größenordnung von rund fünf Milliarden US-Dollar. Das entspricht fast einem Fünftel des Staatshaushalts und hat eine ähnliche Dimension wie die an Vietnam gezahlte internationale Entwicklungshilfe.

Neuerdings sollen auch Importrestriktionen helfen. Um etwa die heimische Autoproduktion von Hyundai Vina zu fördern, wurde kürzlich ein Importverbot für Lastkraftwagen und Busse anderer Marken verhängt. Die Infrastruktur des Landes lässt in einigen Gebieten zu wünschen übrig und ist auf dem Stand der französischen Kolonialzeit stehen geblieben. Da die Regierung in Hanoi die Notwendigkeit einer besseren Erschließung vor allem auch für den zunehmenden Tourismus erkannt hat, sind bis 2020 neue Flug- und Seehäfen geplant, ebenso ein Ausbau des Schienen- und Straßennetzes. Im Norden soll Malaysias „Jaks Resources Berhard“ für 2,25 Milliarden Dollar ein kohlebetriebenes Kraftwerk bauen, das aus heimischen Ressourcen gespeist wird, um bestehende Energielücken zu schließen. Sicherheitshalber wurde zudem 2011 aus Indonesien Kohle importiert. Im Jahr 2014 soll mit russischer Hilfe ein Atommeiler ans Netz gehen. Noch immer muss Elektrizität zeitweise aus Südchina importiert werden. Zwar gibt es 41 000 befahrbare Flusskilometer, wegen des fehlenden Ausbaus sind sie für größere Schiffe jedoch kaum befahrbar. Der Beitritt zur Welthandelsorganisation im Jahr 2007, der die Änderung von 52 Gesetzen erzwang, hat sich allerdings positiv auf die Exporte ausgewirkt. Wichtigste Ausfuhrgüter sind Öl, Textilien, Reis und Kaffee. Immerhin war Vietnam 2008 der Welt größter Kaffeeproduzent.

Joachim Feyerabend

Machtlos gegen illegale Waffen

Der Westbalkan bleibt weiter »hochgerüstet«

In Makedonien endete gerade eine einjährige Frist, während derer die Menschen „illegale“ Waffen, also nicht registrierte, straffrei abgeben konnten. Ganze 26 Bürger nutzten diese „Amnestie“ – in einem Land, wo die Behörden mindestens 170 000 illegale Waffen vermuten, eventuell auch dreifach mehr. Hinzu kommen laut Haager Kriegsverbrecher-Tribunal 90 000 Waffen, zu einem Drittel Maschinenpistolen, die die „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK) bei zahlreichen Überfällen auf westmakedonische Orte zurückließ. Jüngste Berichte vom gesamten Westbalkan besagen, dass 15 Jahre nach Ende des jugoslawischen Bürgerkrieges die Zahl der Waffen gestiegen ist. Laut dem serbischen Sicherheitsexperten Zoran Dragisic war Serbien 2007 hinsichtlich der Zahl der Waffenträger auf dem weltweit sechsten Platz und hat seither noch zugelegt: Anfang 2011 waren 1,2 Millionen Waffen registriert, aber sechs Millionen wurden illegal geführt. In Kroatien zählte man 2001 370 000 legale und 630 000 illegale Waffen — bis Mai 2011 blieb die Zahl der legalen gleich, die illegalen stiegen auf 968 000. In Bosnien fanden sich 2009 in jedem vierten Haus illegale Waffen – mit seither steigender Tendenz, wie die Zunahme von Morden, Selbstmorden und Verbrechen unter Waffenanwendung um 28 bis 46 Prozent zeigt. Laut UN-Schätzungen gab es im Kosovo 2003 40 000 illegale Waffen – Ende Juni 2011 meldete die internationale „Kosovo-Force“ (KFOR), dass in der Region 500 000 Gewehre und Maschinenpistolen, 500 000 Pistolen, hunderttausende Handgranaten und Tonnen von Sprengstoff in illegalem Besitz seien.

Sammelaktionen bringen nur einen Teilerfolg

SALW (Small Arms Light Weapons) nennt man die Klein- und Leichtwaffen, die auf dem Westbalkan seit 20 Jahren verheerende Wirkung zeigen. Die Gründe der allgemeinen „Bewaffnung“ sind bekannt: Bosnien wird immer mehr zum „Depot“ von Al Kaida und des wahabitisch-islamischen Terrorismus, das Kosovo ist die Drehscheibe des internationalen Waffen-, Drogen- und Menschenhandels, die Arsenale der Kriegsjahre wurden von Slowenien bis Makedonien zu Dumpingpreisen geräumt. Generell gilt, was der kroatische Psychiater Edvard Klajn bereits vor zehn Jahren befand und was seither Untersuchungen der Vereinten Nationen und anderer bestätigt haben: Die seelische Verrohung aus dem Krieg und das wechselseitige Angstsyndrom stehen hinter der Zunahme häuslicher Gewalt und Waffenanwendung.

Davor fürchtet sich die Politik und möchte die Waffen möglichst rasch und vollständig beseitigen. Geschickt machen es die Kroaten seit 2007 mit ihrer Aktion „Weniger Waffen, weniger Tragödien“, auch wenn der Waffenfundus noch erschreckend umfangreich bleibt. Bis zum Januar 2011 registrierte das kroatische Innenministerium rund 2000 abgegebene Maschinenwaffen, 50 000 Minen, 2000 Kilogramm Sprengstoff, 3500 Pistolen und Gewehre und zwei Millionen Stück Munition, das Verteidigungsministerium zählt zehntausende SALW-Stücke, die jährlich professionell vernichtet werden. Generell gibt Zagreb dem Westbalkan beherzigenswerte Lehren: Waffen beseitigt man nicht mittels Strafandrohungen oder eiliger Sammelaktionen, sondern nur mit Aufklärung und unbegrenzten Abgabechancen, wie es das neue Waffengesetz von 2007 praktiziert. Jede Waffe weniger ist ein Gewinn, denn laut Anton Tschechow muss die Waffe, die im ersten Akt an der Wand hängt, spätestens im dritten auch losgehen. *Wolf Oschlies*

Keine weiße Weste

Libyen: Brandstiftungen und Plünderungen durch Rebellenmilizen

Es könnte eine große Überraschung geben, wenn Gaddafi weg ist und wir herausfinden, mit wem wir uns eingelassen haben.“ Paul Sullivan, Politikwissenschaftler und Libyen-Kenner an der Washingtoner Georgetown Universität, ist skeptisch gegenüber den Rebellen, die den libyschen Diktator stürzen wollen. Deren Nationaler Übergangsrat mit Sitz im östlich gelegenen Bengasi ist mittlerweile von zwei Dutzend Staaten anerkannt. Frankreich war mit der Legitimierung vorgeprescht – Deutschland zog nach langem Überlegen erst vor Kurzem nach.

Ende Juni hatte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) während eines Treffens mit Rebellenchef Mahmud Dschibril unterstrichen, man stehe „an der Seite der demokratischen Kräfte in Libyen“. Doch ob es in der brutalisierten und von traditionellen Stammesstrukturen geprägten Gesellschaft Demokraten gibt, ist fraglich.

Der Premier der provisorischen Gegenregierung, Dschibril, seit 23. Februar Anführer der Gaddafi-Gegner, hat in den USA studiert und gelehrt. Der westlich orientierte Wirtschaftswissenschaftler war 2007 mit Reformabsichten in den Dienst des libyschen „Revolutionsführers“ getreten. Im dunken Anzug und weinroter Krawatte reist er seit Wochen durch die Staatenwelt und wirkt gediegen und gewinnend bei der Suche nach Unterstützung in einem Bürgerkrieg, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Nun kratzt die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) am sauberen Demokraten-Image der Rebellen. Der Besuch einer Delegation der libyschen Aufständischen in Brüssel vergangene Woche war von Vorwürfen zu Brandschat-zungen und rücksichtsloser Gewalt gegen Zivilisten überschattet. Im Einzelnen sollen die Dschibril-Leute bei ihrem Vormarsch auf Tripolis in vier eroberten Städten im Nafusa-Gebirge südlich der Hauptstadt Krankenhäuser angezündet und geplündert sowie Geschäfte und Wohnungen ausgeraubt haben.

Wohnungen und Läden ausgeraubt und angezündet

Zudem kritisierten die Menschenrechtler, dass Nicht-Kombattanten geschlagen worden seien, die mutmaßlich Gaddafis Regierungstruppen unterstützten. Ihre Kollegen vor Ort hätten im Juni und Juli einige Übergriffe selbst beobachtet und Zivilisten wie Kämpfer in den betroffenen Gebieten als Zeugen befragt.

Der Vize-Direktor der HRW-Abteilung Mittlerer Osten und Nordafrika, der Amerikaner Joe Stork, forderte die Oppositionsführer auf, alle Misshandlungen durch Rebellen zu stoppen und die Täter zu bestrafen. Es sei die Pflicht der Rebellen, Zivilisten und ihr Eigentum zu schützen.

Dschibril wies in Brüssel die jüngsten Anschuldigungen zwar zurück, räumte jedoch „einige Vorfälle“ und Menschenrechtsverletzungen ein, die unabweisbar in den ersten Wochen des seit fünf Monaten andauernden Aufstands gegen Gaddafi begangen wurden. „In befreiten Zonen“ sei dergleichen aber „nicht mehr der Fall“, rechtfertigte er.

Ein ungenannter Oberst der Rebellenmilizen hatte gegenüber Human Rights Watch Übergriffe zugegeben, allerdings ohne Angaben zur Zahl der Geschädigten und der Art der Verbrechen zu machen. Truppenbefehle seien missachtet worden. Er verwies darauf, dass die Soldaten in seiner Einheit dafür bestraft worden seien. *Christian Rudolf*

Bio-Kraftstoff bald vor dem Aus?

EU-Studien belegen, dass der aus Pflanzen gewonnene Sprit mehr schadet als nutzt

Bio-Treibstoffe gefährden die EU-Klimaziele. Zu diesem Resultat kommen Analysen, die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurden.



An vielen Tankstellen ist der Verkauf bereits eingestellt: Bio-Sprit Ethanol (E10) Bild: C. Bilan/dapd

An einem Mangel an wissenschaftlichen Studien zum Thema Kraftstoffherstellung aus Pflanzen kann es nicht gelegen haben, dass man in Brüssel nochmals eigene Untersuchungen in Auftrag gegeben hat. Wissenschaftler und Umweltschützer beschäftigen sich seit Jahren mit der Treibstoffherstellung aus nachwachsenden Rohstoffen. Inzwischen liegen unzählige Studien vor. Weitgehend herrschen Zweifel an einem Nutzen der Bio-Kraftstoffherstellung vor. Im Jahr 2010 kam das Londoner Institut für europäische Umweltpolitik (IEEP) beispielsweise zu dem Schluss, dass der Biosprit schädlicher für das Klima sei als die fossilen Energien, die ersetzt werden sollen. Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WGBU) kam bereits im Jahr 2008 zu einem ähnlichen Ergebnis. Seine damalige Empfehlung: den Anteil der Bio-Kraftstoffe auf Null zurückfahren und jegliche staatliche Förderung einstellen.

Auch die Untersuchungen, die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurden, scheinen den schon seit längerer Zeit in der Kritik stehenden Bio-Kraftstoffen kein besseres Zeugnis auszustellen. Bisher hat die Kommission die Freigabe der entsprechenden Dokumente jedoch abgelehnt. Allerdings hat die Nachrichtenagentur „Reuters“ nach eigenen Angaben Einblick in vier der EU-Studien nehmen können. Für die neun Milliarden schwere Bio-Diesel-Industrie in Europa könnten demnächst schwere Zeiten anbrechen, sollten aus den gewonnenen Erkenntnissen die Konsequenzen gezogen werden. In den Unterlagen selbst ist von „signifikanten Auswirkungen auf die existierende EU-Bio-Diesel-Industrie“ die Rede. Demnach scheint auch der EU-Kommission schwarz auf weiß bescheinigt worden zu sein, dass die Biokraftstoffe deutlich weniger klimafreundlich sind als bisher behauptet: Ein großer Teil der vermeintlichen Vorteile wird durch die indirekten negativen Effekte, etwa die Abholzung von Waldflächen, wieder aufgehoben. Sogar mit der einmaligen indirekten Freisetzung von zirka 1000 Megatonnen Kohlendioxid infolge der Bio-Sprit-Produktion ist zu rechnen. Dies würde der doppelten Menge entsprechen, die jährlich Deutschland zugerechnet wird. Offizielle Vorgabe der EU ist es, dass im Jahr 2020 zehn Prozent der Treibstoffe aus erneuerbaren Quellen – in Europa zu 80 Prozent Bio-Diesel – produziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre weltweit die Umwandlung von bis zu 69000 Quadratkilometern Wald, Weiden und Feuchtgebieten in Ackerland notwendig, so die Berechnungen des Londoner Instituts für europäische Umweltpolitik.

> EU-Kommission hält Ergebnisse der Studien zurück

Bereits jetzt hat der Boom bei Bio-Kraftstoffen zur Abholzung von Regenwäldern in unvorstellbaren Ausmaßen geführt. Auch auf den schon bisher genutzten landwirtschaftlichen Flächen tritt der Anbau von Pflanzen für die Diesel- und Äthanolherstellung immer stärker in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die USA, größter Maisproduzent der Erde, verbrauchen mittlerweile mehr Mais zur Spritherstellung als für Tierfutter. Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma erhofft man sich von einer neuen Generation von Bio-Kraftstoffen, die zur Energiegewinnung beispielsweise auf Holzreste oder Algen setzen. Eines dieser, mit vielen Vorschusslorbeeren bedachten, Vorhaben wird seit 2008 im sächsischen Freiberg errichtet. Dort will das Unternehmen „Choren“ Holzabfälle zunächst zu Gas und dieses dann zu Diesel umwandeln. Als vor drei Jahren der Startschuss für das Projekt gegeben wurde, war nicht nur Kanzlerin Angela Merkel zuversichtlich – die Autobauer VW und Daimler beteiligten sich an dem Projekt ebenso wie der Ölmulti Shell. Mit von der Partie waren auch Privatanleger, der Bund, das Land Sachsen und die EU. Inzwischen hat sich Ernüchterung eingestellt: Noch immer ist kein einziger Liter Bio-Diesel der Anlage auf den Markt gelangt. Vor wenigen Tagen musste für das Projekt sogar Insolvenz angemeldet werden. Zahlreiche Rückschläge und technische Probleme haben die Geduld der Investoren auf eine harte Probe gestellt. Als noch größeres Manko als die technische Umsetzung hat sich der gestiegene Preis für Holzabfälle erwiesen. Die Zunahme von Holzpellet-Heizungen hat den Ausgangsstoff für die Dieselherstellung massiv verteuert. Nach Angaben der „Financial Times Deutschland“ wird inzwischen mit einem Preis von drei Euro pro Liter gerechnet, sollte die Anlage in der Zukunft doch noch in Betrieb gehen. Ein Preis, welcher dem Bio-Diesel inzwischen den Namen „Kaviar unter den Kraftstoffen“ eingebracht hat.

> Preisanstieg auf drei Euro pro Liter möglich

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Polen leiht Geld bei Japanern: Das polnische Finanzministerium gibt auf dem japanischen Wertpapiermarkt vierjährige Staatsanleihen mit einem Nennwert von 25 Milliarden Yen aus. Die Rentabilität beträgt 1,25 Prozent pro Jahr. Die Ausgabe von Obligationen in Japan ist die erste in diesem Marktsegment. Polen ist seit 2001 der erste ausländische staatliche Emittent auf dem Samurai-Markt. *CR*

Steueroase auf dem Balkan: Bulgarien entwickelt sich mit seinen niedrigen Unternehmenssteuersätzen immer mehr zu einer Steueroase für Unternehmen seiner Nachbarländer. Zusammen mit Zypern und Ungarn weist das Land eine der niedrigsten Steuerlasten innerhalb der EU auf. Inzwischen haben 272 rumänische und 2072 griechische Unternehmen ihren Sitz nach Bulgarien verlegt. Die Unternehmen profitieren von einem niedrigen Körperschaftssteuersatz, der in Bulgarien bei nur zehn Prozent liegt. In Rumänien liegt dieser Steuersatz dagegen bei 16 und in Griechenland bei 25 Prozent. *N. H.*

Griechenland kauft Gold: Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die griechische Zentralbank im Mai 2011 die Goldreserven des Landes durch Zukauf um 1000 Unzen erhöht. Insgesamt umfassen die Goldreserven Griechenlands damit 3,584 Millionen Unzen (111,46 Tonnen) im Wert von etwa vier Milliarden Euro. *N. H.*

Gazprom kauft sich ein: Bei den deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Garbsen war auch die Energieversorgung ein Thema. Moskau benötigt zur Energieeffizienzsteigerung deutsche Technologie, Deutschland ist nach der Energiewende auf bezahlbare Gaslieferungen angewiesen. Während Politiker über Wirtschaftserleichterungen beraten, haben RWE und EnBW bereits Erklärungen über eine strategische Partnerschaft mit Gazprom und Novatek unterzeichnet. Russische Investoren, die seit Jahren auf Beteiligungen an deutschen Betrieben schielen, haben jetzt einen Fuß in der Tür. *MRK*

Goldpreis im Höhenflug

Vertrauenserosion und Nachfrage machen das Edelmetall teuer

Seit die österreichische Bank „Erste Group“ vor fünf Jahren ihren ersten „Spezialreport Gold“ veröffentlichte, hat sich der Preis für das Edelmetall um 140 Prozent erhöht. Der Goldexperte der Bank, Ronald Stöferle, sieht auch in der Zukunft gute Aussichten für Gold. Bereits zum fünften Mal tritt die „Erste Group“ mit einem Spezialreport über Gold an die Öffentlichkeit.

Eine Frage, die Ronald Stöferle von Beginn an immer wieder hört, ist die nach Bildung einer Blase beim Goldpreis. Obwohl es immer zu kurzfristigen Korrekturen kommen kann, sieht er die Gefahr einer Überhitzung beim Goldpreis derzeit aber nicht. Stöferles Meinung nach ist Gold aktuell nach wie vor sehr günstig bewertet und am Beginn eines stabilen Aufwärtstrends. Für die Preisentwicklung des Edelmetalls sieht er zwei große treibende Kräfte: Zunächst den Angst-Faktor der Anleger — genährt von überbordenden Staatsverschuldungen, negativen Realzinsen und im extremen Fall sogar durch die Angst vor einem Kollaps der Weltwirtschaft. Angesichts im Raum stehender Staatspleiten und Inflationsgefahren ist Stöferle zuversichtlich, dass die „Vertrauenserosion den sicheren goldenen Hafen“ stärken wird. Als Lösung aus der Schuldenkrise vieler Staaten sieht er die Möglichkeit eines „Herauswachsens“ aus den Schulden durch drastische Ausgabenkürzungen und eine rigide Haushaltskonsolidierung, wie sie zum Beispiel in Skandinavien in den 90er-Jahren erfolgt ist. Sollte diese Lösung nicht gelingen, würden nur massive Steuererhöhungen und ein Weginflationieren der Staatsschulden bleiben. Ende eines solchen Szenarios könnte eine Währungsabwertung oder ein Staatsbankrott sein.

> Gold wird wieder als »echtes Geld« angesehen

Als zweiten preistreibenden Faktor sieht Stöferle die steigende Goldnachfrage aus Ländern wie Indien und China. Dort herrscht eine wesentlich höhere Goldaffinität als in den westlichen Industriestaaten. Der steigende Wohlstand dort wird nach Meinung des Rohstoffexperten langfristig zu einer stetig steigenden Nachfrage bei Gold führen. Auf jeden Fall sei Gold eine Investition, die übergewichtet werden sollte: „Die Chance nach oben ist wesentlich größer als das Risiko eines Absturzes“, so Stöferle.

Dass er etwas von der Materie versteht, hat Stöferle mit seinen Prognosen in der Vergangenheit bewiesen. Die Entwicklung nach dem ersten Goldreport der „Erste Group“ hat seine Annahmen voll auf bestätigt. Auch mit seiner Prognose aus dem vergangenen Jahr liegt er gut im Rennen. Der Preis von 1600 US-Dollar für die Unze, den er als kurzfristiges Ziel im Vorjahr genannt hatte, wurde gerade überschritten. Sein vor drei Jahren genanntes Langfrist-Ziel von 2300 US-Dollar sieht er allerdings inzwischen skeptisch. Der Preis könnte sogar höher ausfallen. Die Grenze von 2000 US-Dollar pro Unze hält Ronald Stöferle schon in den kommenden zwölf Monaten für erreichbar. Ein Grund, warum ein derartiges Preisniveau inzwischen durchaus als realistisch erscheint: Gold wird wieder vermehrt als „echtes Geld“ angesehen – und immer weniger als Rohstoff. *N. H.*

»Bitcoin« contra Euro

Virtuelle Währungen mausern sich zu realen Zahlungsmitteln

Zukunftsromane spielen mit der Idee, dass sich die „reale“ Welt und die „virtuelle“ Realität der Computersphäre irgendwann zur Unkenntlichkeit vermischen könnten; dass eine Zeit kommt, in der es den Unterschied zwischen der Wirklichkeit im Computer und jener auf der Straße nicht mehr gibt.

Ausgerechnet in einem sehr sensiblen Bereich, der in unseren Tagen größte Nervosität hervorruft, schreitet diese Vermischung rasant voran: im Geldwesen. Im Internet machen sich eigene Währungen breit, von denen der Außenstehende noch nie etwas gehört hat. Es ist längst keine Spielerei mehr. Wie aus Informationen der „Wirtschaftswoche“ hervorgeht, werden global bereits Waren und Dienstleistungen im Wert von Milliarden von Euro jährlich über Internetwährungen wie „Bitcoin“ umgesetzt.

Die Konkurrenz zu den gesetzlichen Zahlungsmitteln wie Euro, Dollar oder Yen wird zwar nicht von staatlichen Notenbanken herausgegeben. Sie gleichen aber auch nicht privat initiierten Lokalwährungen, dem sogenannten „Regiogeld“. Regiogeld ist für gewöhnlich ein an die Landeswährung gekoppeltes, lokales Gutscheinsystem, mit welchem die regionale Wirtschaft gefördert werden soll. Dafür werden demjenigen, der mit Regiogeld statt mit Euro einkauft, gewisse Rabatte gewährt.

Die Internetwährungen jedoch notieren frei, ihr Kurs zu Euro oder Dollar ermisst nach den Regeln von Angebot und Nachfrage – wie bei den frei konvertierbaren Währungen der Notenbanken.

> Banken warnen vor dem Geld aus dem Netz

Damit stoßen die Netzwährungen in einen neuen Raum vor. Aus Politik und Finanzwissenschaft kommen ernste Warnungen, denn in der Tat ist dieses neue Geld durch niemanden garantiert, keine Institution verbürgt seine Stabilität, nur das Vertrauen derer, die bereit sind, echte Waren über das Netz für Bitcoin und Co. zu verkaufen, stützt den Wert.

In einer Epoche schwindelerregender Geldschöpfung durch die Notenbanken, angeheizt durch die beispiellose Verschuldungspolitik der Regierungen, wirken die Warnungen vor den Internetwährungen allerdings etwas blutarm. Die Menschen beginnen längst, an den Garantieversprechen der Notenbanken für die Werthaltigkeit ihres Geldes zu zweifeln.

So manifestiert sich im Vormarsch der rein digitalen, staatenlosen Geldsysteme auch ein wachsendes Misstrauen gegen Notenbanken, Regierungen und die etablierten Geschäftsbanken, deren Geld einer wachsenden Zahl von Menschen mittlerweile nicht weniger „virtuell“ vorkommt als das Internetgeld. Das schwindende Vertrauen in die Staatswährungen hat sich zuletzt vor allem in den steigenden Preisen für Edelmetalle niedergeschlagen (siehe Beitrag links). Im Netz scheint sich da nun eine zweite Front aufzutun, was die Notenbanker zusätzlich verunsichern sollte. Die Geschäftsbanken haben sich in die Welt der Netzwährungen noch nicht vorgekämpft, weshalb sie in deren Sphäre keine Gewinne machen können. Sie warnen bislang eindringlich von den virtuellen Zahlungsmitteln. *Hans Heckel*

Vertrauensverlust

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Kein Wunder, dass sie keine Ingenieure mehr finden. Die zahlen ja nur noch die Hälfte von dem, was wir damals gekriegt haben“, sagt Waldemar, pensionierter Maschinenkonstrukteur. „Ja, ich kenne auch einige arbeitslose junge Leute, die Ingenieure sind, aber denen sagt man immer, sie hätten die falsche Fachrichtung studiert“, antwortet Ute ihm bei einem Stammtischgespräch.

Wie kann das sein? Auf der einen Seite beklagen deutsche Unternehmen Fachkräftemangel, auf der anderen Seite bleiben Hochqualifizierte arbeitslos oder müssen sich im Ausland nach Beschäftigung umsehen. Was erwartet die deutsche Wirtschaft? Womöglich soll jeder Hochschulabgänger bereits exakt auf das Profil einer Firma angepasst sein. Das ist selbst bei der besten Ausbildung nicht möglich und Bewerber aus dem Ausland dürften diese Bedingung auch nicht erfüllen können. Sollte die BIW-Studie mit ihrem Vorwurf an die Wirtschaft, sich um die Ausbildung drücken und die Lohnkosten niedrig halten zu wollen, Recht haben? Otto-Normalverbraucher weiß nicht recht, wem er glauben soll, doch eines ist sicher: Die deutsche Wirtschaft verliert neben Fachkräften auch das Vertrauen der Menschen.

Zweierlei Maß

Von Manuel Ruoff

Wenn Konrad Adenauer nach der Niederlage seines Landes von 1945 die Verständigung mit Frankreich suchte, wird er als Realpolitiker, großer Europäer und Vater der deutsch-französischen Freundschaft geehrt. Für Ausländer gelten aber offenkundig andere Kriterien. Denn während Männer wie Charles de Gaulle, die trotz Waffenstillstandes den Kampf fortsetzten, als Patrioten gelten, wird Philippe Pétain, der nach der Niederlage seines Landes von 1940 den Ausgleich mit Deutschland suchte, dafür als Kollaborateur, Marionette oder Verräter gebrandmarkt.

Dabei bot der von ihm geleitete französische Staat den Bürgern ungeachtet der Nachteile zwei wichtige Vorteile. Im Gegensatz zur westdeutschen Bundesrepublik ersparte er ihnen die mit einer Besatzung verbundenen Lasten und er zwang sie nicht zum Waffendienst in einem Bündnis der Sieger.

Auch ein Vergleich mit den Politikern der Weimarer Koalition ist aufschlussreich. In unseren Schulbüchern lesen wir, deren Zugeständnisse gegenüber den Siegern (Erfüllungspolitik) seien alternativlos gewesen. Schuld seien nicht sie gewesen, die sich in der Stunde der Niederlage hätten in die Pflicht nehmen lassen, sondern die Militärs des Kaiserreiches, die das Land vorher in eine militärisch aussichtslose Lage geführt hätten. Im Falle Frankreichs war es umgekehrt. Die Politiker der Dritten Republik hatten das Land in eine militärisch aussichtslose Lage geführt und dann hat der Soldat Pétain sich in der Stunde der Niederlage in die Pflicht nehmen lassen. Doch wer hält da Pétain zugute?

Verluderung des Rechtsstaats

Von Jan Heitmann

Optimierung der Geldwäscheprävention“ nennt die Bundesregierung euphemistisch das, was nach ihrem Willen zu einer radikalen Einschränkung der finanziellen Transaktionsfreiheit führen wird, „Anpassung des Verdachtsmeldewesens“ die damit verbundene staatlich verordnete Denunziation. Damit unterliegt praktisch jedes Geldgeschäft oberhalb der Bareinzahlungsgrenze von 1000 Euro der Überwachung und Kontrolle durch den Staat.

Geschäftsleute, Banken, Versicherungen, ja praktisch jeder, der im Rahmen seiner Berufsausübung Geldbeträge entgegennimmt, wird zum Handlanger des Staates gemacht. Selbst Rechtsanwälte und Notare, deren Schweigepflicht bislang als sakrosankt galt, werden zum Mandantenverrat verpflichtet. Vertrauen, eine der wichtigsten Grundlagen im Geschäftsleben, wird so systematisch zerstört.

Ganz abgesehen davon dürften Kleinbetriebe und Freiberufler damit überfordert sein, Personen zweifelsfrei zu identifizieren oder bei jedem Geschäft festzustellen, ob es sich um einen Fall von Geldwäsche handelt. So wird jeder ehrliche Gebrauchtwagenhändler jeden seiner Kunden vorsichtshalber beim Bundeskriminalamt melden, aus Furcht, er könne wegen einer fälschlicherweise unterlassenen Anzeige von Staats wegen um seine berufliche Existenz gebracht werden. Auf die „Verdachtsmeldestelle“ dürfte eine Denunziationswelle zukommen.

> Der Regierung scheint jedes Mittel recht zu sein

Schließlich darf der Staat auch noch ohne jeden Anlass bei den „Verpflichteten“ Kontrollen durchführen. Das Hausrecht, die Unverletzlichkeit der Betriebsräume und die Vertraulichkeit von Geschäftsunterlagen: aufgehoben. Und der Betroffene muss für den ungebetenen Besuch auch noch zahlen – selbst dann, wenn die Kontrolle absolut nichts ergeben hat.

Niemand sage, das alles ginge ihn nichts an. Es betrifft praktisch jeden. Den Selbstständigen, der seine Kundschaft ausspähen muss, den Jugendlichen, der von den Eltern zum Abitur Geld geschenkt bekommen hat, den Gebrauchtwagenkäufer, die Oma, die immer Kleingeld beiseite gelegt hat und es zur Bank bringt, das junge Ehepaar, das von der Familie einen Zuschuss zum Hauskauf bekommen hat, und, und und. Und nicht zuletzt werden wir alle für diesen Überwachungsapparat zahlen müssen. Denn die „Verpflichteten“ werden die ihnen auferlegten Gebühren und ihre Kosten für den zusätzlichen Bürokratieaufwand an die Verbraucher weitergeben, indem sie die Preise erhöhen.

Wo aber bleibt der Protest gegen diesen Angriff auf den Rechtsstaat? Offensichtlich haben alle Kabinettsmitglieder den Gesetzentwurf abgenickt. Selbst die, die immer von Bürgerrechten und Datenschutz faseln und, wie Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, allein bei der Nennung des Wortes „Vorratsdatenspeicherung“ aufjaulen. Um nicht missverstanden zu werden: Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung müssen bekämpft werden, aber nicht mit den unverhältnismäßigen Mitteln eines Überwachungsstaates.



Müssen möglicherweise bald auch über die Verschärfung des Geldwäschegesetzes urteilen: Die Richter des Bundesverfassungsgerichts

Bild: W. Rothermel/dapd

Gastbeitrag:



Deutsche Finanzpolitik: Innen sparen, außen prassen

Von Eberhard Hamer

Die Koalition hatte vor der Wahl nicht nur Steuersenkungen, sondern auch eine Steuervereinfachung versprochen. Von beidem will der Bundesfinanzminister jedenfalls kurzfristig nichts mehr wissen.

Überhaupt hat sich die CDU (nicht die CSU) in der Frage der Steuersenkung in die Büsche geschlagen, weil sie gemerkt hat, dass die Hauptnettosteuerzahler des Mittelstandes innerhalb der Bevölkerungsgruppen und der Wähler in der Minderheit stehen, die die CDU längst der FDP politisch überlassen hat.

Nach einer neueren Untersuchung des Mittelstandsinstituts Niedersachsen lebt nämlich nur ein Drittel unserer Bevölkerung von seiner Marktleistung, dagegen zwei Drittel der Bevölkerung von den Steuern und Sozialabgaben dieses ersten Drittels in Form von öffentlichen Gehältern, Gehältern der Sozialinstitutionen oder Sozial-Transferleistungen. Die CDU hat sich also längst auf die Seite der Mehrheit der Transfereinkommensbezieher geschlagen. Diese aber sind nicht an Sparen oder Steuersenkungen interessiert, weil dies ja ihre eigenen Bezüge aus den Steuereinnahmen reduzieren würde. Die Mehrheit der Bevölkerung ist längst an höheren Steuern und höheren Sozialabgaben für Mehrausgaben interessiert, weil sie nur dann auch höhere öffentliche Einkommen, höhere Sozialgehälter und höhere Sozialbezüge erwarten kann. Entsprechend gibt es deshalb auch die politische Resonanz von Steuersenkungsversprechen. Und wenn einmal Steuern reduziert wurden, hat das Finanzministerium diese flugs wieder an anderen Stellen eingesammelt.

> Die CDU steht längst auf der Seite der Mehrheit der Transfereinkommensbezieher

Vom Durchschnittsbruttoverdienst eines Normalverdieners bleibt inzwischen dem Leistungsträger selbst netto nur etwa ein Drittel übrig. Ein anderes Drittel wird als Steuer- und Sozialabgaben für die vom Staat damit beglückte Mehrheit der direkten und indirekten Transfereinkommensbezieher ab- beziehungsweise weitergegeben.

Die ständigen Sparappelle jeder Regierung richten sich also eigentlich an die Begehrlichkeit der Transfereinkommensbezieher, deren Kosten schon lange nicht mehr aus laufenden Steuer- und Sozialeinnahmen bestritten werden können, sondern nur mit Hilfe ständig steigender Schuldenaufnahme. Um diese Schulden begrenzen und noch bedienen zu können, sind Sparappelle notwendig und üblich – wenn auch wenig erfolgreich und nicht einmal ernst gemeint, wie die steigenden Staatsausgaben, Sozialhaushalte und ständig zunehmende Verschuldung zeigen.

Der gleiche Finanzminister, der echtes Sparen im Inland aufschiebt und sich massiv gegen Steuersenkungen im Inland sträubt, ist aber bei Zahlungen ans Ausland höchst spendabel. Wolfgang Schäuble war der Erste, der nicht nur internationale Banken und deren illiquide Schuldnerstaaten wie beispielsweise Griechenland mit einem „Schutzschirm“ auf Kosten Deutschlands retten wollte, der dabei eine Sofortzahlung von acht Milliarden Euro für Griechenland beziehungsweise deren Banken ebenso befürwortete wie eine Haftungsübernahme Deutschlands von sogar 750 Milliarden Euro Schutzschirm, sondern der sogar als Erster eine Transferunion ins Gespräch gebracht hat, nämlich eine Gesamthaftung und Dauerzahlung Deutschlands für alle unsoliden und illiquiden Eurostaaten. Damit sollen die bisher schon laufenden Tribute Deutschlands an die EU verdoppelt oder verdreifacht werden, soll also der deutsche Wohlstand in steigendem Maße an die unsoliden EU-Länder abfließen.

Schäubles Idee wurde natürlich in Brüssel begierig aufgegriffen. Nicht nur die Politkommissare sahen darin einen willkommenen Machtzuwachs für sich, sondern auch die Mehrheit der überschuldeten und in Zahlungsschwierigkeiten steckenden Euro-Länder forderte entgegen dem Lissabon-Vertrag und entgegen dem Grundgesetz die angebliche „europäische Solidarität“, sprich: Ausplünderung Deutschlands zugunsten der anderen europäischen Schuldenländer.

Wir stehen also bei der deutschen Finanzpolitik vor einem Januskopf. Im Inland soll gespart werden, dürfen Steuern nicht gesenkt werden, soll der Staat mehr einnehmen. Diese Mehreinnahmen zu Lasten des Mittelstandes sollen aber nicht den inländischen Transfereinkommensbeziehern zugutekommen, sondern überschuldeten EU-Mitgliedsländern, deren Bürgern und deren unsoliden internationalen Gläubigerbanken. Mit dem Vorschlag der Transferunion ist Schäuble seiner Kanzlerin Merkel in den Rücken gefallen, die sich verzweifelt gewehrt hat, diese Büchse der Pandora zu öffnen. Damit haben Schäuble, Merkel und Köhler Verfassungsbruch und Staatsstreich begangen und eine nahezu unbegrenzte Haftungs- und Tributpflicht Deutschlands für die Schulden anderer Länder übernommen.

> Die Mehreinnahmen zu Lasten des Mittelstandes kommen den EU-Schuldenländern zugute

Wenn der Bevölkerung und den Wählern erst klar wird, dass der Knauserigkeit unserer Finanzpolitik im Inland eine unlimitierte Zahlungsüppigkeit für das Ausland gegenübersteht und diese Regierung uns und unsere Kinder mit den Schulden unsolider internationaler Banken und europäischer Mitgliedsstaaten belastet, dass dadurch Wohlstandsabfluss aus Deutschland ins Ausland zu einer Verarmung in Deutschland führen wird, dürfte nicht mehr die FDP wegen ihrer Steuersenkungsbestrebungen, sondern müssten alle anderen der Transferunion zustimmenden Parteien die Wählerwut spüren. Noch nie hat eine Regierung in so kurzer Zeit den deutschen Wohlstand und unsere Zukunft so hemmungslos verspielt wie diese! Und uns bleibt nur noch die einzige Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht die Transferunion stoppt. Das ist aber bei der politischen Liebedienerei dieses höchsten deutschen Gerichts entgegen allen Rechtsgrundsätzen wohl nicht zu erwarten.

Prof. Dr. Eberhard Hamer ist Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik und gilt als Begründer der Mittelstandsökonomie. Er ist Gründer und Leiter des privat geführten Mittelstandsinstituts Niedersachsen in Hannover.

Indiana Jones am Machu Picchu

Coca-Anbaugebiet oder religiöses Zentrum? – Viele Geheimnise der Inka-Stadt sind nicht enträtselt

Es gab einmal einen „Geheimtipp“ – und der kursiert immer noch, weil ein Reiseführer von dem anderen abgeschrieben wird –, der lautete: Wer Machu Picchu, die „Verlorene Stadt der Inka“ in Peru, ohne Horden von Touristen erleben wolle, der müsse früh aufstehen und an Ort und Stelle sein. Am besten, er miete sich in dem einzigen Hotel ein, das gleich neben dem Kassenhäuschen liege. Das Luxus-Hotel sei zwar reichlich teuer, biete aber das Privileg, Machu Picchu kurze Zeit allein für sich zu haben.



Touristen-Anziehungspunkt „Alter Gipfel“: Schon in aller Herrgottsfrühe kommen Touristenströme Bild: Klaus J. Groth

Das Hotel am Machu Picchu ist wirklich toll, aber eine Übernachtung dort wegen der genannten Überlegungen wäre eine glatte Fehlinvestition. Das Kassenhäuschen vor den Inka-Ruinen öffnet seine Schalter um sieben Uhr. Bereits vor sechs Uhr kommt der erste Shuttle-Bus aus dem acht Kilometer entfernten Aguas Calientes, einer Ansammlung von billigen Hotels und Andenkenbuden. Diesem ersten Bus folgt einer nach dem anderen. Und wenn die Kasse geöffnet wird, dann ist die Schlange davor in Sechser-Reihe auf 250 bis 300 Meter angewachsen, alles Leute, die früh aufgestanden sind, weil sie Machu Picchu einen Augenblick für sich allein haben wollten. Seit die Unesco 1983 Machu Picchu zum Weltkulturerbe erklärte, wird die alte Stadt der Inkas förmlich überlaufen. Dabei kommt man noch nicht einmal mit dem Auto dorthin. Entweder man nimmt die Strapazen einer mehrtägigen Wanderung über einen Inka-Pfad auf sich oder man nimmt den Zug, der auf abenteuerlicher Trasse nach Aguas Calientes fährt. Dieser Zug ist der Hiram-Bingham-Express, benannt nach dem Mann, der Machu Picchu aus der Vergessenheit holte.

Gemeinhin gilt der amerikanische Archäologe als Entdecker der Inka-Ruinen. Sogar ein Datum gibt es dafür: den 24. Juli 1911. Das war der Tag, an dem Bingham mit einer Expedition der Universität von Yale zum ersten Mal auf die Ruinen von Machu Picchu stieß. Allerdings war er auf der Suche nach einer anderen Stadt, nach Vilcabamba. Das war der letzte Rückzugsort der Inka-Herrscher, nachdem die Spanier unter Pizarro deren Hauptstadt Cusco erobert hatten. Ein einheimischer Junge hatte Bingham zu den Ruinen im Nebelwald geführt. Vier Jahre blieb Bingham dort und leitete die Ausgrabungen. Und kam allmählich zu der Erkenntnis, dass er Vilcabamba nicht gefunden hatte, sondern eine andere rätselhafte Stadt. Die nannte man Machu Picchu, Alter Gipfel.

Der Name war ebenso wenig neu wie die Entdeckung durch Hiram Bingham. Machu Picchu wurde mehrfach „entdeckt“ und wieder vergessen. In einem spanischen Dokument von 1568 wird ein Eigentümer von Picho (Picchu) genannt, ein Dokument von 1782 belegt den Kauf des Landes der Stadt Machu Picchu, auf einer Landkarte von 1865 ist die Stadt unter ihrem Namen eingetragen, die Ruinen wurden 1867 von dem Deutschen August Berns gefunden, der in dem Gebiet die Schürfrechte besaß, der deutsche Landvermesser Herman Göhring zeichnete 1874 eine Karte, auf der die Ruinenstadt genau platziert war, Arbeiter ritzten ihre Namen 1895 in die Mauern des Königspalastes. Nein, Hiram Bingham war wirklich nicht der Erste, aber er hat seine Geschichte gut verkauft. Kein Wunder, dass sein von 1875 bis 1956 währendes Leben die Vorlage für die Filmfigur Indiana Jones lieferte.

> »Entdecker« Hiram Bingham bei Peruanern unbeliebt

Über die Stadt ist nur wenig bekannt. Nach einer Theorie wurde sie 1450 unter dem Inka-Herrscher Pachacútec Yupanqui errichtet. Sie wurde verlassen, als Pizarro 1533 Cusco eroberte. Die Stadt besteht aus 216 kleinen und mittelgroßen Gebäuden, die aus sorgsam behauenen Steinen gefügt wurden. Sie sind auf Terrassen in den Hang gebaut und durch zahlreiche Treppen verbunden. Nach dem heutigen Stand des Wissens lebten 1500 Menschen in der Stadt. Die Terrassen wurden landwirtschaftlich genutzt.

Warum die Stadt oben am Berghang gebaut wurde, ist nicht bekannt. Einige Wissenschaftler vermuten, sie sei das zentrale Anbaugebiet von Coca-Blättern für den Adel in Cusco gewesen. Andere sehen darin ein religiöses und astronomisches Zentrum. Nach einer dritten Theorie war Machu Picchu eine religiöse Zufluchtstätte der Inka-Könige, in der die Jungfrauen des Sonnenkultes lebten.

Warum die Stadt aufgegeben wurde, ist ebenfalls rätselhaft. Die Spanier haben sie nie gefunden, obwohl sie nur 75 Kilometer von der Hauptstadt Cusco entfernt liegt. Möglicherweise haben die Bewohner die Stadt verlassen, weil ihr König nicht mehr dorthin kam. Oder aber, auch das wird für möglich gehalten, die Stadt war keineswegs fertig, als die Spanier Cusco eroberten. Aus Furcht vor den Spaniern sei Machu Picchu aufgegeben worden und später in Vergessenheit geraten. Viele der Geheimnisse sind trotz intensiver Forschung bis heute nicht gelöst und sie werden wohl für immer unerschlossen bleiben.

Ein Geheimnis aber ist lösbar: Was hat Hiram Bingham bei seinen Ausgrabungen auf dem Machu Picchu gefunden? Es gibt den Verdacht, Bingham habe die Inka-Stadt früher gefunden als offiziell angegeben. Er habe sich Zeit verschaffen wollen, um seine Funde, Grabbeigaben und Inka-Gold, heimlich in die Vereinigten Staaten zu schaffen. Sie sollen noch immer in der Universität von Yale versteckt sein. Darum sind die Leute in Peru auf Hiram Bingham nicht gut zu sprechen. Und auf die vielen Besucher aus den USA auch nicht. Neben dem Kassenhäuschen auf dem Machu Picchu steht ein großes Schild, auf dem die USA aufgefordert werden, die Funde Binghams zumindest einmal zu zeigen. Es hat bis 2008 gedauert, bis in dieser Angelegenheit ein Abkommen mit den USA zustande kam. Das war dann bisher aber auch alles.

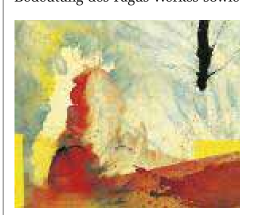
Klaus J. Groth

IN KÜRZE

Zu Gustav Mahlers Ehren

Das Fagus-Werk in Alfeld ist Veranstaltungsort der 21. Internationalen Fredener Musiktage am 30. und 31. Juli. In diesem Jahr liegen die architektonischen und musikalischen Akzente so dicht beieinander wie selten zuvor: Ein Mahlerfest findet im ersten modernen Industriebau der Welt statt, der kürzlich von der Unesco-Kommission zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Das vor genau 100 Jahren vom Bauhaus-Gründer Walter Gropius in Zusammenarbeit mit Adolf Meyer erschaffene Fagus-Werk in Alfeld bildet einen würdigen Rahmen für die außergewöhnlichen Konzerte im 100. Todesjahr des Komponisten Gustav Mahler. Denn den Architekten Gropius und den Komponisten Mahler verband mehr als nur ihre kreative Schaffenskraft: Einige Jahre nach Mahlers Tod heiratete Gropius dessen Witwe Alma.

Zum 100. „Geburtstag“ des Fagus-Werkes und zu Ehren Gustav Mahlers und seiner musikschaffenden Zeitgenossen präsentieren Chöre, Ensembles und Pianisten an zwei aufeinanderfolgenden Abenden in jeweils zwei Konzerten einige der interessantesten Werke dieser Epoche. Die Konzertabende werden von einem Vortrag eingeleitet: zur architekturgeschichtlichen Bedeutung des Fagus-Werkes sowie



Alexander Kühn: Zyklus „Aus des Knaben Wunderhorn“ Bild: Fagus-Werk

zur Kulturgeschichte Wiens um 1900. Den Abschluss des Festes bildet das Violinkonzert „Im Andenken eines Engels“ von Alban Berg, präsentiert von Adrian Adlam und der camerata freden. Gewidmet ist es der 1935 an Kinderlähmung gestorbenen Tochter von Alma Mahler und Walter Gropius. Informationen bei Intendant Utz Köster, Telefon (0171) 5571480, musiktage@t-online.de *PAZ*

»Lernte weinend zu lächeln«

Vor 100 Jahren wurde die Bildhauerin und Lyrikerin Ursula Enseleit geboren

Sie hat sich auch im Alter ihren mädchenhaften Charme bewahren können. Wie glänzten ihre Augen, wenn sie von ihrer Arbeit berichtete, von ihrer Heimat Ostpreußen erzählte! Und kaum einer konnte sich ihrer Begeisterung entziehen, mit der sie neue Projekte plante. Immer war sie auf der Suche nach dem Menschen gewesen, nach dem Gegenüber, das mitleidet und mitfühlt. Dem Leid, aber auch der Freude wollte sie mit ihrem Werk eine Form geben, erinnern an Vergessenes, Verdrängtes, ohne Vorwürfe, ohne Anklage: „Arbeitend lernte ich. Lernte weinend zu lächeln.“

> Lange gehegter Wunsch: Studium an der Kunstschule

Ursula Enseleit, die Bildhauerin, die Graphikerin, die Dichterin, starb am 8. August 1997 im Alter von 86 Jahren in Mainz. Geboren wurde sie als Ursula Riel am 25. Juli 1911 in Wenzken, Kreis Angerburg. Im alten Schulhaus von Kutten wuchs sie auf; dort empfing sie erste Eindrücke: „Ich tauchte in früher Kindheit in die Sprache des Schöpfers und seiner unversehrten Schöpfung. Und früh begann es, in mir zu dichten …“ Doch bis dahin war es noch ein weiter Weg. Ihr Mann, wie ihr Vater Lehrer, fiel im Zweiten Weltkrieg. Ursula unterrichtete an seiner Schule im Kreis Goldap weiter und besuchte nach der Vertreibung das Pädagogische Institut in Magdeburg.

1950 gelangte sie nach Westdeutschland, wo sie sich einen lang gehegten Wunsch erfüllen konnte. Sie studierte an der Landeskunstschule Mainz und fand dort in Emy Roeder eine hervorragende Lehrerin und gleichgesinnte Seele. Erste Zeichnungen und Gedichte entstanden, Studienreisen führten sie durch Deutschland und ins Ausland, erweiterten ihren Gesichtskreis. Bald wurde ihr vielseitiges Schaffen auch mit Preisen gewürdigt – sie erhielt den Förderpreis für Plastik des Landes Rheinland-Pfalz, 1966 und 1980 den Angerburger Literaturpreis des Patenkreises Rotenburg (Wümme) für ihre Gedichtbände „Ungerupft“ und „Das flammende Herz“, 1978 von der Landsmannschaft Ostpreußen den Kulturpreis für Bildende Kunst.



Skulptur „Quattuorvirat“ Bild: Archiv

Eine Dichterin in Wort und Bild hat man Ursula Enseleit einmal genannt. Sie war eine Künstlerin, sparsam mit ihren Ausdrucksmitteln, aber dafür beim Betrachter, beim Leser umso wirkungsvoller in die Tiefe dringend. Es gelang ihr stets, das Wesentliche mit nur wenigen Strichen, nur wenigen Worten zu umreißen. Sie „verpfändet jedesmal ihr Leben. Ihr Verhältnis zur Kunst ist ihre ganze Existenz. Man darf sie als begnadet bezeichnen, ohne damit antiquiert zu wirken; man darf von Verinnerlichung reden und nicht das Sentimentale meinen“, hat Franz Heinz einmal über Ursula Enseleit und ihre Kunst gesagt. Eine Kunst, die aus der Sehnsucht heraus entstanden ist, von der Enseleit selbst einmal sagte: „Und ich bitte meine Sehnsucht, dass sie ohne Klagen sei.“ Sie lauschte in die Stille, drang in die Tiefe der Dinge vor, sah Sonderbares, wo andere nur Banales entdecken konnten – eine Orangenschale etwa, die sich im Spiel des Lichts zu wundersamen Gebilden formte. „Will ich die Welt verändern? Darüber hatte ich bisher noch nicht nachgedacht. Ich denke, die Kunst hat etwas mit mir vor. Sie will mich auf ihre unersättliche Art am Leben erhalten, obwohl sie von mir nimmt. Ich habe den Eindruck, sie liebt mich, so wie ich sie liebe. Sie lässt mich mich bewältigen.“ Nachdenkliche Worte einer Frau, die den Dingen auf den Grund gehen wollte – im Leben wie in ihrer Kunst.

> Den Dingen auf den Grund gehen: in Kunst und Leben

In ihren Porträts vermochte sie die Seele ihres Gegenübers einzufangen, etwa bei der Büste des pommerschen Schauspielers Klaus Granzow. In der Empfangshalle des Rathauses Bad Mergentheim findet sich eine besonders eigenwillige Bronzeskulptur der ostpreußischen Künstlerin, das „Quattuorvirat“. Die vier Köpfe der Ostdeutschen Georg Forster, Andreas Schlüter, Bogumil Goltz und Arthur Schopenhauer ruhen auf einem Unterbau, der eine knorrige Stumpfweide der Weichselniederung symbolisiert; eine eindrucksvolle Verbindung von Landschaft, von Heimat und Geist. „Mythische Heimatbekenntnisse“ nannte denn auch der Kunstkenner Ernst Schremmer die Werke der Ostpreußin. Sie selbst sah ihre Kunst als „Wagnis auf Gott hin. Gott selbst zeugt und bezeugt durch sie.“ *SiS*

Philippe Pétain – Frankreichs verkannter Patriot

Auch 60 Jahre nach seinem Tod ist der Marschall umstritten: War er Hitlers Vollstrecker oder hat er Schlimmeres verhindert?

Eher beiläufig landet die Wasserflasche im Mülleimer, bekommt noch einen Fußtritt ab. Eingebettet in „geflügelte Worte“ („Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen“ und „Das ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft“) eine kleine Szene mit großer Symbolkraft. Denn es ist nicht irgendeine Wasserflasche, sondern eine von Vichy. Und Vichy ist nicht irgendein Wasser, sondern Synonym für die vielleicht größte Schmach in der Geschichte der Grande Nation: Frankreich unter fremder Herrschaft, besiegt und gedemütigt.

Natürlich hat Hollywood-Regisseur Michael Curtiz die Vichy-Flasche ganz bewusst in sein 1942 gedrehtes Meisterwerk „Casablanca“ eingebaut. Sie ist aus heutiger Sicht ein prophetischer Vorgriff auf das Jahr 1944, mit der Invasion der Alliierten in der Normandie und der Befreiung der Hauptstadt Paris von deutscher Besatzung.



Als Staatschef in Vichy: Marschall Philippe Pétain schreitet eine Ehrenformation ab Bild: dapd

Denn seit 1940 war das Heilbad in der Auvergne Frankreichs formelle Hauptstadt. Nach der Kapitulation am 22. Juni hatten deutsche Truppen den Norden des Landes besetzt. Am 10. Juli löste die Nationalversammlung in Paris die Dritte Republik auf und beauftragte den 84-jährigen Marschall Philippe Pétain, eine neue Verfassung für den nunmehrigen Französischen Staat (État français) in Kraft zu setzten.

Die breite parlamentarische Mehrheit von fast 88 Prozent spiegelte die Stimmung in der französischen Öffentlichkeit wider. Für sie war Pétain immer noch der „Held von Verdun“, ihm konnten sie in diesen schweren Zeiten vertrauen. Und wenn er, der doch im Ersten Weltkrieg so tapfer gegen die Deutschen gekämpft hatte, nun, im Zweiten Weltkrieg, dazu riet, sich mit eben diesen Deutschen zu arrangieren, dann konnte das ja nicht verkehrt sein. Kollaboration hatte unter dem Schock der militärischen Niederlage noch keinen schlechten Beigeschmack. Selbst die Kommunisten unter Jacques Duclos unterstützten Pétain, wobei sie sich natürlich auch vom noch intakten Hitler-Stalin-Pakt leiten ließen.

Der greise Marschall wollte vor allem eines: seine Landsleute aus dem Krieg heraushalten, sein Vaterland nicht schon wieder zum Kriegsschauplatz werden lassen, zumindest einem Teil der Grande Nation die Schande der Okkupation ersparen und so wenigstens den Schein der Souveränität aufrecht erhalten.

Zugleich sah er die Chance, seine konservativen Wertvorstellungen umzusetzen. Prompt ersetzte er das revolutionäre „Liberté, Égalité, Fraternité“ (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) durch „Travail, Famille, Patrie“ (Arbeit, Familie, Vaterland).

Zunächst konnte er den deutschen Siegern auch beachtliche Zugeständnisse abringen. Staatsrechtlich sollte die Vichy-Regierung für ganz Frankreich sprechen, behielt die Befehlsgewalt über die Marine, blieb Herr der Kolonien. Vor allem aber wurde ihm in Aussicht gestellt, dass rund zwei Millionen französische Soldaten baldigst aus deutscher Kriegsgefangenschaft entlassen würden.

Doch bald schon zeigte sich, dass diese Versprechungen entweder gar nicht eingehalten wurden oder mit schwerwiegenden Gegenforderungen verbunden waren. Von einem freien, neutralen und souveränen Frankreich konnte keine Rede sein, 60 Prozent des Landes waren von der Wehrmacht besetzt. Elsass und Lothringen waren auch formalrechtlich unter deutsche Verwaltung gestellt, der Rest des Nordens und Westens de facto ebenfalls. Frankreichs Industrie blieb zwar – anders als die deutsche nach dem Ersten Weltkrieg – weitgehend von Demontage und Ausplünderung verschont, dies aber nur, weil sie so für Hitlers Kriegsziele nützlicher war. Und viele Kriegsgefangene wurden nicht in die Heimat entlassen, sondern in Fremdarbeiter „umgewandelt“.

Die Fiktion eines wenigstens teilweise souveränen, unbesetzten Landes brach im November 1942 vollends zusammen. Als Reaktion auf die alliierte Invasion in Nordafrika besetzten deutsche und italienische Truppen den südlichen Rest Frankreichs; Pétains Vichy wurde endgültig zum Marionettentheater.

> Die Grande Nation ist gespalten: Held oder Marionette?

Nun konnte der Marschall sich auch einer direkten französischen Beteiligung an Hitlers Judenvernichtungsprogramm nicht mehr entziehen. Der unbesetzte Süden konnte nicht mehr als Zufluchtsort dienen, von wo aus Juden und andere Verfolgte über Portugal oder Marokko ins sichere Amerika gelangen konnten. Dass nunmehr so mancher Franzose auch die Gelegenheit nutzte, latent vorhandenen Antisemitismus endlich ungestraft auszutoben, wurde jahrzehntelang tabuisiert. Noch heute tun sich unsere Nachbarn schwer, sich diesem düsteren Kapitel der eigenen Geschichte zu stellen.

Mit der Entzauberung der von durchaus edlen, patriotischen Motiven geleiteten Vichy-Regierung einher ging die Stärkung des Widerstands gegen die deutschen Besatzer. Die Résistance, in London von General Charles de Gaulle gesteuert, anfangs aber noch militärisch total unbedeutend, wurde für die deutschen Truppen zur ernsten Bedrohung.

Am 26. August 1944 zog de Gaulle in die befreite Hauptstadt Paris ein. Sechs Tage zuvor hatte Hitler die Vichy-Regierung ins württembergische Sigmaringen deportieren lassen; bis zum 21. April war das dortige Hohenzollernschloss offizieller Regierungssitz des Französischen Staates.

Nach der deutschen Kapitulation kehrte der inzwischen 89-jährige Pétain nach Frankreich zurück, wurde verhaftet und wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Sein politischer Widersacher de Gaulle wandelte das Urteil in lebenslange Haft um. In der Verbannung auf der kleinen Atlantikküste Île d'Yeu starb er am 23. Juli 1951.

Auch nach 60 Jahren ist die Grande Nation gespalten, wie sie den Marschall bewerten soll. War der „Held von Verdun“ gegenüber Hitlers Wehrmacht zum Feigling geworden? Oder war es ein Zeichen von Altersweisheit, nicht mehr, wie vor Verdun, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen?

Es scheint, als sei Philippe Pétain eine jener wahrhaft tragischen Gestalten, die, anders als Goethes Mephisto, stets das Gute wollen und dennoch manchmal Böses schaffen. Seine patriotische Grundhaltung jedenfalls sollte nicht angezweifelt werden. Auch wenn das mit seinem Namen verbundene Vichy-Regime filmreif im Mülleimer der Geschichte landete.

Hans-Jürgen Mahlitz

Vor allem monumental sollte er sein

Nach drei Jahrzehnten Bauzeit wurde der 50 Meter hohe und 45 Meter breite Arc de Triomphe am 30. Juli 1836 eingeweiht

Nach der Dreikaiserschlacht von Austerlitz vom 2. Dezember 1805 entstand beim Kaiser der Franzosen Napoleon I. der Wunsch, seine Siege in seiner Hauptstadt durch zwei Triumphbögen zu verherrlichen. Im Frühjahr 1806 verfügte er deren Errichtung. Beide stehen noch heute. Der eine ist der Arc de Triomphe du Carrousel, der andere der Arc de Triomphe auf dem Place de l'Étoile, dem heutigen Place Charles-de-Gaulle. Beide sind symptomatisch für das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung des Emporkömmlings.

Auf der einen Seite legte der „kleine Korporal“ Wert darauf, als standesgemäß, als ebenbürtig mit den anderen, im Gegensatz zu ihm „legitimen“ Herrschern seiner Zeit anerkannt zu werden. Andererseits war er nicht bereit, sich in das „Konzert der Europäischen Mächte“ zu integrieren, sondern forderte für sich eine Sonder-, eine einzigartige Stellung. Die beiden Triumphbögen spiegeln diese ambivalente Zielsetzung wider.

Der Arc de Triomphe du Carrousel ist ein konventioneller und damit auch vergleichsweise unspektakulärer Bau. Mit ihm reihte sich Bonaparte in die Reihe der Herrscher und Sieger seiner und der vorausgegangenen Zeit ein. Der 08/15-Bau, um es bösartig zu formulieren, wurde in einem Zuge innerhalb von nur zwei Jahren errichtet.

Von einer ganz anderen Qualität ist der zweite Bogen, der uns denn auch heute sehr viel präsenter ist. Er sollte – wie sein Bauherr – groß- und einzigartig sein. Vor allem sollte er monumental sein und alleine mit seiner Größe alles bis dahin Dagewesene in den Schatten stellen. Das tat er auch mit seinen Ausmaßen von 50 Metern Höhe und 45 Metern Breite. Der durch die schiere Größe erzeugte Eindruck der Monumentalität sollte durch die Schlichtheit und Klarheit der Formensprache unterstützt werden.



Arc de Triomphe: Mit der Republikanischen Garde am Nationalfeiertag Bild: P. Wojazer/dapd

Enorm waren auch die Kosten mit schließlich 9,3 Millionen Francs. Diese Großinvestition war nur zu rechtfertigen, wenn die Breitenwirkung entsprechend groß war. Frankreichs Innenminister Jean-Baptiste Nompère de Champagny plädierte deshalb als Standort für den Place de l'Étoile. Gegenüber seinem Kaiser argumentierte er:

„Man muss sich dabei klarmachen, dass dieser Bogen allem, was in dieser Art schon gebaut ist, überlegen, für diesen Platz beinahe kolossale Ausmaße erfordern würde, die Ausgaben erhöhen. Aber welche Vorteile in dieser Lage! Man könnte ihn von den Höhen Neuillys und von der Concorde aus sehen. Den Reisenden, der Paris betritt, wird er mit Bewunderung erfüllen, denn Monumente dieser Art wirken besonders auf große Entfernungen, indem sie der Einbildungskraft freien Lauf lassen. Und er würde demjenigen, der sich aus der Hauptstadt entfernt, die tiefe Erinnerung seiner unvergleichlichen Schönheit einprägen.

Ferner, wenn man den Palast Eurer Majestät als das Zentrum von Paris ansieht, sowie Paris als das Zentrum des Reiches, so würde das Monumentum vom Mittelpunkt der Hauptstadt aus gesehen werden. Es würde gesehen werden von dem weiträumigsten und regelmäßigsten Platz aus, von der meistbesuchten Promenade und wäre dennoch ein Stadteingang, entspräche der wahren Bestimmung von Denkmälern dieser Art.

Obwohl entfernt, stünde es dem Triumphator doch immer vor Augen: Eure Majestät würden es durchfahren, wenn Sie sich nach Malmaison, nach St. Germain und selbst nach Versailles begeben, wenn man die Straße durch den Bois de Bologne nimmt, den Sie angenehmer empfinden könnten.“

Bonaparte überzeugte die Argumentation seines Ministers. Und am 15. August 1806 wurde an genanntem Orte der Grundstein gelegt.

Wenn Napoleon als Herrscher der größten Kontinentalmacht auch über enorme Ressourcen verfügte, so gingen die Arbeiten an diesem Monumentalbauwerk doch nur schleppend voran. Bis zur Abdankung Napoleons hatten die Pfeiler die Höhe von 20 Metern erreicht.

> Was der Kaiser begann, vollendete der »Bürgerkönig«

Verständlicherweise hatten in der Zeit der Restauration die wieder eingesetzten Bourbonen wenig Interesse daran, an einem Bogen zum Ruhme des Usurpators, dieses Kindes der Revolution, die Ludwig XVI. den Kopf gekostet hatte, weiterbauen zu lassen. Die Bauarbeiten wurden bis auf weiteres eingestellt. Ein Abriss wurde ebenso erwogen wie ein Umbau.

Nachdem es 1823 Interventionstruppen des bourbonischen Frankreich gelungen war, in Spanien die absolute Monarchie zu restaurieren, wurde beschlossen, am Triumphbogen weiter zu bauen, ihn nun aber den siegreichen Interventionstruppen zu widmen.

Die Umsetzung dieses Umwidmungsplanes scheiterte jedoch an der Julirevolution von 1830. Der aus dieser zweiten französischen Revolution hervorgegangene „Bürgerkönig“ Louis-Philippe stand der ersten französischen Revolution, der Trikolore sowie Napoleon und dessen Grande Armée ungleich wohlwollender gegenüber als seine bourbonischen Vorgänger. Unter ihm wurde der Triumphbogen entsprechend dem ursprünglichen politischen Programm zum Ruhme der Grande Armée weitergebaut. In seine Regierungszeit fallen auch die Aufträge für die vier großen Reliefs, François Rudes „Auszug der Freiwilligen 1792“ / „La Marseillaise“, Jean-Pierre Cortots „Triumph Napoleons nach dem Frieden von 1810“ sowie Antoine Étex' „Der Widerstand 1814“ und „Der Frieden von 1815“. Auch in der sonstigen nur erfolgenden Ausschmückung des Bogens hatte der König keine Hemmungen, Frankreichs Siege als Republik und Kaiserreich zu verherrlichen.

Nach der Vollendung des plastischen Schmuckes wurde der Arc de Triomphe am 30. Juli 1836 feierlich eingeweiht. König Louis-Philippe fehlte zwar, doch zeugt das weniger von Geringschätzung gegenüber dem Bau als von der Furcht vor einem Attentat.

Manuel Ruoff

Der erste bürgerliche Reichskanzler

Die Kanzlerschaft von Georg Michaelis blieb eine Episode – Auf Druck der Reichstagsmehrheit wurde sie beendet

Gerne wird als ein Grund für das Scheitern der Weimarer Republik angeführt, dass die Parteien heillos zerstritten gewesen seien, weil sie aufgrund einer angeblich fehlenden parlamentarisch-demokratischen Tradition in Deutschland lange von der Macht ferngehalten und deshalb nie gezwungen gewesen seien, konstruktiv und kompromissbreit in der politischen Regierungsarbeit zusammenzuarbeiten. Hinsichtlich Reichskanzler Georg Michaelis gab es diese Zerstrittenheit allerdings nicht.

Zweifel an der Qualifikation des am 8. September 1857 im schlesischen Haynau geborenen und am 24. Juli 1936 im brandenburgischen Bad Saarow gestorbenen Beamtensprosses und Beamten Georg Michaelis für das Amt des Regierungschefs des damals um seine Existenz kämpfenden Deutschen Reiches gab es in allen Lagern. Da war kaum einer, der ein gutes Haar an Michaelis' kurzer Kanzlerschaft des Jahres 1917 ließ. Es ist schlichtweg ein Phänomen, wie ein Mann ohne blaues Blut, den der Kaiser nicht kannte, der kein Politiker war und dem die auswärtigen Beziehungen fremd waren, in einer der schwersten Stunden des Kaiserreiches dessen Kanzler werden konnte.

Eugen von Knilling, später bayerischer Ministerpräsident, meinte nach seiner ersten Begegnung mit dem Reichskanzler: „O mei, den mirk i mir erst gar net." Hugo Graf Lerchenfeld, ebenfalls später Regierungschef Bayerns, äußerte sich ähnlich skeptisch über den neuen Kanzler: „Er hat nichts Imponierendes im Auftreten und hat den auswärtigen Dingen bisher ganz fern gestanden." Der langjährige Mitarbeiter im Reichskanzleramt Bogdan Graf von Hutten-Czapski bedauerte: „Wahrscheinlich hätte er einen ausgezeichneten unpolitischen Ressortminister abgegeben. Dass er jemals und noch dazu in einem so schwierigen Augenblick die Zügel der Regierung übernehmen würde, hat wohl niemand für möglich gehalten. Er besaß nicht die geringste Kenntnis der europäischen Verhältnisse. Seine Persönlichkeit war außerhalb seines Amtsbereichs ganz unbekannt. Nicht nur das feindliche und neutrale Ausland, selbst die deutschen Regierungen und politischen Kreise standen vor der Frage ‚Wer ist's?'" Der Journalist und Schriftsteller Erich Dombrowski, einer der späteren Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", beschrieb Michaelis kurz vor dessen Übernahme der Kanzlerschaft in seinem „politischen Tagebuch": „Ein kleines, eingetrocknetes Männchen. Ein Gesicht wie ein Papagei, der sich leicht im Gehänge schaukelt. Die Venus ist aus Schaum geboren, Michaelis aus Aktenstaub." Der spätere Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann notierte am 17. Juli 1917: „Manche Wendungen in seiner Rede klangen direkt weltfremd und ließen deutlich erkennen, wie Recht er gehabt hat mit seiner Bemerkung, dass er bisher nur als Zeitgenosse neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen sei. Er ist gar nicht im Bilde, hat keine Ahnung von der Stimmung im Ausland; andernfalls wären seine Wendungen von Sieg und Siegesbewusstsein vollkommen unverständlich."



Georg Michaelis (links): In Begleitung des Obersthofmeisters bei einem Besuch in Wien 1917

Selbst der Betroffene selber war überrascht, dass die Wahl des Nachfolgers des am 13. Juli 1917 zurückgetretenen Theobald von Bethmann Hollweg ausgerechnet auf ihn gefallen war. Aber voller Gottvertrauen nahm er den Ruf an.

Voller Sarkasmus schreibt Lerchenfeld rückblickend in seinen „Erinnerungen und Denkwürdigkeiten": „Wer Michaelis erfunden hat, ist nicht bekannt geworden, später wollte es keiner gewesen sein." 1953 erklärte der 1917 im Reichsministerium des Inneren tätige Ministerialbeamte Magnus von Braun, durch einen Artikel in der „Täglichen Rundschau" auf Michaelis als möglichen Kanzlerkandidaten aufmerksam gemacht zu haben. Wenige Wochen später zeigte sich Braun zwar erschüttert über die politisch-parlamentarische Hilflosigkeit des Reichskanzlers Michaelis, aber da war es bereits zu spät.

Michaelis war kein Kandidat der Obersten Heeresleitung (OHL), aber die OHL mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff an der Spitze hatte gute Erfahrungen mit dem Beamten Michaelis gemacht und war froh, dass Bethmann Hollwegs Nachfolger kein Kandidat der Reichstagsmehrheit geworden war. Kaiser Wilhelm II. meinte über seinen Kanzler: „Ich kannte ihn ja überhaupt nicht, aber der Feldmarschall versicherte mit wiederholt, er sei ein so braver, gottesfürchtiger Mann, da habe ich ihn eben in Gottes Namen genommen." Und auch Hindenburgs Stellvertreter Ludendorff soll sich laut Bethmann Hollweg positiv über Michaelis geäußert haben: „... er könne Michaelis nur auf das wärmste empfehlen. Derselbe sei vor einiger Zeit im Großen Hauptquartier gewesen und habe den Eindruck gemacht, dass er der rechte Mann sei."

Der linksliberale spätere Vizekanzler Friedrich Payer sprach von einem „Akt kopfloser Verlegenheit". Der spätere Bundespräsident formulierte es etwas differenzierter: „Ein Verlegenheitsgriff in das preußische Ministerialbeamtentum fand einen Mann, der sich um die Regulierung der Volksernährung Verdienste erworben hatte."

Der frühere Reichskanzler Bernhard von Bülow behauptete zwar, dass Michaelis nicht einmal der „bescheidenen Stellung eines Oberpräsidialrates gewachsen" gewesen sei, aber Bülow war nicht objektiv, wollte er doch selber wieder Reichskanzler werden. Ansonsten werden dem Beamten Michaelis durchweg gute Noten erteilt, und das war wohl auch der Grund für Michaelis' Wahl, nachdem einmal die Entscheidung zum „Verlegenheitsgriff in das preußische Ministerialbeamtentum" getroffen war.

Ein Ministerialbeamter ohne politische Erfahrung und ohne politisches Gespür war jedoch gerade in der damaligen komplizierten Situation als Reichskanzler überfordert, musste er doch das Kunststück fertigbringen, mit seiner Politik sowohl bei der Obersten Heeresleitung als auch bei der Reichstagsmehrheit Akzeptanz zu finden. An dieser Herausforderung war schließlich Bethmann Hollweg gescheitert und an ihr scheiterte binnen weniger Monate auch dessen Nachfolger. Michaelis' Vorgänger hatte das Vertrauen der OHL verloren, ihm selber wurde der Vertrauensentzug der Reichstagsmehrheit zum Verhängnis.

Letzteres hatte außen- wie innenpolitische Gründe. Gerade sechs Tage im Amt, bekannte er sich zwar in der Reichstagssitzung vom 19. Juli 1917 mit den Worten: „Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution ... erreichen" zur Friedensresolution der Mehrheit – allerdings mit dem relativierenden Zusatz: „wie ich sie auffasse". Heuss interpretierte diese vier Worte zwar als Ausdruck „naiver Unbefangenheit", aber nicht alle im Mehrheitslager urteilten derart wohlwollend und selbst Michaelis scheint die Bedeutung seiner Relativierung erkannt zu haben, erklärte er doch sechs Tage später dem Kronprinzen: „Durch meine Interpretation habe ich der Resolution die größte Gefährlichkeit geraubt. Man kann schließlich mit ihr jeden Frieden machen, den man will."

Ebenso wenig eindeutig war Michaelis' Antwort auf die Friedensinitiative des Papstes auf der Basis des Status quo ante, also der Grenzen vor Ausbruch des Krieges. Der Kanzler war nicht bereit, für das Reich auf Belgien ohne Wenn und Aber zu verzichten. Damit war der Versuch Benedikts XV., den Krieg zu beenden, gescheitert und Deutschland stand als Schuldiger da.

Das Fass zum Überlaufen brachte schließlich ein innenpolitisches Ereignis. Michaelis machte die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) für eine Meuterei bei der Hochseeflotte verantwortlich und unterstellte ihnen öffentlich „staatsgefährdende Ziele". Die Mehrheitsparteien solidarisierten sich daraufhin mit der USPD und forderten vom Kaiser Michaelis' Kopf. Am 23. Oktober 1917 überreichten sie dem Kabinettschef des Monarchen ein Schriftstück, in dem sie versicherten: „Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschlusse kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für ruhige innenpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr zu schaffen." Deutschlands Parlamentarisierung war mittlerweile derart fortgeschritten, dass Michaelis sich nach diesem Misstrauensvotum der Parlamentsmehrheit nicht mehr halten konnte. Eine gute Woche später, am 31. Oktober 1917, bat Michaelis als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, der er am 14. Juli 1917 ebenfalls geworden war, um seine Entlassung, die ihm von Wilhelm II. am darauffolgenden Tage gewährt wurde.

Manuel Ruoff

> »neben dem Wagen der großen Politik hergelaufen«

»... wo Korn und Obst der Flur entsprießt ...«

Die Wurzeln des Westpreußenliedes von Paul Felske und Hugo Hartmann führen nach Marienburg

Der Text des „Westpreußenliedes" entstand 1901 und wurde im Jahr darauf vertont. Bald danach wurde die heutige westpreußische Regionalhymne in der katholischen Gemeindeschule zu Marienburg, an welcher der Komponist als Lehrer und Organist tätig war, eingeübt und bei einer Schulfestlichkeit gesungen. Noch im Jahre 1902 erwarb sie der Marienburger Gesangverein, um sie bei größeren Festlichkeiten wiederholt vorzutragen. 1903 wurden Text und Melodie beim Verlagshaus Paul Aßmus in Marienburg veröffentlicht und an einem Abend dieses Jahres das Lied vom Marienburger in Gemeinschaft mit einem Elbinger Gesangverein unter großem Beifall zum Vortrage gebracht.

> Die Geschichte des Liedes begann Anfang des vorherigen Jahrhunderts

Sehr förderlich für die Verbreitung des Liedes war seine Aufnahme in das Liederbuch des 1894 in Posen gegründeten Deutschen Ostmarkenvereins. Für die Anerkennung, die es schon vor dem Ersten Weltkrieg fand, spricht ein im Jahre 1907 vom Ostmarkenverein an den Dichter und den Komponisten gerichtetes Anerkennungsschreiben, in dem besonders des „großartigen Erfolges" gedacht wurde, den das Westpreußenlied auf einem Bismarckkommers errungen hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg fand es im deutsch-polnischen Abstimmungskampf von 1920 starke Verwendung

Traditionell wurde es entweder vierstimmig als Männergesang oder zwei- und dreistimmig als Schullied gesungen. Bei einer Weihnachtsfeier von Westpreußen in Kiel wurde es von zwei Mädchen zweistimmig vorgetragen, was sehr stimmungsvoll gewesen sein soll. Marienburgs Erster Bürgermeister Bernhard Pawelcik berichtete nach dem Zweiten Weltkrieg, dass das Lied auch als Trio eines flotten Westpreußenmarsches, komponiert von dem Musikmeister des Traditionsbataillons des Deutsch-Ordens-Infanterie-Regiments Hasso Boss, wirkungsvoll verwendet worden sein soll.

Wenn das Westpreußenlied sich auch in ganz Westpreußen großer Beliebtheit erfreut beziehungsweise erfreute, so ist es doch besonders populär geworden in Elbing und Marienburg sowie in der Umgebung dieser Städte und im Regierungsbezirk Marienwerder sowie östlich und auch westlich der Weichsel. Seine drei Strophen lauten:

Westpreußen, mein lieb' Heimatland, wie bist du wunderschön! Mein ganzes Herz, dir zugewandt, soll preisend dich erhöh'n. Im Weichselgau ich Hütten bau', wo Korn und Obst der Flur entsprießt, wo Milch und Honig fließt.

Refrain: *wo Korn und Obst der Flur entsprießt, wo Milch und Honig fließt.*

O Land, durch deutsche Tüchtigkeit und deutschen Fleiß erblüht, dir schwört mein Herz Ergebenheit und Treue mein Gemüt. Durch deutsche Kraft und Wissenschaft sei deutsches Wesen, deutsche Art dir allerzeit gewahrt.

Refrain: *sei deutsches Wesen, deutsche Art dir allerzeit gewahrt.*

Wie lieblich grüßen Wald und Feld, manch blauer See im Tal. Drum steht mir auf der ganzen Welt kein schönres Land zur Wahl. Im Weichselgau auf blum'ger Au will ich dereinst begraben sein, ich zur Ruhe sein.

Refrain: *will ich dereinst begraben sein, ich zur Ruhe sein.*

Der Verfasser dieses Liedtextes ist Paul Felske. Als Sohn eines in Hochkirch, Kreis Briesen ansässigen „Besitzers und Ackerwirts" und dessen aus der Straßburger Gegend stammenden Ehefrau kam dieser am 28. Januar 1838 zur Welt. Er wuchs mit sieben Brüdern und einer Schwester in bescheidenen Verhältnissen auf. Die Kindheit und Jugend soll aber trotzdem nicht unglücklich gewesen sein, bis seine Mutter – „selbst pflegend, der Pflege bedürftig" – in seinem 18. Lebensjahr verstarb. Während seine Geschwister aus Geldmangel ein Handwerk erlernen mussten, war ihm eine Ausbildung zum Lehrer vergönnt. Nach seiner Ausbildung erhielt er eine Stelle an der Schule in Kalthof bei Marienburg, die er bis zu seiner Pensionierung 50 Jahre inne hatte. Anschließend zog er nach Marienburg. Verheiratet war er mit Luise Lellis, die er überlebte. Er selber starb wenige Monate nach Beginn des Ersten Weltkrieges am 16. Dezember 1914 ohne einen Nachkommen hinterlassen zu haben. Seine letzte Ruhestätte fand er unweit des noch aus der Ordenszeit stammenden Jerusalem-Hospitals auf dem evangelischen Jerusalemer Friedhof.

> Marienburg ehrte Texter und Komponisten mit einem Gedenkstein im Stadtpark

Wie der Verfasser des Textes war auch der Komponist der Melodie des Westpreußenliedes Westpreuße und Lehrer. Allerdings war er Katholik und fast eine Generation jünger. Mal wird sein Geburtstag mit dem 12. Mai 1862, mal mit dem 12. März 1860 angegeben. Sein Leben und Wirken kreiste wie das Felskes um Marienburg. Als Lehrer und Organist wirkte er an der katholischen Gemeindeschule und beigesetzt wurde er auf dem katholischen Friedhof „Große Geistlichkeit". Der Autodidakt spezialisierte sich auf das Instrument Klavier. Von ihm heißt es, er habe unentwegt Musik studiert, sich in Klavierauszüge großer Werke vertieft sowie alle größeren Musikveranstaltungen in Elbing und Danzig und die bedeutenden Musikfeste und Oratorienaufführungen im Großem Remter der Marienburg besucht. Eine Frucht dieser Auseinandersetzung mit der (Klavier-)Musik war eine weithin anerkannte Klavierschule, die im Berliner Verlag Adolf Kurz erschien. Gestorben ist Hugo Hartmann am 19. Mai – darüber scheint Konsens zu herrschen, allerdings nicht über das Jahr. Pawelcik bietet 1927 an, der Historiker Harry D. Schurdel 1901 und bei „Ostpreussen.net" findet sich die Angabe 1907.

Vor der Flucht und Vertreibung setzte die Stadt Marienburg den beiden Erschaffern des Westpreußenliedes im Stadtpark ein Findlingsdenkmal, auf dem in Gold neben den Namen und Lebensdaten der beiden Künstler die Anfangsworte und -noten des Westpreußenliedes verzeichnet waren. Der Gedenkstein für die beiden westpreußischen Künstler ist bereits gestürzt, verloren. Und wenn die Westpreußen nicht aufpassen, scheint es nur noch eine Frage der Zeit, bis mit dem gemeinsamen Werk ihrer beiden Landsleute ein Stück westpreußische Kultur dem kollektiven Gedächtnis ebenfalls verloren geht.

M.R.

Die rote Verwischung hat System

Zu: „Ideologie trifft Wirklichkeit“ (Nr. 26) sowie „CDU lässt sich einspannen“ (Nr. 26)

Wenn das frühere SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ oder die alte FDJ-Zeitung „Junge Welt“ oder manch anderes linkslibertäres Blatt den Unterschied zwischen SED und SPD verwischen will, hat das System. Ich würde mich deshalb besonders darüber freuen, wenn die konservative *Preußische Allgemeine Zeitung* deutlicher wird hinsichtlich der Differenz zwischen der SED-Umbenennungs- (und nicht bloß Nachfolge-) Partei „Die Linke“ und der SPD. Die Sozialdemokratie hat in ihrem demokratischen Kampf gegen die blutroten Schergen der zweiten sozialistischen deutschen Diktatur genügend Federn lassen müssen.

Noch gibt es trotz aller Platzeck-Kungelei in Brandenburg, Wowereit-Kuschelei in Berlin und blutrot-rotem Filz in vielen Bereichen Mitteldeutschlands gottlob noch kein zweites 1946 und die beiden linken Parteien haben sich glücklicherweise noch nicht abermals zwangsvereinigt. Die Sozialdemokraten waren schon von jeher „die Roten“, so wie die CDU ab 1945 „die Schwarzen“ genannt wurde.

Die Farbgebung der SED oder PDS oder „Die Linke“ bezeichnen alle Geschundenen der zweiten sozialistischen deutschen Diktatur (nach einem trefflichen Wort des ersten Nachkriegs-Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher) als „braun-rot“ oder „blutrot“. Wertneutral sollte man Die Linke allerdings mindestens als „dunkelrot“ bezeichnen.

Schreibt man weiterhin gleichmacherisch wie die linksliberal gleichgeschalteten Massenmedien in der BRD von „rot-rot“, so konstatiert man, dass es zwischen SPD und „Die Linke“ überhaupt keinen Unterschied gäbe. Das wäre fatal und wahrlich ein zweites 1946!

Peter Hild, Potsdam

Das CO_2 gehört in die Luft!

Zu: „Selbst gestellte Klimafalle“ (Nr. 27) sowie „Zahlen fürs Klima“ (Nr. 27)

Die von Politik wie Wissenschaft seit Jahrzehnten über die Medien geschürte Angst vor der Klimakatastrophe wie das darauf aufbauende Versprechen auf globalen Klimaschutz bestimmen inzwischen all unser Denken und Tun. Doch was hat das CO_2 mit dem Klima zu tun? Diese Frage wird strengstens unterdrückt, weil diesen Beweis die Wissenschaft nicht erbringen kann, weil sie absolut keinen Zusammenhang zwischen dem CO_2-Gehalt der Luft und dem Wetter konstruieren, geschweige denn beweisen kann! Wenn der CO_2-Gehalt der Atmosphäre überall auf dem Erdenrund „gleich“ ist, warum sind die Temperaturen nicht überall gleich? Sie ändern sich mit der geografischen Breite, den Tages- und Jahreszeiten, der Topografie, den Windströmungen, der Bewölkung.

Wenn man nun mit gigantischem Energieaufwand das CO_2 tief unter der Erde vergraben will, dann hat das keinen Einfluss auf das Wetter, aber dafür einen sehr großen auf das Leben. Schaut man sich die Fotosynthese-Gleichung an, so sieht man, dass CO_2 unverzichtbar ist für alles pflanzliche und damit auch alles tierische Leben auf Erden. Die grünen Pflanzen nennt man daher auch Primär-Produzenten. Sie bilden die Grundlage für alles weitere Leben auf Erden. Wenn wir Menschen als Konsumenten ihnen die Nahrung entziehen, dann schädigen wir uns selbst, indem wir die Nahrungsmittel- und Sauerstoffproduktion der grünen Pflanzen verringern. Haben sich die Verantwortlichen schon einmal Gedanken darüber gemacht, dass die gut gemeinte Rettung der Welt in deren Zerstörung enden kann?

Nicht ohne Grund steht am Eingang des Botanischen Gartens in Berlin der Satz: „Hab Ehrfurcht vor der Pflanze, alles lebt durch sie!“ Das CO_2 gehört in die Luft, damit wir leben können, und nicht in unterirdische CCS-Särge.

Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim

Milchkuh stirbt

Zu: „Euro-Putschisten“ (Nr. 27)

Beim Lesen des Leitartikels von Ihrem Politik-Redakteur Hans Heckel empfinde ich nur noch Wut, Verzweiflung und letztlich Resignation. Klar ist doch, dass Deutschland bei diesen Transferzahlungen stets den Löwenanteil wird berappen müssen.

Aber irgendwann stirbt auch die beste Milchkuh – und wer sich nicht selbst behaupten kann, verschwindet. Der Amtseid unserer Politiker verkommt langsam zur Lachnummer. Die Alternative wäre ein Volksaufstand, doch ist zu befürchten, dass wir sehr schnell wieder als die „bösen Deutschen“ dastünden, die man notfalls „eines Besseren“ belehren müsste.

Wie sagte doch schon vor längerer Zeit ein deutscher Politiker weitsichtig: von Freunden umzingelt!

Eva-Maria Licht, Herrsching



Hornloses Milchvieh auf der Weide: Irgendwann stirbt auch die beste Milchkuh Bild: mauritius

Schlosskuppel nicht barock

Zu: „Ringen um Kuppel“ (Nr. 27)

In Ihrem informativen Beitrag berichten Sie über die Diskussion zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses, vor allem zur strittigen Wiederherstellung der Kuppel.

Dabei zitieren Sie Staatssekretär Rainer Bomba (CDU) mit der Beteuerung, man wolle das „Schloss mit der barocken Kuppel“ errichten. Leider findet man diese irrige Datierung der Kuppel immer wieder in den Medien, aber bei einem Entscheidungsträger ist die Ignoranz natürlich besonders peinlich.

Der Kuppelbau ist eben mitnichten barock, sondern wurde nach Ideen des Kronprinzen und späteren Königs Friedrich Wilhelm IV. und Karl Friedrich Schinkels seit 1845 unter der Leitung der preußischen Baumeister Friedrich August Stüler (1800-1865) und Albert Dietrich Schadow (1797-1869) als neue Schlosskapelle errichtet und 1854 eingeweiht.

Ein monumentaler Schlossbau, der über Jahrhunderte kontinuierlich als Residenz genutzt wird, erfährt im Lauf der Zeit mancherlei Veränderungen, teils nachteilige, teils vorteilhafte. Das Werk Stülers gehört unzweifelhaft in die Kategorie der vorteilhaften Veränderungen.

Niemand kannte das Berliner Schloss besser als der Direktor der königlichen Schlossbaukommission unter Kaiser Wilhelm II., Schlossbaumeister Albert Geyer. Er stellte in seiner monumentalen „Geschichte des Schlosses zu Berlin (1443-1918)“ fest:

„Der Kuppelbau gibt dem gewaltigen, felsartig wirkenden Block des Schlosses eine Krönung, die ihn belebt und beherrscht und für das Auge des Beschauers der immer von neuem fesselnde Sammelpunkt ist.“

Dr. Gerald Heres, Radebeul

Merkel dialektisch geschult – tarnen, täuschen, die Unwahrheit sagen

Zu: „Merkel verrät deutsche Arbeitnehmer – Ein Machtmensch ohne Mutterinstinkt“, Leserbrief von Dieter Bliesener (Nr. 27)

Ich gebe Herrn Bliesener völlig Recht, würde jedoch den Schwerpunkt des Vorwurfes an die Bundeskanzlerin oder die Ursache deren Verhaltens nicht unbedingt primär im Charakter Angela Merkels suchen.

Ein Blick in die oft, wenn auch nicht immer, objektiven Seiten von Wikipedia zeigt uns, dass Merkel ihre Freunde kurz nach der Wende mit ihrem Beitritt zur CDU (über den „Demokratischen Aufbruch“) irritierte. Merkel galt auch intern als links; man hätte sich eher die PDS oder die Grünen vorstellen können. Spricht das nun für Charakterschwäche oder dialektische Weitsicht? Sagen wir mal so: Das deutsche Volk ist 1989/90 bei den politisch Linken in Deutschland in Ungnade gefallen. Der „Verrat an der sozialistischen Revolution“, an allem, was gelernten Marxisten heilig war und ist, muss deshalb bestraft werden.

Die wohlwollende Billigung der Marxisten im heutigen Deutschland unterscheidet sich fundamental von der Duldung derselben zur Regierungszeit Willy Brandts oder gar Helmut Schmidts. Letzterer, daran kann ich mich genau erinnern, bezeichnete die Kommunisten bei passender Gelegenheit als „Ratten, welche bei Bedarf aus ihren Löchern hervorkriechen“ würden. Helmut Schmidt war und ist Sozialdemokrat. Angela Merkel angeblich zur CDU gewendet. Erkennen Sie den Unterschied? Ein solcher Satz, heute von einem Regierungsmitglied gesagt, wäre „eine Ungeheuerlichkeit“, einfach nicht vorstellbar.

Was ist geschehen? Könnte es nicht sein, dass Merkel die CDU gewendet hat? Das spricht nicht unbedingt für die Prinzipienfestigkeit der CDU. Als Merkel ihrem Gönner Helmut Kohl den „Todesstoß“ versetzte und damit Erfolg hatte, scheint mehr ins Rutschen gekommen zu sein als nur Personalien. Ich persönlich glaube mittlerweile, dass innerhalb der CDU, einschließlich Kohl, keiner war, der es intellektuell mit der dialektisch geschulten Merkel aufnehmen konnte.

Richtig ist, dass Merkel immer genau wusste, wo der Hammer hängt. Ich erinnere mich noch genau, wie sie in einer Fernsehdiskussion im Vorfeld des US-Angriffes auf den Irak 2003 sagte: „Ich bin der Ansicht, wir sollten da hineingehen.“

Da haben wir es doch: Nach oben – Richtung USA; dort wo der Hammer hängt – buckeln und nach unten treten! Merkel geriert sich im Jahr 2003 als williger Vasall der USA und ruft, so ganz nebenbei, zum Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat auf.

Bedeutet das wirklich einen Bruch mit dem dialektischen Sozialismus? Ich sage: Nein, das war nur konsequent. Kommunisten müssen, wenn sie die Welt verändern wollen, sich tarnen, täuschen und auch die Unwahrheit sagen. Dieser Satz stammt von dem Bolschewisten und „Tscheka“-Terror-Organisator Felix Dserschinski und wurde vom Geheimdienstchef der DDR, Erich Mielke, oft wiederholt. Das gehört doch zur Dialektik der Geschichte dazu. Das man, um die Gesellschaft in eine bestimmte Richtung hin zu beeinflussen, zeitweilig, ganz nach Bedarf, das Gegenteil sagen muss!

Die von Leser Bliesener benannten Nachteile für ethnische Deutsche am Arbeitsmarkt, von der Bundeskanzlerin im Zeichen der Globalisierung ins Werk gesetzt, widersprechen dem keinesfalls. Hätten sich diese ethnischen Deutschen nicht 1989/90 so verheerend verhalten, wären diese Verzögerungen und Winkelzüge, diese „Mehrarbeit bis zum Endziel“, nicht notwendig gewesen. Da ist es nur recht und billig, diese zu bestrafen. Die Bestrafung, um nicht missverstanden zu werden, steht hierbei keineswegs im Vordergrund. Aber es wird, gewissermaßen klammheimlich, in Kauf genommen.

Nehmen wir Joseph Fischer, zuletzt unter Kanzler Schröder Bundesaußenminister. Als Schröder die Wahlen um ein Jahr vorzog, um sich aus der Verantwortung stehlen zu können, folgte Angela Merkel. Fischer sah eine deutsche Götterdämmerung heraufziehen und verließ Deutschland und ging in die USA. Fischer ist längst wieder zu Hause. Aber die Episode zeigt, dass auch ein Straßenkämpfer wie Fischer die Elite der deutschen Kommunisten unterschätzt hat.

Wir werden, spätestens 2013, sehen, ob die Merkelsche CDU den Stab planmäßig an Rot-Rot-Grün weiterreichen kann. Vielleicht erlebt die CDU aber vorher noch eine Palastrevolution. Oder auch nicht. Auf jeden Fall würde ich mir unter oben skizzierter neuer Regierung dreimal überlegen, diesen Leserbrief zu schreiben. Denn ein Held bin ich auch nicht und die Angst reist immer mit, gerade im Hinblick auf die spezielle deutsche Geschichte. Denn diese Freiheit (Narrenfreiheit?) haben wir noch. Wer weiß, wie lange. Andersdenkende waren schon immer unbeliebt in Deutschland, mit oder ohne Demokratie.

Jürgen Kunz, Buchen

Grundrechte sind Makulatur

Zu: „Blutige ‚Zivilcourage‘“ (Nr. 26)

Das Bild des blutüberströmt am Boden liegenden Mitglieds von „Pro Deutschland“ beweist drastisch, weshalb eine von Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* schon oft angemahnte patriotische Partei keine Chance hat. Natürlich werden auch in diesem Fall die Täter nicht ermittelt werden.

Als einer meiner Parteifreunde beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften für die Republikaner (REP) von drei Gutmenschen schlimmer noch als der Mann auf dem Foto zusammengeschlagen worden war – er musste im Krankenhaus zusammengeflickt werden –, weigerte sich die Polizei, unsere Anzeige wegen schwerer Körperverletzung aufzunehmen. Die gesamte Presse schwieg den Überfall tot und nahm auch meine Annonce nicht an, in der ich 1000 D-Mark (aus eigener Tasche) für Hinweise zur Ergreifung der Täter ausloben wollte.

Der „Kampf gegen Rechts“ spielt sich nach meinen Erfahrungen auf drei Ebenen ab: Linksradikale Schläger prügeln, vernichten Wahlwerbungen und Info-Stände, überziehen die Familie „böser Rechter“ mit Telefonterror, sprengen Versammlungen und belagern Parteitage. Die ihnen gewogenen Medien diffamieren, stigmatisieren und kriminalisieren, im Verein mit den Politikern aller Ebenen. Dabei erfreuen sie sich der Duldung von Verwaltung und Justiz.

Als ich mich letztens weigerte, Bekannte beim Staatsschutz zu denunzieren, eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen mich. Das war zwar eine reine Farce, wurde auch später eingestellt, gestattete aber der Presse, ungestraft zu verbreiten, die Republikaner hätten mit „großer krimineller Energie“ Unterschriften erschlichen und/oder gefälscht.

Eine Richtigstellung ist nie erfolgt und wäre auch juristisch aussichtslos gewesen. So funktioniert unser Rechtsstaat. Die Grundrechte sind in diesem Land Makulatur.

Adolf Frerk, Bayendonk

Ruinöse Verträge

Zu: Mitversicherung von Ausländern

Deutschland hat mit zwölf Ländern Verträge geschlossen, dass die Familien der bei uns lebenden Ausländer auch in ihrem Heimatland die Kranken- und Rentenversicherung bezahlt bekommen. Das gilt für alle in Deutschland wohnenden Ausländer, unabhängig davon, ob sie hier arbeiten oder Sozialhilfe erhalten. Deren Großfamilien sind leider nicht zu kontrollieren. Darum müssen diese Verträge schnellstens gekündigt werden. In der *PAZ* werden wöchentlich alle Schulden der öffentlichen Hand veröffentlicht. Sie nehmen wöchentlich um 132 163 725 877 Euro zu.

Reinhard Gierse, Herzebrock-Clarholz

Prora-Adresse

Zu: „Urlaub in ‚Paradiesruinen‘“ (Nr. 27)

Auf den Artikel von *PAZ*-Chefredakteur Jan Heitmann hin versuchte ich nähere Informationen zur neuen Jugendherberge im ehemaligen KDF-Bad Prora zu bekommen. Als ich nichts fand, schrieb ich die Jugendherberge direkt an und bekam interessantes Informationsmaterial, sowohl zur Geschichte der Anlage als auch zum umfangreichen Angebot. Sollten andere Leser auch Interesse haben, kann das Informatiosmaterial unter folgender Adresse bezogen werden: Jugendherberge Prora, Mukranerstraße Gebäude 15, 18609 Binz/OT Prora. Telefon (038 393) 66 880.

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Bester Artikel

Zu: „Verständigung durch Anbiedern“ (Nr. 26)

Als Oberschlesier – Jahrgang 1925 –, der die deutsch-polnischen Beziehungen aufmerksam verfolgt, danke ich der *PAZ* für den Bericht von Christian Rudolf „Verständigung durch Anbiedern“. Dieser ist der beste von allen Artikeln, die in der letzten Zeit in der gesamten Presse erschienen sind. Nochmals Dank.

Raimund Kluber, Darmstadt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 23. Juli 2011

Umstrittene Modernisierung

Das im Jahre 1925 fertig gestellte Gebäude des Allensteiner Theaters wird zurzeit gründlich saniert. Dem nach einem Entwurf von August Feddersen errichteten Haus soll seine ursprüngliche Form zurückgegeben werden.

In diesem Zusammenhang wird in den lokalen Medien des Öfteren sowohl an den Architekten als auch an die Geschichte seines Werkes vor 1945 erinnert. Es soll dabei vielleicht schon jetzt darauf hingewiesen werden, dass im Jahre 2025 das 100. Jubiläum der Bühne gefeiert wird. Bis dahin ist es noch eine geraume Zeit, während der all die groß angelegten Sanierungsmaßnahmen an dem Gebäude abgeschlossen werden können.

Wie in der vergangenen Spielsaison müssen auch in der nächsten alle Stücke in einem Ersatzgebäude in einer der neuen Plattenbausiedlungen aufgeführt werden. Die Sanierungsarbeiten umfassen eine Renovierung der terrassenförmigen Treppe. Diese war erst vor ein paar Jahren völlig willkürlich umkonstruiert worden, was damals nicht alle Theaterfans und Architekturliebhaber begeistern konnte. Vor allem sollen diesmal dringend notwendige Modernisierungsarbeiten im Maschinenwerk der Bühne bei Behaltung der früheren Innenausstattung des Zuschauerraumes und des Foyers vorgenommen werden.

Dabei kommt es allerdings mitunter zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Baudenkmalschützern und den Befürwortern einer totalen Umgestaltung des Theaters gemäß dem Stand moderner Technik. Janusz Kijowski, der Intendant der Allensteiner Bühne, der zugleich ein bekannter Filmregisseur und Mitarbeiter der Universität ist, fühlt sich dadurch einigermaßen verstört, weil dieses Tauziehen die Übergabe des Hauses an das Publikum beträchtlich verzögern könnte. *G. S.*

Bürger sammeln für Luisenrotunde

Königsberger springen ein, wo der Staat spart – Anderswo aast die öffentliche Hand

Von der Luisenrotunde im Königsberger Stadtpark ist nicht mehr viel übrig. Zwar gibt es Pläne der Stadt, sie wieder aufzubauen, doch fehlten bislang die Mittel. Dank des unermüdlichen Einsatzes engagierter Bürger rückt die Wiederherstellung des Denkmals nun aber in greifbare Nähe.

Anfang dieses Jahres startete auf Initiative der Direktorin des Museums „Friedländer Tor“, Swetlana Sokolowa, und ihrer Mitarbeiter eine Sammlung für die Wiederherstellung der Halbrotunde mit der Büste von Königin Luise im Königsberger Stadtpark. Es ist geplant, die Arbeiten in zwei Etappen durchzuführen. Für die erste Etappe, welche die Vorbereitung des Bauplatzes und die Wiederherstellung der Halbrotunde umfasst, werden eineinhalb Millionen Rubel (rund 38 000 Euro) gebraucht. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Balustrade, die Stufen und die Vasen zerstört. Weitere zwei Millionen Rubel (etwa 51 000 Euro) werden für die Wiederherstellung der Details benötigt. Die Gipskopie der Luisen-Büste ist bereits fertiggestellt. Sie wurde mit finanzieller Unterstützung vertriebener Königsberger hergestellt.

Benötigt werden 88 000 Euro

Die Idee zum Wiederaufbau der Halbrotunde ist alt. Vier Deutsche aus Bonn hatten sie bereits vor einigen Jahren. Dass diese Idee nun aber tatsächlich verwirklicht werden kann, ist dem unermüdlichen Einsatz junger Museumsleute zu verdanken, die sich um die Kenntnis und Verbreitung ostpreußischer Geschichte und Kultur verdient machen. Swetlana Sokolowa und ihr Team gehen mit gutem Beispiel voran. In den vergangenen Monaten sorgten sie dafür, dass ein Spendenkonto eingerichtet wurde und dass im Museum „Friedländer Tor“ und in der Luisenkirche im Stadtpark, dem heutigen Puppentheater, Sammelbüchsen aufgestellt wurden. Am Eingang zum Stadtpark informieren großformatige Plakate über die Sammelaktion.

Trotz der Bemühungen der Verwaltung des Stadtparks und des Museums „Friedländer Tor“ gehen die Spenden allerdings nur spärlich ein. Die Mehrheit der russischen Bewohner Königsbergs hat keine Beziehung zur Geschichte der Königin Luise und gibt ungern Geld. Von den benötigten umgerechnet rund 88 000 Euro gingen bislang erst umgerechnet rund 630 Euro an Spendengeldern ein.

In letzter Zeit unterstützen allerdings vermehrt gesellschaftliche Organisationen, Stiftungen und Privatpersonen die Sammelaktion. Parallel wird auch in der Bundesrepublik Deutschland gesammelt. Diese Arbeit koordiniert Wilhelm Reimchen aus Bonn. Möglicherweise gäbe es mehr Interesse von deutscher Seite, mehr Unterstützung, wenn die Frage der Zukunft des Cafés geklärt wäre, das sich im Park zwischen dem Gebäude des Puppentheaters und der Halbrotunde befindet. Der Pachtvertrag für das Café mit der städtischen Immobilienverwaltung gilt noch bis Oktober 2013. In der Verwaltung wird gerade über die Verlängerung der Pachtfrist entschieden. Die Leitung des Parks ist gegen eine Verlängerung. Sinnvoll wäre ein Kompromiss, bei dem das Café an eine andere Stelle verlegt würde. Das bisherige Gebäude ist ohnehin renovierungsbedürftig und mit seinem kioskähnlichen Äußeren kein schöner Anblick. In jedem Fall müsste der Cafébetreiber in die Planung mit einbezogen werden, denn das Café erfreut sich großer Beliebtheit bei den Besuchern des Parks.

Übrigens könnten die Kosten für die Wiederherstellung des Denkmals ohne Probleme von der örtlichen Regierung übernommen werden. In Königsberg werden Wiederaufbauarbeiten durchgeführt, die viel größere Summen verschlingen. Für die Bauarbeiten am Oberteich, wo alle möglichen Brüstungen, Umzäunungen und andere Konstruktionen aus Granit und Marmor entstehen, die extra aus Afrika importiert werden, hat die Gebietsregierung bereits umgerechnet 70 Millionen Euro ausgegeben, also ein Vielfaches dessen, was für die Wiederherstellung der einzigartigen Halbrotunde erforderlich ist, und die Arbeiten am Oberteich sind noch nicht einmal beendet. Zahlreiche Bäume und Büsche, die dort schon seit Jahrzehnten standen und das Ufer des Sees säumten, mussten für die ehrgeizigen Baupläne weichen. Das Gelände um den Oberteich soll einmal wie der Alsterpark in Hamburg aussehen. Doch in Hamburg ist alles schlichter und harmonischer gestaltet und an die natürliche Landschaft der Stadt angepasst. *Jurij Tschernyschew*

„Lasst uns das Königin-Luise-Denkmal wiedererrichten“: Die Forderung wird nicht nur auf einem Plakat am Eingang des Königsberger Stadtparks erhoben, sondern auch von Swetlana Sokolowa (oben rechts). Bilder (2): Tschernyschew/MRK

Angriff auf die Woiwodschaftshauptstadt Allenstein

PiS-Politiker aus Elbing fordern, den Amtssitz des Marschalls von Ermland-Masuren in ihre Stadt zu verlegen

Nach der Verwaltungsreform im Jahr 1999 wurden in Polen an Stelle von 49 kleinen 16 große Woiwodschaften ins Leben gerufen. In jedem dieser staatlichen Bezirke beließ man die alten Woiwodschaftsämter und gründete neue Behörden: die Marschallämter und die sogenannten Sejmiks. Die Marschallämter entsprechen in ihrem Aufgabenbereich ungefähr den jeweiligen Landesregierungen in der Bundesrepublik und die Sejmiks stellen eine Art Landtag dar. Entsprechend dem Usus, dass die wichtigsten Verwaltungsorgane in der größten Stadt ihren Sitz haben, wurden in Ermland-Masuren die meisten Kommunalbehörden in Allenstein eingerichtet. Analog ist man auch in den meisten anderen Woiwodschaften vorgegangen. Allerdings gibt es zwei Ausnahmen, die Woiwodschaft Lebuser Land im Westen und die Woiwodschaft Kujawien-Pommern in Mittelpolen. Dort gibt es seit jeher zwei heftig rivalisierende Großstädte, die um die Vormacht in ihrem Umland kämpfen. Deswegen wurde bei der letzten Verwaltungsreform beschlossen, die Hauptstadtfunktion auf diese stets wetteifernden Städte aufzuteilen. Seitdem fungiert der Sejmik des Lebuser Landes in Grünberg, während der Marschall und der Woiwode in Landsberg an der Warthe amtieren. Der Sitz des Woiwoden von Kujawien-Pommern ist Bromberg, Thorn dagegen beherbergt den Sejmik.

Allenstein lehnt die Forderung geschlossen ab

Durch die Verkleinerung der Anzahl der Woiwodschaften verkleinerte sich auch die Zahl der Woiwodschaftshauptstädte. Doch nicht alle ehemaligen Woiwodschaftshauptstädte haben sich mit dem Verlust des Landeshauptstadtstatus abgefunden. Immer wieder hört man von ihrem Unmut wegen mangelnder wirtschaftlicher oder kultureller Entwicklung. Als prägnantestes Beispiel dafür gilt der berühmte Wallfahrtsort Tschenstochau, der jetzt in der Woiwodschaft Schlesien liegt. Die örtlichen Politiker der knapp 300 000 Einwohner zählenden Metropole vertreten die Meinung, ihre Stadt und deren Einzugsgebiet würden gegenüber Kattowitz benachteiligt.

Ähnliche Kritik wird aus Elbing laut, der zweitgrößten Stadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Manche Einwohner können es bis jetzt nicht verschmerzen, dass sie seit nunmehr über zwölf Jahren keine eigene Woiwodschaft mehr bilden, und fühlen sich zwangsweise an Allenstein angeschlossen. Daraus sollen auch das geringe Wirtschaftswachstum und eine allgemeine Hoffnungslosigkeit besonders unter der jüngeren Generation resultieren. Deswegen verlangten nun die dortigen Kommunalpolitiker der zurzeit oppositionellen Rechtspartei PiS, den Marschallamtssitz von Allenstein nach Elbing zu verlegen. Dadurch würden in der von Arbeitslosigkeit geplagten Stadt neue Arbeitsplätze entstehen. Zudem würde diese Maßnahme das Selbstbewusstsein der Elbinger stärken.

Diese völlig unerwartete Forderung wurde in Allenstein von den meisten Kommunalpolitikern als inakzeptabel abgelehnt. Gegen dieses Vorhaben sprach sich sogar die Allensteiner Sejm-Abgeordnete der PiS, also eine Parteigenossin der Elbinger Politiker, aus. Ablehnend äußerte sich auch der frühere sozialdemokratische Woiwodschaftsmarschall Andrzej Rynski, der bei der für den 9. Oktober vorgesehenen Sejm-Wahl kandidieren will. Er unterstrich in einem Interview für den Lokalsender, neue Arbeitsplätze ließen sich keinesfalls nur durch eine dorthin verlegte neue Einrichtung schaffen. Darüber hinaus profitiere Elbing von den gerecht und relativ gleichmäßig allen Kommunen und Gemeinden zugewiesenen EU-Fonds-Mitteln. Als Beispiel für diese Förderung nannte er die Modernisierung des Binnenhafens am Frischen Haff, den Ausbau des örtlichen Straßenbahnnetzes und die bevorstehende Sanierung des Oberländischen Kanals, eines weltweit einmaligen Wasserweges mit geneigten Ebenen, der Elbing mit Osterode verbindet. Den undurchdachten Vorschlag interpretierte er als Teil der herannahenden Wahlkampagne und lehnte auch die Idee einer Sezession Elbings und dessen Anschluss an die Woiwodschaft Pommern mit Entschiedenheit ab.

Selbst in Allensteins PiS stößt der Vorschlag auf Kritik

Es ist also höchst wahrscheinlich, dass das Marschallamt, das in einem pietätvoll restaurierten Gebäude der ehemaligen Regierung Südostpreußens untergebracht ist, auch weiterhin dort bleiben wird. *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

unsere Familienberichte sind zumeist Fortsetzungsgeschichten, oft ziehen sie sich über Monate, ja über Jahre hin, und bringen immer wieder Neues ans Licht. Und manchmal sind sie sprichwörtlich schneller als die Post, so auch diesmal. Denn während bei vielen Abonnenten die *PAZ* noch nicht im Kasten war und unsere Leser erfahren konnten, was sich in Sachen der hübschen Sauciere vom Kurhaus Siegemund ergeben hatte, hielt ich schon ein neues Schreiben von Herrn **Christoph Stabe** in den Händen, dem Besitzer des schönen Stückes. Und jetzt wird wirklich daraus eine hübsche Geschichte und Herr Stabe hat Recht, wenn er schreibt, dass hier ostdeutsche Historie greif- und erlebbar wird und damit auch nicht ins Vergessen gerät. Schöner lässt sich die Bedeutsamkeit und Bestimmung eines Gebrauchsgegenstandes kaum in Worte fassen. Wenn da von ostdeutscher Geschichte gesprochen wird, hat das schon seine Berechtigung, denn sie beschränkt sich nicht nur auf Ostpreußen. Das Service, zu dem die Sauciere gehörte, wurde nämlich nicht in der berühmten KPM in Berlin hergestellt, wie ja zu vermuten war – und das Signet mit der Krone ließ eigentlich daran keine Zweifel aufkommen, wie sich unsere Leser anhand der Abbildung selber überzeugen können –, aber durch Recherchen und Informationen aus der Leserschaft kristallisierte sich dann heraus, dass die Produktion in der „Krister Porzellan-Manufaktur“ erfolgt sein muss: ein altes schlesisches Werk, das 1831 in Waldenburg gegründet wurde. Die Familie **Siegemund** hat dann wohl bei **Tietz & Kranz** in Königsberg das Service bestellt – es muss um 1926 gewesen sein – und in ihrem Kurhaus in Rudczanny in Gebrauch genommen. Dass es nach Krieg und Vertreibung in einem Trödlerladen im pommerschen Stolp landete und schließlich von dem Nachgeborenen eines Königsbergers entdeckt wurde, bringt weitere ostdeutsche Facetten in diese Familiengeschichte. Die nicht wenige Leserinnen und Leser interessiert hat, wie die Informationen beweisen, die Herr Stabe auch in Bezug auf die Familie Siegemund erhielt: „Die teilweise traumatisch-dramatische Geschichte der Familie Siegemund, gekennzeichnet durch Tod, Verschleppung nach Sibirien, Vertreibung und Neuanfang in Mittel- und Westdeutschland kann hier nur eine kurze Erwähnung finden und mag exemplarisch für viele ostdeutsche Familienbiografien stehen.“ Und in Bezug auf seine eigene, in der neben Königsberg auch Allenstein und Pr. Eylau eine Rolle spielen, hat sich durch die Veröffentlichung in unserer Zeitung Überraschendes ergeben, wie Herr Stabe schreibt: „Eine Leserin fragte, ob unsere Familie denn mit dem Molkereibesitzer Stabe aus Nikolaiken verwandt sei, der in der Schönberger Straße ansässig gewesen sein soll. Da dies bei uns nicht bekannt war, bin ich für Hinweise und Anregungen natürlich sehr dankbar.“ Ach ja, auch über das Königsberger Haus Tietz & Kranz möchte Herr Stabe mehr wissen. Die Firma gehörte zu den bekanntesten Handelshäusern der Stadt und war im Besitz von **A. Lau** und **Max Pantel**. Sitz der Großhandlung war Knochenstraße 36, die Verkaufsgeschäfte befanden sich in der Kneiphöfischen Langgasse und auf dem Steindamm. (Christoph M. Stabe, Volkartstraße 46 in 80636 München, Telefon 089/12021984, E-Mail: christoph.m.stabe@gmx.de)



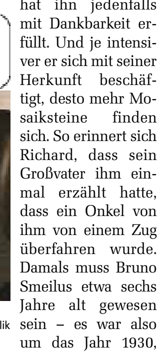
Unterseite einer Sauciere: KPM steht in diesem Falle für Krister Porzellan-Manufaktur

Das also hat bis jetzt ein kleiner Wunschzettel erbracht, beim Deutschlandtreffen in unseren Familienbriefkasten gesteckt – aber Erfurt bewirkte noch viel mehr. „Es klingt wie ein Märchen und mit viel Fantasie fast wie ein Wunder, was ich in Erfurt erlebt habe“, schreibt unser Landsmann **Erwin Feige**, und als ich seinen so liebevoll geschilderten Bericht las, konnte ich ihm nur beipflichten. Und unseren Leserinnen und Lesern wird es wohl ebenso ergehen, denn ich möchte ihn in voller Länge wiedergeben. Ein Dankeschön an die Stadtgemeinschaft Tilsit, die uns die Aufzeichnungen von Herrn Feige als „ein typisches Beispiel für die vielen überraschenden Begegnungen in der ostpreußischen Familie“ übermittelte. Und so schildert Erwin Feige aus Chemnitz das, was am Sonnabend, dem 28. Mai 2011, in der Erfurter Messehalle geschah:

„Es war schon nachmittags, ich setzte mich zum wiederholten Male an die lange Tafel der Tilsiter Teilnehmer und schaute mir die Neueintragungen auf den ausliegenden Teilnehmerlisten an, um nach alten oder neuen Bekannten oder auch Verwandten zu suchen. Auf einer dieser Listen bemerkte ich, dass sich ein Teilnehmer geirrt hatte. Statt einer Tilsiter Wohnadresse hatte er den Ort ‚Kellminen‘ aus dem Kreis Tilsit-Ragnit eingetragen. Da meine Verwandtschaft mütterlicherseits aus Kellminen und Großwingen stammt und wir – meine Mutter mit mir und drei Geschwistern – nach der Ausbombung bereits beim ersten Luftangriff im Juli 1944 für einige Monate in Kellminen bei Tante und Onkel **Reischuk** lebten, war ich neugierig geworden. Ich begrüßte meinen Landsmann **Siegfried Scherweit** und weil wir beide gleichen Alters sind, konnten wir schnell Namen und Standorte der Höfe abklären. Da meine Großeltern **Saparautzki** in Großwingen lebten, fiel neben Reischuk ständig dieser Name. Ganz so nebenbei weist Siegfried auf eine neben ihm sitzende Landsmännin hin, die auch aus Kellminen stammt. **Edeltraut Ratay**, geborene **Ennulat**, sagt dann ganz ruhig: ‚Mit Familie Saparautzki sind wir doch gemeinsam nach dem Überrollen der russischen Front zurück in unsere heimatlichen Dörfer getreckt. Da das Haus von Saparautzkis unbewohnbar war, zogen sie in unser Haus nach Kellminen und lebten etwa ein bis zwei Jahre mit uns unter einem Dach.‘“

So erfuhr also Herr Feige, was damals in den Wirren der Zeit geschah, denn Frau Ratay berichtete ihm auf seine gezielte Nachfrage sehr genau als untrügliche Zeitzeugin über die tragischen Schicksale seiner Verwandten, von denen nur die damals 13-jährige **Ruth** und die dreijährige **Brita** überlebten. Die Jüngere kam nach dem Tod ihrer Mutter in das Waisenhaus nach Tilsit und von dort 1948 in die damalige Ostzone zu **Elly Feige**, der Mutter von Erwin Feige. Diese nahm auch Ruth als Letzte der Familie Saparautzki auf, als diese 1947 aus Litauen, wohin die Elternlose aus Kellminen gegangen war, ausgewiesen wurde. Beide sind heute verheiratet, Brita lebt in Heiligenhafen, Ruth als Mutter von sechs Kindern bei Regensburg. Interessant war es für Erwin Feige, festzustellen, wie Ruth und die einige Jahre jüngere Edeltraut die Zeit, die sie gemeinsam unter Russenherrschaft in Kellminen verbrachten, verkraftet haben. Bei Ruth sind noch heute traumatische Folgen spürbar, Edeltraut hat als erst Achtjährige alles mit Kinderaugen gesehen, erlebt und gehört und die Geschehnisse anders registriert. Jedenfalls hat das Deutschlandtreffen die Wege dieser beiden Frauen nach 75 Jahren wieder zusammengeführt, denn Herr Feige hat eine Tochter von Ruth – sie heißt auch Edeltraut, Zufall oder nicht? – bereits unterrichtet, die für eine direkte Kontaktaufnahme sorgen wird. Für Erwin Feige aus Chemnitz aber ist diese Weichenstellung, die das Schicksal da in Erfurt vorgenommen hat, schon ein kleines Wunder, obgleich sie auf einer Fehleintragung in der Teilnehmerliste beruht. Aber auch Märchen haben ja immer einen realen Hintergrund. Wir danken unserem Landsmann und der Tilsiter Stadtgemeinschaft für diesen Bericht, der aufzeigt, wie wichtig auch heute die Vertriebenentreffen sind.

Bleiben wir gleich im nördlichen Ostpreußen und kommen noch einmal auf die Suche des in England lebenden **Bruno Smeilus** nach seinem ostpreußischen Heimatort Schillen und damit nach möglichen Verwandten zurück. In besonders intensiver Weise nahm sich der Kirchspielvertreter von Schillen, Herr **Walter Klink**, dieser Sache an. Er trat sofort mit dem Enkel des Suchenden, **Richard Smeilus**, in Verbindung, und teilte ihm seine ersten Nachforschungen zu diesem Fall mit, die leider noch keine konkreten Hinweise erbrachten. Wir berichteten darüber in unserer Ostpreußischen Familie in Folge 27 der *PAZ*. Kaum war diese Mitteilung erschienen, sandte uns Herr Klink zur weiteren Information seine bisherigen Unterlagen dazu und die kann man schon als „Akte Smeilus“ bezeichnen, so umfangreich ist inzwischen seine Korrespondenz mit Richard Smeilus geworden. Der Enkel ist geradezu begeistert über das Echo, das unsere Veröffentlichung bewirkt hat, und besonders dankbar für das Engagement von Herrn Klink. Richard teilte ihm mit, dass sein Großvater Bruno im Augenblick sehr krank sei und es Schwierigkeiten mache, mit ihm zu kommunizieren, da der alte Herr fast taub sei und unter grauem Star leide. Richard Smeilus hatte auch eine Zuschrift von unserm Landsmann **Günther Lotzkat** mit mehreren Listen und Karten über das betreffende Gebiet erhalten. Richard ging mit seinem Großvater die Informationen durch und der alte Herr glaubte nun, Schattenau/Schattlauken als seinen Herkunftsort ausfindig machen zu können. Dieses teilte Richard sofort Herrn Klink mit und eine neue Suchaktion begann, die nun in den Kreis Insterburg führte, denn Schattenau gehörte zum Kirchspiel Grünheide – und einen solchen Namen hatte Richard als Wohnort von Brunos Eltern angegeben, dort hatte er seine Jugendzeit verbracht. So ist zuerst einmal das richtige Grünheide gefunden, denn es gab in Ostpreußen 13 Orte mit diesem Namen. Die Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land konnte Herrn Klink mitteilen, dass in ihrer Kartei ein Landwirt **August Smeilus** in Grünheide verzeichnet sei und übermittelte ihm eine Kopie. Herr Klink meinte aber, dass er zwischen dem 1874 geborenen Landwirt, der nach dem Krieg in Dörlinbach, Kreis Lahr gemeldet war, und der Familie des Bruno Smeilus keine Verbindung sehe, und teilte dies auch dem Enkel mit. Die Korrespondenz ist zuerst einmal unterbrochen, da Herr Klink zusammen mit zwei Landsleuten im VW-Bus nach Schillen gefahren ist. Als er dies Richard mitteilte, kam sofort die Antwort aus England: „Ich wünsche Ihnen eine glückliche Zeit bei Ihrem Besuch in Ostpreußen. Ich würde gerne dorthin gehen, um das Land meiner Vorfahren zu besuchen, und ich weiß, Bruno möchte auch zurück. Leider erlaubt seine Gesundheit nicht, dies zu tun. Derzeit bleibt eine solche Reise ein ferner Traum für mich.“ Vielleicht kann ihn sich Richard Smeilus einmal erfüllen. Dass sich die Landsleute seines Großvaters so für ihn engagieren, hat ihn jedenfalls mit Dankbarkeit erfüllt. Und je intensiver er sich mit seiner Herkunft beschäftigt, desto mehr Mosaiksteine finden sich. So erinnert sich Richard, dass sein Großvater ihm einmal erzählt hatte, dass ein Onkel von ihm von einem Zug überfahren wurde. Damals muss Bruno Smeilus etwa sechs Jahre alt gewesen sein – es war also um das Jahr 1930, als dieser Bruder seiner Mutter von einem Zug der Bahnstrecke Insterburg–Tilsit–Ragnit erfasst und getötet wurde. Das Bild von dem toten, im Schnee liegenden Onkel hatte sich in ihm eingeprägt. Vielleicht erinnern sich ältere Landsleute an dieses Ereignis? Da jetzt auch der Ort Grünheide mit ziemlicher Sicherheit feststeht und Schattenau zu diesem Kirchspiel gehört, können sich nun vielleicht ehemalige Schulkameraden an den 1925 geborenen Bruno Smeilus erinnern. Wir bleiben jedenfalls weiter am Ball. Und senden für heute herzliche Grüße nach England zu Richard Smeilus und seinem 83-jährigen Großvater, der seine Heimat nie vergessen hat, die wir ihm nun dank unserer helfenden Landsleute näher bringen können. (Anschrift von Mr. Richard Smeilus, 14. Priory Road, The Grove, Bridgnorth, Shropshire, England, WV15 5EJ, Telefon 07807622298, E-Mail: benauld78@hotmail.com)





Ruth Geede Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Maria soll wieder Ostpreußen grüßen

Marienburg: Polnische Stiftung »Mater Dei« sammelt für den Wiederaufbau der berühmten Mosaikfigur der Gottesmutter

Sechs Jahrhunderte lang grüßte die Gottesmutter Maria weit nach Ostpreußen hinein – als majestätisch großes Standbild vom äußeren Chorabschluss der Marienburger Schlosskirche aus. Im Krieg zerstört, sammelt heute eine polnische Stiftung Geld für ihren Wiederaufbau.

Viele gläubige Generationen haben staunend zu ihren Füßen gestanden, wenn die riesige Figur im Licht der Morgensonne dank der unzähligen Mosaiksteinchen hell und farbig blinkte. In kunsthistorischer Sicht beruhte ihre Einzigartigkeit darin, dass weder die Antike noch das Mittelalter ein weiteres Beispiel für eine mit Glasmosaik farbig eingefasste Monumentalplastik bietet.

Um das Jahr 1340 wurde zunächst die über acht Meter hohe Statue in Segmenten aus Kunststein gegossen. Etwa 40 Jahre später bedeckten extra aus Norditalien gerufene Meister sowohl die Figur als auch die ganze Nische mit farbigem Mosaik, in das Goldplättchen eingeschmolzen waren. Augenzeugen schilderten ein unbeschreibliches, fast überirdisches Funkeln, das von der gekrönten Himmelskönigin mit dem Jesuskind auf dem Arm ausging.

> Von der Maria ging ein unbeschreiblich helles Funkeln aus

Doch für die Marienburger Schlosskirche, mit der Marburger Elisabethkirche die ranghöchste und künstlerisch bedeutendste Kirche des Deutschen Ordens, war dieses kostspielige Verfahren gerade gut genug: Schließlich war die Maria das Wahrzeichen der Ordensburg, Schutzpatronin der Kirche und gab Burg wie Stadt einst den Namen.

In den Jahren um 1900 erst aufwändig restauriert, vernichtete der sowjetische Angriff auf Marienburg das Standbild. Im Februar 1945 ruinierte der Beschuss die Burgkirche, und die tonnenschwere Figur stürzte in den Burggraben, wo sie zersprang. Einige klägliche Überreste sind heute in den Kellerräumen des Hochmeisterpalastes ausgestellt. Zwei Handvoll Mosaiksteine präsentiert das Westpreußische Landesmuseum in Münster in seiner Dauerausstellung.

Nun soll die Ostnische der Kirche ihre weltberühmte Statue zurückerhalten. Auf Initiative kunstbeflissener Marienburger Fremdenführer wurde 2007 in Marienburg die Stiftung „Mater Dei“, Mutter Gottes, gegründet, deren Ziel die äußerlich originalgetreue Wiedererrichtung des Wahrzeichens ist. In dreieinhalb Jahren aktiver Sammlungstätigkeit, größtenteils durch den Verkauf von Ziegeln im Burgmuseum, sind, wie Stiftungsvorsitzender und Burgkonservator Bernard Jesionowski im Gespräch mit der *PAZ* sagte, mittlerweile knapp 40 000 Euro zusammengekommen.



Mit farbigem Glasmosaik überzogen: Das vollplastische Madonnenbild Bild: Fundacja Mater Dei

„Nach unserer Konzeption soll das Standbild selbst in Leichtbauweise, als hohler Körper wiedergewonnen werden, was sein Gewicht reduziert und damit die aus dem Mittelalter erhaltenen unteren Mauerpartien der Burgkirche schont“, erklärte Jesionowski. Die umfangreiche Fotodokumentation, während der Restaurierung 1903 aufgenommen, ist für die Wiedererschaffung der Mosaikoberfläche eine unschätzbare Hilfe.

Insgesamt sind für das Projekt an die 230 000 Euro vorgesehen – „eine schwierige Aufgabe“, die Jesionowski durch EU-Fördermittel lösen will. Eine erste Tranche für Renovierungen am Hochschloss sei bereits eingegangen, von weiteren Geldern soll die Marienfigur mitbezahlt werden. Wenn alles gut geht, kann die Stadt an der Nogat 2015 ihr wunderschönes Wahrzeichen zurückhaben.

Christian Rudolf

Weitere Informationen bietet die Netzseite der Stiftung www.materdei.org.pl

Wir gratulieren ...

ZUM 106. GEBURTSTAG

Robatzek, Auguste, geb. **Schwarmer**, aus Brodau, Schönkau, Kreis Neidenburg, Mathiasstraße 15, 50389 Wesseling, am 25. Juli

ZUM 103. GEBURTSTAG

Janz, Antonia, geb. **Hellwich**, aus Kreuzingen, jetzt Natelsheideweg 16, 30900 Wedemark, am 30. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Daus, Hilde, geb. **Arnold**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Wacholderhof 1, 29525 Uelzen, am 25. Juli

Druba, Friedrich, aus Arys und Königsberg, jetzt Böhmerwaldstraße 70, 85560 Ebersberg, am 23. Juni

Hammer, Reinhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Doris-Heye-Straße 43, 26931 Elsfleth, am 28. Juli

Schimonowski, Anna, geb. **Falkowski**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt Murmanskerstraße 5c, 06130 Halle, am 30. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Grootmoor 130, 22175 Hamburg, am 26. Juli

Stumm, Grete, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Brederstraße 9, 58285 Gevelsberg, am 31. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schaak, Eva, geb. **Orböck**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, jetzt Aachener Straße 236, 50931 Köln, am 29. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bansleben, Ernst, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, jetzt Am Schiefen Garten 14, 31162 Bad Salzdetfurth, am 26. Juli

Fitzner, Hans, aus Bromberg/Westpreußen, jetzt Walsroder Straße 1, 28215 Bremen, am 31. Juli

Well, Charlotte, geb. **Keipke**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Engelfriedshalde 73, 72072 Tübingen, am 30. Juli

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

TERMINE DER LO

Jahr 2011

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

30. September bis 2. Oktober: 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28. bis 30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

ZUM 94. GEBURTSTAG

Arndt, Meta, geb. **Appelt**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Treptower Straße 15, 40789 Monheim, am 28. Juli

Oltmann, Christel, geb. **Runz**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Ellersweg 16, 25524 Itzehoe, am 30. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Druba, Hildegard, aus Königsberg, Kalthöfscherstraße 24, jetzt Böhmerwaldstraße 70, 85560 Ebersberg, am 30. Juli

Preuß, Helmut, aus Bechau, Kreis Schwetz, später Kupgallen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Penkefitz 16, 29451 Dannenberg, am 17. Juli

Schulz, Monika, geb. **Gruhn**, aus Mathildenhof und Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Rischkamp 4, 31195 Lamspringe, am 20. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ruhe, Alfred, aus Woinassen, Kreis Treuburg, jetzt Lärchenweg 5, 37079 Göttingen, am 31. Juli

Vogel, Brigitte, geb. **Rockstroh**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Bachmättle 7, 79252 Stegen-Wittental, am 27. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hübner, Friedrich, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Schütterbarg 1, 24787 Fockbeck, am 30. Juli

Jandt, Gertrud, geb. **Kriegsmann**, aus Bersnicken, Kreis Samland, jetzt Försterweg 40, 22525 Hamburg, am 30. Juli

Juries, Hans, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Heesstraße 2, 41751 Viersen, am 27. Juli

Rauter, Hans-Joachim, aus Ebenrode, jetzt Goldackerweg 29, 65191 Wiesbaden, am 27. Juli

Schäfer, Marta, geb. **Fenner**, aus Rhein, jetzt Haydnstraße 21, 86956 Schongau am Lech, am 12. Juli

Szillat, Herta, geb. **Jonas**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Hohenzollernstraße 38, 40211 Düsseldorf, am 28. Juli

Tessarzik, Irene, geb. **Nowak**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Auf dem Brunnen 3, 27211 Bassum, am 25. Juli

Wichert, Gertrude, geb. **Malessa**, aus Balden, Kreis Neidenburg, jetzt Riensberg 51, 13599 Berlin, am 28. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Auswitz, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Bleiwäscherstraße 2, 33181 Fürstenberg/Wurmeberg, am 30. Juli

Berkowitz, Elly, geb. **Matern**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Walter-Hohnsbehn-Straße 11, 24534 Neumünster, am 31. Juli

Breda, Erna, geb. **Klask**, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Xantener Straße 46, 47441 Moers, am 31. Juli

Buchhold, Lena, geb. **Stadie**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Gartenstraße 5, 63628 Bad Soden, am 25. Juli

Burger, Dora, geb. **Josuttis-Siegenthaler** aus Lyck, Bismarkkstraße 36, jetzt Beim Südbahnhof 25, Haus C, 73230 Kirchheim/Teck, am 26. Juli

Fischer, Hermann, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Heisterberg 9, 21271 Hanstedt, am 30. Juli

Geiger, Gerda, geb. **Wassel**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Waldenser Straße 11, 71277 Rutesheim, am 30. Juli

Glombowski, Gertrud, geb. **Wissemborski**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Thüringer Straße 19, 55294 Bodenheim, am 31. Juli

Gothmann, Klaus, aus Georgenswalde, Kreis Samland, jetzt Mühlenweg 9, 59555 Lippstadt, am 31. Juli

Hasenjäger, Hildegard, geb. **Grill**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Osningstraße 7, 44149 Dortmund am 27. Juli

Haut, Ulrich, aus Redel, Kreis Belgard, jetzt Kampweg 19, 49078 Osnabrück, am 29. Juli

Heyduck, Alfred, aus Treuburg, jetzt Elisabethstraße 12, 48529 Nordhorn, am 25. Juli

Kraushaar, Christel, geb. **Roßdeutscher**, aus Lötzen, jetzt Mecklenburger Landstraße 2, 23570 Lübeck, am 30. Juli

Kurschat, Herta, geb. **Augustin**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, jetzt Hoffeldstraße 215, 70597 Stuttgart, am 31. Juli

Litzbarski, Lene, geb. **Cybulla**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Heerbahn 21, 41749 Viersen, am 25. Juli

Nass, Käte, geb. **Balzer**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, jetzt Krumme Straße 3, 25335 Elmshorn, am 29. Juli

Otto, Hilde, geb. **Lorenzen/Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Werftstraße 115, 24148 Kiel, am 28. Juli

Petrie, Helmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kolnerswald 15, 66693 Mettlach, am 29. Juli

Sauer, Erika, geb. **Gottschling**, aus Kirpehnen, Kreis Samland, jetzt Saturnstraße 8, 42699 Solingen, am 25. Juli

Teichert, Lena, geb. **Fischer**, aus Seerappen, Kreis Samland, jetzt Steinriedendamm 40, 38108 Braunschweig, am 27. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Artelt, Ella, geb. **Weber**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Kustrenaer Straße 9, 06406 Bernburg, am 26. Juli

Baltschinat, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schwartenkamp 126, 48599 Gronau

Barth, Lotte, geb. **Rosowski**, aus Ortelsburg, jetzt Griepenstraße 11, 45143 Essen, am 29. Juli

Ehrngruber, Margarete, geb. **Neumann**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, jetzt Hohe Weide 49, 20253 Hamburg, am 26. Juli

Fanslau, Ursula, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, jetzt Hinschenrehm 22, 22415 Hamburg, am 26. Juli

Fuchs, Evamarie, geb. **Laatsch**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Bernbacherstraße 51A, 98599 Brotterode, am 25. Juli

Hawriyliw, Marianne, geb. **Kischlat**, aus Treuburg, jetzt Pattheas Kirkcaldy, 3 Hawks Muir, KY12PW, Schottland, am 31. Juli

Heinsch, Gertrud, geb. **Dehnert**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, jetzt Wilhelmshöher Straße 22, 38723 Seesen, am 25. Juli

Homp, Fritz, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Schlichting-Straße 5, 24109 Melsdorf, am 25. Juli

Jagemast, Ilse, geb. **Böhnke**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Gorch-Fock-Straße 18, 24229 Strande, am 29. Juli

Lehwald, Liddi, geb. **Spittler**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt In der Rosenau 36, 51143 Köln, am 25. Juli

Merten, Horst, aus Heiligenbeil, Dressler-Straße 17, jetzt Friedensstraße 6, 06308 Benndorf, am 26. Juli

Meya, Waltraud, geb. **Kullack**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Hönersort 19, 33719 Bielefeld, am 27. Juli

Mick, Hilda, geb. **Crispin**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Lortzingstraße 9, 18119 Warnemünde, am 27. Juli

Nauber, Ruth, geb. **Basemir**, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Kurparkallee 47, 27476 Cuxhaven, am 25. Juli

Pastowski, Fritz, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, jetzt Peter-Zimmer-Straße 70, 47443 Moers, am 30. Juli

Prusak, Edith, geb. **Gedack**, aus Wehlau, Klosterplatz, Kreis Wehlau, jetzt 5405 So. Tripp Ave., 60632 Chicago, am 30. Juli

Rosenberger, Ernst, aus Spallwitten, Kreis Samland, jetzt Wilhelmstraße 3-4, 13595 Berlin, am 26. Juli

Rutkowski, Helmut, aus Georgenswalde, Kreis Samland, jetzt Upper Borg 46A, 28357 Bremen, am 26. Juli

Schmidt, Ursula, geb. **Manneck**, aus Klein Drebnau, Kreis Samland, jetzt Am Stadtbahnhof 4, 76275 Ettlingen, am 28. Juli

Schubert, Albert, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, jetzt 206 Dixon Street, Kitchener Ontario, Kanada, am 25. Juli

Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, jetzt Wilhelmshöh 7, 23714 Bad Malente, am 28. Juli

Siemen, Dorothea, geb. **Pasuch**, aus Lötzen, jetzt Forststraße 15, 83093 Bad Endorf, am 29. Juli

Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Rastattstraße 15, 23568 Lübeck, am 25. Juli

Waldhausen, Herta, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Jöbgesbergweg 61, 41236 Mönchengladbach, am 26. Juli

Wenz, Wolfgang, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring, Kreis Wehlau, jetzt Winkelwiesen 10, 76571 Gaggenau, am 29. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartsch, Adalbert, aus Germau, Kreis Samland, jetzt 17129 Kartlow/Demmin (*keine Straße*), am 26. Juli

Brosziewski, Heinz, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Ernst-Eckstein-Straße 9, 06110 Halle, am 31. Juli

Bylitza, Georg, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Karlsbader Straße 15, 69502 Hemsbach, am 29. Juli

Filax, Horst, aus Sanditten, Pelohnen Vorwerk, Kreis Wehlau, jetzt Kirchgasse 1, 56132 Frücht, am 29. Juli

Forke, Friedel, geb. **Blasko**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt An der Parthenaue 4, 04451 Borsdorf, am 28. Juli

Gelberg, Magdalene, geb. **Willutzki**, verw. **Rondeck**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Mozartstraße 7, 30173 Hannover, am 29. Juli

Gramstat, Fritz, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Bonneberger Straße 52, 32602 Vlotho, am 28. Juli

Harz, Hedwig, geb. **Zins**, aus Ebenrode, jetzt Neue Straße 3 b, 18317 Saar, am 26. Juli

Herpell, Erdmut, aus Lyck, Memeler Weg 10, jetzt Steenbeek 10, 23669 Timmendorfer Strand, am 29. Juli

Larsson, Waltraut, geb. **Lagies**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, jetzt Olshammarsgatan 75, 12476 Bandhagen, Schweden, am 29. Juli

Lux, Werner, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Niendorfer Straße 64, 22529 Hamburg, am 30. Juli

Mielenz, Gertrud, geb. **Ostrowski**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 32, 16248 Neuendorf, am 25. Juli

Olvermann, Helga, geb. **Stanneck**, aus Lyck, Lycker Garten 78, jetzt An der Strangriede 8/III. Og. Li., 30167 Hannover, am 26. Juli

Prill, Hansjürgen, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, jetzt Gravensteinstraße 19A, 23556 Lübeck, am 29. Juli

Przysucha, Helga, geb. **Kirstein**, aus Markau, Kreis Treuburg, jetzt Stresemannstraße 5, 49584 Fürstenau, am 30. Juli

Richter, Hannelore, geb. **Ruchatz**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Rosenstraße 7, 14542 Werder/Havel, am 28. Juli

Tessendorf, Ruth, geb. **Faust**, aus Lyck, jetzt Fahrener Weg 8, 23992 Zurow, am 28. Juli

Vogel, Irma, aus Diewens, Kreis Samland, jetzt Wettiner Ring 21, 04680 Colditz, am 29. Juli

Wedekin, Gertrud, geb. **Tobe**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofsallee 28, 31162 Bad Salzdetfurth, am 25. Juli

Zalewski, Gisela, geb. **Groß**, aus Königsberg, Hans-Sagan-Straße, jetzt Abelbergstraße 18, 60389 Frankfurt am Main, am 25. Juli



Hübener, Gerhard, aus Harsleben, und Frau Brigitte, geb. **Britzke**, aus Rastenburg, jetzt Straße der DSF 2, 38829 Harsleben, am 27. Juli



Laskowski, Günter, und Frau Irma, aus Paradies/Abbau, Kreis Mohrungen, jetzt Wolfsabend 61, 41379 Brüggen, am 28. Juli

LO-Geschichtsseminar

„Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte“

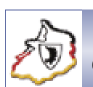
Das diesjährige Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen befasst sich mit der Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte Ostpreußens. Das Seminar findet vom 23. bis 25. September 2011 im Ostheim, Bad Pyrmont, statt und wird von Dr. Sebastian Husen geleitet.

Dr. Stefan Hartmann spricht über die ethnischen Verhältnisse in Pommerellen um 1900, Dr. Timo Ibsen (angefragt) über den frühmittelalterlichen Fundplatz mit dem Titel „Etwa hier die Siedlung“. Dr. Stefan Hartmann referiert über ethnische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Masuren im 15. und 16. Jahrhundert, Günter Uschtrin behandelt die preußischen Litauer im nördlichen Ostpreußen, Ruth Geede die Einwanderung nach Ostpreußen in literarischen Zeugnissen. Prof. Dr. George Turner spricht über die Auswanderung der Salzburger Protestanten und ihre Ansiedlung in Ostpreußen und Dr. Insa Mareike Rega über die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußens bis 1950.

Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser M. A., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax: (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de.

Informationen auch im Internet unter: www.ostpreussen.de/lo/seminare/geschichtsseminar.html.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

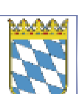
Sonntag, 7. bis Dienstag, 16. August: **Sommerfahrt nach Ostpreußen.** Der BJO unternimmt eine Reise in den Kreis Angerburg. Auf dem Programm stehen unter anderen ein Segeltörn auf den masurischen Seen, ein Ausflug in die Rominter Heide sowie Kontakt zur deutschen Volksgruppe. Auskunft unter (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de. – **Der neue FRITZ ist da!** Die „Junge Zeitschrift für Ostpreußen“ enthält viele interessante Beiträge, unter anderem Masurische Menschen im Laufe der Geschichte, Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen 1920, Königsberger Schloss, spannende Berichte über Veranstaltungen des BJO. Bestellung: Telefon/Fax (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Metzingen – Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen und Pommern auf Ausflugsfahrt ins Hohenloher Land. Vorstand Heinz Scheffler versprach bei seiner Begrüßung im vollbesetzten Bus seinen Ausflüglern viele interessante Erlebnisse bei der Besichtigung von Öhringen und dem Ebnisee. Vor Beginn des Rundganges gab es das traditionelle „zweite Frühstück“, zu dem die Landsmannschaft einlädt. Dagmar Voss und Petra Weiß zauberten schnell einen appetitlichen Frühstückstisch, auf dem nichts fehlte. Heißer Kaffee, kalte Getränke, belegte Brötchen oder Kuchen, alles vom Feinsten und es fand reißend Absatz. Der Rundgang durch Öhringen Richtung Marktplatz wurde zauberhaft. Noch sind Zeugen für die Bedeutung des Ortes aus der geschichtlichen Zeit unter den Römern vorhanden. Er spielte als wichtigster Militärstützpunkt und ansehnliche Zivilsiedlung am Limes an der Hohenloher Ebene eine große Rolle. Im Bereich der Stadt befanden sich zwei römische Kastelle. Den Aufenthalt in Öhringen konnten die Teilnehmer frei gestalten. Der gepflegte Fußweg zwischen der Stadtmauer und dem Fluss bot vielversprechende Einblicke in die mittelalterliche Stadt. Skulpturen mit Nachbildungen römischer Funde unterstützen den Rückblick. Faszinierend ist der Heilkräutergarten entlang der Stadtmauer, der einen Querschnitt der heutigen Pflanzenheilkunde zeigt. Hier ist gegen jedes Zipperlein ein Kraut gewachsen. Der zwanglose Rundgang durch einen malerischen Hofgarten mit uraltem Baumbestand, Marktplatz mit Schloss, Stiftskirche vorbei an zahlreichen Fachwerkhäusern, aber auch feinen Fachgeschäften im Herzen der Stadt zeigte die lange Geschichte dieser alten Stadt. Das auf dem Marktplatz mit viel Pfiff eingerichtete Weinfest schloss den Rundgang durch die Vergangenheit ab. Dank der perfekten Organisation folgte ein gutes Mittagessen in einem Hotel am Marktplatz in der Altstadt. Die nächste Station war nach der Weiterfahrt durch den Mainhardter Wald der Ebnisee. Bald wanderten Gruppen um den kleinen See, saßen beim Kaffeetrinken oder nur zum Ausruhen und zu Gesprächen. Heinz Scheffler dankte bei der Verabschiedung der Gäste insbesondere für deren disziplinierte Einhaltung des empfohlenen Zeitplanes bei der Besichtigung der Programmpunkte, die wieder einen harmonischen Ausflug ermöglicht haben.

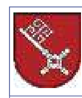


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Bericht von der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, **über die Monatszusammenkunft** am Sonnabend, 9. Juli um 15 Uhr, in der Altdeutschen Bierstube im Hotel am Kuhbogen, Hof. Die Kreisgruppe Hof hatte zu ihrer monatlichen Zusammenkunft eingeladen. Trotz des hochsommerlichen Wetters waren zahlreiche Mitglieder und Gäste erschienen. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim begrüßte freudig alle Anwesenden. Nach der traditionellen Gratulation der Geburtstagskinder des Vormonats gab er einen Rückblick zu seinem Besuch des Deutschlandtreffens 2011 der LO Ostpreußen in Erfurt am Wochenende vom 28. und 29. Mai, das unter dem Motto „Erbe und Verpflichtung stand. Tausende von Landsleuten waren deutschlandweit angereist. Die eindrucksvollen Ansprachen der Festredner „Ostpreußen lebt“ und „Nur die Wahrheit macht frei“ waren der Höhepunkt der Veranstaltung. Bedenke, Ostpreußen, dass du nicht sterblich bist. Seine Familie selbst, so führte der 1. Vorsitzende Joachim aus, habe Heimaterlebnisse aufgeschrieben und mit Zeichnungen versehen, die in Fortsetzungen in unserem vierteljährlichen Mitteilungsblatt jetzt veröffentlicht werden. Das wunderliche ABC, Geschichten aus einer Königsberger Familie, in mehreren Fortsetzungen. Ein Leservergnügen! Nach gemeinsam gesungenen Liedern stellte Jutta Starosta als Prominenten des Nachmittags den deutschen Dichter der Barockzeit Simon Dach vor (geboren am 29. Juli 1605 in Memel, gestorben am 15. April 1659 in Königsberg). Er verfasste viele Gedichte, Erzählungen und Kirchenlieder. Das „Ännchen von Tharau“ wird laufend lautstark in der Gruppe gesungen. Mit dem bekannten Gedicht von Simon Dach „Der Mensch hat nichts so eigen, / So wohl steht ihm nichts an, / als dass er Treu erzeigen / und Freundschaft halten kann“ schloss Jutta Starosta ihren Vortrag. Nun meldete sich der 1. Vorsitzende Joachim zu Wort. Heute Nachmittag wolle er bedeutende Unternehmen aus unserem Ost- und Westpreußen vorstellen. Da fiel es ihm nicht schwer, an das Traditionsunternehmen Schwermer, früher Königsberg, heute Bad Wörishofen, zu denken. Der Urenkel des Firmengründers, Peter Stiel, hat heute in vierter Generation die Geschäftsführung des Familienunternehmens inne. Die süßen Köstlichkeiten werden inzwischen in mehr als 25 Länder exportiert. Der Vortragende versuchte Einblicke in die Rezeptur des Marzipans zu geben, das von unseren Müttern und Großmüttern so gerne selbst hergestellt wurde. Aber das Geheimnis bleibt den Fachleuten überlassen. Ob Weihnachten, Ostern oder Muttertag, Marzipan, vor allem Königsberger Marzipan, der gebräunte, in Verbindung mit der schmackhaften, säuerlichen Zuckergussfüllung, sei ein Genuss, so der Vortragende. Den gilt es, wie unsere ostpreußische Kultur, ebenfalls zu bewahren. Lang anhaltender Beifall war der Dank für diese hoch interessanten Beiträge beider Vortragenden. Mit gemeinsam gesungenen Liedern und gemütlichem Plausch endete der Nachmittag.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 11. August, 13 Uhr, Hauptbahnhof Ulm: Fahrt der Frauengruppe nach Blaubeuren.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Sonnabend, 6. August: Haffdörfer-Treffen im Vereinsheim des Kleingartenvereins Geestemünde-Süd. – **Bericht vom Heimatnachmittag** der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Heimatkreis Elbing am 24. Juni, 14.30 Uhr, im Barlachhaus: 42 Mitglieder und 1 Gast (Musiker vom Barlachhaus) waren anwesend. Die 1. Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte die Anwesenden, besonders die Ehrenmitglieder Marianne und Paul Baumgardt sowie das Grillteam Klaus, Wolfgang und Brigitte, außerdem Willi Holz vom Barlachhaus, der mit seinem Keyboard den Nachmittag musikalisch untermalt hat. Dank ging an Georg Ahrens, der wie 2010 den Kartoffelsalat spendierte. Auf den Tischen standen diesmal Kekse statt Kuchen, da später Bratwürste serviert wurden. Kassenwart Wolfgang Paul kassierte wegen der höheren Kosten diesmal 5 Euro von jedem Teilnehmer. – Kaffeetafel mit allgemeinem Palaver. Marita Jachens-Paul eröffnete um 15.05 Uhr den Heimatnachmittag und dankte dem Barlachhausteam und dem Musiker für ihr Mittun. Den Kranken wurden Genesungswünsche übermittelt. Die am Ehec-Erreger verstorbene Irmgard Poller wurde stellvertretend für insgesamt drei verstorbene Mitglieder der Landsmannschaft genannt. An der Trauerfeier für sie am 1. Juni in der Kapelle des Leher Friedhofs haben einige Mitglieder der Gruppe teilgenommen. Auf dem Stammplatz von Irmgard Poller wurde an allen Heimatnachmittagen des Jahres 2011 eine Kerze angezündet. Den drei Verstorbenen wurden die beiden Heimatlieder gewidmet. Dann gab es eine Palaverpause mit Keyboardmusik von Willi Holz. Seit dem 29. April (letzter Heimatnachmittag) hatten 10 Mitglieder Geburtstag. Sie wurden namentlich von Marita Jachens-Paul oder auf Zuruf aus der Versammlung genannt. Die Vorsitzende widmete ihnen das Gedicht „Ein Festtag...“. Die Vorsitzende bestellte Grüße vom Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit sowie von den Gruppenvorsitzenden Lesum-Vegesack (Günter Högemann) und Bremen-Nord (Jörg Schulz). Sie berichtete von der Landesdelegiertentagung der Landesgruppe Bremen am 20. Mai in Bremerhaven, an der von 6 Personen der Gruppe teilgenommen hatten, davon waren drei stimmberechtigt. Bei den von Jürgen Sandmann geleiteten Vorstandswahlen wurden aus Bremerhaven für die nächsten 2 Jahre gewählt: Marita Jachens-Paul, 2. Landesvorsitzender (Wiederwahl) Klaus Eichholz, Landes-Kulturreferent (neu), Barbara Sandmann Kassenprüferin (neu), Wolfgang Paul ist als Kassenprüfer ausgeschieden. Die Vorsitzende berichtete von einigen Beschlüssen, die auf der Vorstandssitzung am 20. Juni gefasst wurden. Allen Mitgliedern wird künftig 2x jährlich (Juni und November) der Terminplan für das nächste Halbjahr zugesandt beziehungsweise auf dem letzten Heimatnachmittag verteilt, da es den „Landsmann“ mit den darin aufgeführten Daten von Veranstaltungen nicht mehr gibt. Das Grillteam servierte die Bratwurst, Brot, Senf und Kartoffelsalat, dazu spielte das Keyboard automatisch, allerdings zu laut, so dass eine Unterhaltung schwierig wurde. Wurst und Salat schmeckten prima! Die Vorsitzende verteilte den Terminplan September – Dezember 2011 an die Anwesenden. Sie ging dabei besonders auf das Erntedankfest (23. September) und das 85. Stiftungsfest (28. Oktober) ein. Am 23. September wird die 2. Vorsitzende Barbara Sandmann einen Vortrag über Ernst Barlach halten. Für den 28. Oktober ist eine Anmeldung (Telefon 86176) dringend erforderlich. Stefanie Flotow las zwei Anekdoten vor: „Der Bulle Anton“ und „Onkel Heinrich und die Eisenbahn nach Pikallen“. Alice Schwiedop (90 Jahre alt!) rezitierte „butenkopps“ „Die Geschichte einer Bekanntschaft in der Eisenbahn“ sowie ein Gedicht von Agnes Miegel: „General-Feldmarschall Paul von Hindenburg und der Sieg in der Schlacht von Tannenberg 1914 über die russische Armee“. Kassenwart Wolfgang Paul spendierte eine Runde „Quorn“. Im Schlusswort wünschte die Vorsitzende Marita Jachens-Paul allen Mitgliedern der Ostpreußen-Gruppe Bremerhaven einen schönen Sommer, Gesundheit, spannende Spiele bei der Weltmeisterschaft im Frauenfußball und einen guten Heimweg. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Kein schöner Land“ klang der Heimatnachmittag der Landsmannschaft gegen 17.15 Uhr aus.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 23. Juli, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Auf dem Weg zur gemeinsamen Erinnerung. Tschechiens neuer Blick auf Krieg und Vertreibung.
Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr, Phoenix: Als die Deutschen weg waren.
Sonnabend, 23. Juli, 17.15 Uhr, Phoenix: Die Gräfin aus Ostpreußen. Dokumentation.
Sonnabend, 23. Juli, 17.45 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. Das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens.
Sonnabend, 23. Juli, 20.15 Uhr, Eins Extra: Deutschland unter Druck.
Sonnabend, 23. Juli, 22.15 Uhr, N24: Die 900 Tage von Leningrad.
Sonntag, 24. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 24. Juli, 17.30 Uhr, ARD: Wenn Kinder vor den Eltern sterben.
Montag, 25. Juli, 18.30 Uhr, Phoenix: Die Bagdad-Bahn.
Montag, 25. Juli, 23.45 Uhr, Phoenix: Kollision im Nebel – das Ende der Andrea Doria.
Dienstag, 26. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch – Die Neumark.
Dienstag, 26. Juli, 22.25 Uhr, 3sat: Der Hamburger Feuersturm 1943.
Dienstag, 26. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Das Model und die Ärztin – Hoffnung für Kinder in Kirgistan. Reportage.
Mittwoch, 27. Juli, 22.50 Uhr, NDR: Unsere Geschichte. Als der Seemann noch nach Hause funkte.
Donnerstag, 28. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Istanbul - Damaskus. Mit dem Zug in den Orient.
Donnerstag, 28. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Der Bunker – Hitlers Ende.
Freitag, 29. Juli, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Transitnik – Unerkannt durch Freundesland. Illegale Reisen durch die Welt der Sowjetunion.
Freitag, 29. Juli, 21.40 Uhr, Arte: Geheimsache Mauer. Dokumentation.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Landesgruppe – Referat Kultur: **12. Heimattreffen im norddeutschen Raum.** Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Sonnabend, 23. Juli, 10 bis 17 Uhr (Einlass 9.30 Uhr), Hotel „Zur Glashütte“ der Familie Stubbe, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 529866-0, Fax (040) 529866-35. Programm: 10 bis 10.30 Uhr Begrüßungen und Informationen über alles, was die Gruppe bewegt. 10.30 bis 12 Uhr „Kunst und Kultur in Ostpreußen“. Manfred Samel, ein Insterburger, wird aus der Kulturgeschichte der Heimat mit Lichtbildvortrag berichten. So zum Beispiel über Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust (Land der dunklen Wälder ....) oder Bau und Geschichte des Königsberger Schlosses von 1740 bis 1945. Auch andere Themen sind vorgesehen, wenn die Zeit reicht. In 90 Minuten erlebte die Gruppe ein lebendiges Kulturseminar. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 15 Uhr „Land der dunklen Wälder ...“ Singen gemeinsam mit dem LAB-Chor Hamburg unter der Leitung von Dieter Dziobaka. Danach folgen heimatliche Volkslieder und in Erinnerung an die Jugendzeit alte Schlagermelodien (Oldies). 15 bis 15.45 Uhr Ostpreußische Mundart und Ostpreußenplatt sollen nicht vergessen werden. Siegfried Grawitter wird die Gruppe literarisch versorgen und Humorvolles inszenieren. Dabei ergreift auch Hans Günter von Gumbinnen zu Ostpreußen die Initiative und versucht zu musizieren. Es darf gelacht werden. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause, mit der das Heimattreffen langsam ausklingt. Nach Veranstaltungsschluss (17 Uhr) können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A 7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg nach 12 Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Bis U-Bahn-Station Ochsenzoll. Von da ab mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach 10 Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Bei der U-Bahn-Station ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Sonnabend, 27. August, 7.45 Uhr, ZOB Hamburg (Abfahrt): **Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin** zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung.“ Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm (wird im Bus verteilt) 35 Euro. Informationen und Anmeldungen bei Willibald Piesch,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Telefon (040) 6552304 oder unter Telefon (040) 346359 von 10 bis 14 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8.

Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

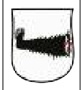
Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Juli, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatliche Veranstaltung.

KREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 3. August, 13 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatgruppe. Die Sommerpause ist vorbei und die Insterburger treffen sich wieder. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Rückfragen bei Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Sensburg – Sonntag, 14. August, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Bericht über den Ausflug vom 13. Juli. Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs machte die Gruppe am 13. Juli eine Kulturfahrt zum Tuchmacher-Museum nach Bramsche. Spinnen und Weben war allen bekannt, aber eine industrielle Wollweberei hatte noch keine der Teilnehmerinnen gesehen. Vom geschorenen Schaf bis zur fertigen Wollbüx oder der berühmten Wolldecke der Jugendherbergen wurde der ganze Produktionsablauf gezeigt, an voll funktionsfähigen Maschinen, die bei der Bramscher Tuchmacher-Innung bis 1970 in Gebrauch waren. Nach Kaffee und Kuchen im benachbarten Restaurant ging es mit dem Bus wieder zurück, kurzweilig unterhalten mit Volkslieder-Gesang und landsmannschaftlichen Heimatliedern. – Die Frauengruppe hat im August Sommerpause und lädt im September wieder rechtzeitig ein.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 1. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 4. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Düren – Montag, 8. August, 14 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Holzstraße 7 A: Treffen der Frauengruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 4. August, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Gütersloh – Donnerstag, 11. August, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9, 33330 Güstersloh: Treffen der Frauengruppe. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Am 9. Juni unternahm die Landsmannschaft Ostpreußen – Kreisgruppe Hagen – ihren diesjährigen Sommerausflug. Ziel war diesmal der Dümmersee (Nähe Osnabrück). Der Bus war voll und die Stimmung gut. Man merkte, man war wieder unter Landsleuten. Nach einer gut zweistündigen Fahrt war dann das Ziel erreicht. Dort erwartete die Gruppe dann ein opulentes Frühstück, das ganz auf die Gegend abgestimmt war. Jeder konnte sich so richtig den Bauch vollschlagen, so dass für ein Mittagessen kein Platz mehr war. Dann gab es eine Schifffahrt über den Dümmersee zum anderen Ufer. Das war lustig, denn das Wetter spielte auch mit. Wer wollte, konnte sich noch Räucheraal oder andere Räucherwaren für zu Hause kaufen. Ohnehin stand der restliche Tag, bis zur Rückfahrt um 17 Uhr für jeden zur freien Verfügung. Zur Überraschung aller gab es vor der Rückfahrt noch ein umfangreiches Abendessen. Mit dieser Krönung ging es dann auf den Heimweg. Für jeden mit der Überzeugung, einen schönen Tag verlebt zu haben. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass dies alles unser langjähriger Vorsitzender Herbert Gell arrangiert hat.

Mülheim a.d. Ruhr – Dienstag, 9. August, 14.45 Uhr, Wasserbahnhof: Treffen der Gruppe zum Sommerausflug per Schiff zum Restaurant Dicken am Damm. Bitte Sonnenschein mitbringen!

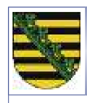
Siegen – Der Kreisgruppenvorsitzende Anton Olbrich und der Kulturwart Frank Schneidewind nahmen an der letzten Bezirkstagung der Landsmannschaft Ostpreußen in Lüdenscheid teil. Die Tagung konnte wegen der plötzlichen Erkrankung des Vorsitzenden Dieter Mayer sowie Frau Waltraud Lange nur in verkürzter Form durchgeführt werden. Herr Tuguntke aus Hagen sprach über den Deutschen Ritterorden und Herr Schneidewind über die Arbeit der Kriegsgräberfürsorge im heutigen Ostpreußen. Herr Gell aus Hagen und Herr Tuguntke erläuterten noch einige Punkte aus der landsmannschaftlichen Arbeit. Mitglieder der Kreisgruppe nahmen am Bundestreffen der Ostpreußen in Erfurt teil sowie an der Ermland-Wallfahrt in Werl. In Werl konnten wieder Hilfsgüter nach Ostpreußen mitgegeben werden für alte und bedürftige Landsleute, welche oft recht vereinsamt leben durch ihre altersbedingten Lebensumstände, vielfach ohne Angehörige in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Hilfen bedeuten u.a. eine moralische Unterstützung und geben das Gefühl, von den Landsleuten in der Bundesrepublik nicht vergessen zu sein. – Es gibt geschichtliche und wirtschaftliche Beziehungen zwischen dem Siegerland und Ostpreußen. In diesem Zusammenhang sei nur an den Künstler Johann Friedrich Reusch aus Siegen erinnert. Der Künstler lebte etliche Jahre in Königsberg und schuf die Denkmäler „Henner und Frieder“ nach lebenden Vorbildern. Reusch arbeitete u.a. an der Königsberger Akademie. – Weiterhin wurden heimatliche Dokumente aus dem Nachlass einer Heimatvertriebenen aus der Vorkriegszeit für die Ausstellungen im Lüdenscheider Heimathaus übergeben, an Bernhard Feige vom BdV Lüdenscheid. In Siegen existiert zurzeit leider keine mitteldeutsche/ostdeutsche Heimatstube mehr. Die Heimatstube im Oberen Schloss wurde vor einiger Zeit auf behördliche Anordnung aufgelöst. Die LO besitzt aber im früheren Übergangswohnheim am Seilerei-Weg in Siegen (BdV-Geschäftsstelle) einen kleineren Heimatraum mit der Heimatbücher-Sammlung sowie Bildern und kleineren Exponaten aus den Heimatgebieten.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

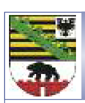


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – „Ostpreußische Volkskunst und ostpreußische Mundart“ – so lauteten die Themen des 7. Frauenseminars am 4 Juni 2011 in Sachsen. Der Landesvorstand der Ost- und Westpreußen, unter Federführung der Landesfrauenreferentin Dora Arnold, hatte zu dieser Veranstaltung Landsleute und Interessierte eingeladen. Dieser Einladung folgten über 60 Teilnehmer. Dabei wäre zu bemerken, dass eine Woche zuvor das große Treffen der Ostpreußen in Erfurt stattgefunden hatte, zu dem die meisten Teilnehmerinnen gereist waren. Doch ihr Kommen hatte sich gelohnt. Die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise Uta Lüttich zeigte in ihrem Vortrag das ganze Spektrum ostpreußischer Volkskunst. Beginnend bei der Bauart der Häuser, verweisend auf die Eigenart in der jeweiligen Region; der Ausgestaltung der Räumlichkeiten mit schlichtem Mobiliar, welches mit Motiven aus der Natur verziert wurde. Im letzten Teil ihres Vortrages kam die Referentin auf die Trachten und Handarbeiten zu sprechen, welche von den Frauen in der Heimat mit viel Fleiß und Geschick gefertigt wurden. Es wurden Exponate vom kunstvollen Weben, den schönen Stickereien bis hin zum Doppelstricken an den Austeilungstischen von Frau Lüttich, Frau Gläser und Frau Rick gezeigt. Von dieser Gelegenheit machten die Teilnehmerinnen regen Gebrauch und dankten der Referentin mit einem herzlichen Applaus. Das Thema ostpreußische Mundart leitete die Referentin Dora Arnold mit folgenden Worten ein: „Wir hören es gerne, wenn jemand noch so spricht, wie wir es von Kindheit her kennen. Doch leider verstummen diese Stimmen immer mehr. Aber nichtsdestotrotz wollen wir uns heute näher mit dem ostpreußischen Dialekt befassen.“ Zu einem völlig einheitlichen Dialekt ist es in Ostpreußen nie gekommen, da die Bevölkerung aus verschiedenen Gegenden stammte. Prußische Sprachreste flossen in das Ostpreußische ein sowie litauische, russische und polnische Sprachelemente. Typisch war der breite Tonfall und das rollende „R“. Auch liebte der Ostpreuße das Verniedlichen und hängte gerne das „-chen“ an, wie bei Muttchen, Tantchen, Trudchen usw. Im Anschluss kamen die Mundartsprecher zu Wort. Erna Felber und das Ehepaar Springwald bereiteten den Landsleuten viel Freude mit ihren humorvollen Beiträgen. Diese Ergänzung zum Vortrag wurde mit viel Beifall bedacht. Zum Gelingen der Veranstaltung trug auch der Chor „Lied der Heimat“ Leipzig, unter Leitung von Rosa Wegelin, wesentlich mit bei. Das Gedicht „Es war ein Land“ von Agnes Miegel, vorgetragen von Inge Scharrer zu Beginn des Seminars, konnte treffender nicht gewählt werden. Der Vorsitzende der Landesgruppe Alexander Schulz dankte allen Beteiligten für die gelungene Veranstaltung, Den Abschluss bildete ein gemeinsames Singen der schönen alten Volkslieder. Dies gab den Anwesenden ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und vermittelte ein Stück Nähe zur Heimat.

Leipzig – Sonnabend, 30. Juli, 11 Uhr, Festsaal des Leipziger Neuen Rathauses: **8. Chöretreffen des BdV Sachsen.** Es nehmen teil die Chöre aus Dresden, Leipzig, Wolteritz, Zwickau und die Gastchöre aus Aussig und Oberglogau. Ende gegen 15.30 Uhr, Parkmöglichkeit in der Tiefgarage am Burgplatz.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Montag, 8. August, 14 Uhr, Krötenhof: Bildervortrag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Harrislee – Dienstag, 9. August, 17 Uhr: **Fahrt nach Nordfriesland**, Abendbrotessen bei Langenhorn, dann Teilnahme am Orgelkonzert in der St. Laurentius Kirche zu Langenhorn. Stifter der Orgel war Seneca Inggersens, Baron von Gelting.

Neumünster – Freitag, 5. August, 16.30 Uhr: Kranzniederlegung im Friedenshain. – Sonntag, 7. August, ab 10.30 Uhr, Holstenhalle am Kleinflecken: Der landesweite Tag der Heimat steht unter dem Motto: „Wahrheit und Dialog – ein starkes Europa.“ Gelungene Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Schleswig-Holstein und der Stadt Neumünster. Schirmherr für den 62. Tag der Heimat ist die Stadt Neumünster.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

57. Angerburger Tage am 17. und 18. September. Erneut wird die Gruppe sich in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg/Wümme, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) treffen. Dazu sind alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Freunde, aber auch Gäste, herzlich eingeladen. Aufmerksame Leser des Angerburger Heimatbriefes werden es schon bemerkt haben: Im abgedruckten Programm fehlt in diesem Jahr der Festgottesdienst mit Abendmahlfeier am Sonntag in der Michaelskirche während der Angerburger Tage. Das ist zu bedauern, lässt sich aber angesichts der wenigen Gottesdienstbesucher nicht ändern. Der Michaelsgemeinde und besonders Pastor Sievers sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt, dass die Angerburger über Jahrzehnte den Gottesdienst dort feiern durften. Künftig werden wir uns immer sonnabends um 9 Uhr vor der Kreistagssitzung zu einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche versammeln. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg bittet um rege Beteiligung. Im Anschluss daran findet am Sonnabend, den 17. September 2011, um 9.30 Uhr eine öffentliche Sitzung der Angerburger Kreisvertretung statt, und zwar im großen Sitzungssaal. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte: Satzungsgemäß ist in diesem Jahr nach einer Amtszeit von zwei Jahren ein neuer Vorstand (u.a. Neuwahl des Kreisvertreters und seiner beiden Stellvertreterinnen) zu wählen. Berichte des Vorstandes, Ehrungen, die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2010 und die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr 2012 sind ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Für Interessierte eine gute Gelegenheit, sich über die Arbeit des Vorstandes und die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft zu informieren. Nach der Mittagspause ist auch in diesem Jahr eine Busfahrt nach Sittensen zum dortigen Heimatverein der Börde Sittensen e.V. vorgesehen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt unverändert 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt in Rotenburg/Wümme ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung erforderlich unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bitte bis spätestens 8. September 2011. Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage dürfte am Sonnabend, 20 Uhr, die Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Patenschaftsträger, den Landkreis Rotenburg (Wümme), in der Aula der Theodor-Heuß-Schule werden. Im Anschluss daran treffen sich Angerburger und Rotenburger zu einem geselligen Beisammensein in der Schule. Es werden Gäste aus Angerburg (Wegorzewo) erwartet. Am Sonntag, 18. September, werden die Angerburger Tage in der Theodor-Heuß-Schule fortgesetzt. Um 11 Uhr findet in der Aula der Schule eine Feierstunde statt. Der Bürgermeister der Stadt Rotenburg/Wümme wird die Gastrede halten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Rotenburger Heimatmuseum wird am Sonnabend und am Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher, u.a. „Angerburg von A-Z“ (4. Auflage) und „Der Kaufherr Thomas Anderson“, Postkarten, Landkarten und Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger und ihre Freunde zum Plachandern und Schabbern. Dort wird es auch zu günstigen Preisen ein Mittagessen geben, außerdem werden Kaffee und Tee sowie Kuchen und andere Getränke angeboten. Das Programm mit weiteren Informationen ist im Angerburger Heimatbrief Heft Nr. 147 (Mai 2011) auf den Seiten 46f. abgedruckt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft rechnet mit Ihrem Besuch zu den Angerburger Tagen 2011 in Rotenburg/Wümme und wünscht Ihnen bis dahin eine gute Zeit.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Irmgard Lenz, geb. Wengel, aus Maggen Kreis Heiligenbeil, feierte am 17. Juli ihren 75. Geburtstag. Sie ist seit 1997 Kirchspielvertreterin von Zinten-Land und seit 1989 Gemeindevertreterin von Robitten. Sie hat sich in den Jahren ihrer Zugehörigkeit zur Kreisgemeinschaft Heiligenbeil unermüdlich um ihre Landsleute gekümmert und wurde für ihr Engagement 1994 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft und 2003 mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft gratuliert Frau Irmgard Lenz ganz herzlich zu ihrem Geburtstag und wünscht ihr für die weitere Zukunft alles nur erdenklich Gute, vor allem Gesundheit.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi., Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Die Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg auf dem Ostpreußentreffen in Erfurt.

Die Kreisgemeinschaft wollte sich auf dem Treffen so darstellen, dass sich möglichst viele Teilneh-

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

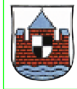
mer für die Heimatarbeit interessieren. Es ist der Kreisgemeinschaft recht gut gelungen, denn der Besuch an ihrem Stand ließ nicht zu wünschen übrig. Das sichtbare Hauptthema der Präsentation waren die Kirchen im Landkreis Königsberg einst und jetzt anhand von Kirchen aus den 17 Kirchspielen des Kreises. Dazu wurden Fotos, wie sie aus der Zeit vor Kriegsende zur Verfügung standen, denen gegenübergestellt, wie man sie heute beziehungsweise in den letzten Jahren aufgenommen hatte. Hilfreich für die Dokumentation der Gegenwart waren nicht nur Fotos, die Landsleute aufgenommen haben, sondern auch solche, die der russische Historiker und Fotograf Bachtin in seinem Buch über die Kirchen im nördlichen Ostpreußen in den späten Jahren des letzten Jahrhunderts veröffentlicht hatte. Auch letztere geben ein realistisches Bild und eine schonungslose Beschreibung der heute zum großen Teil trostlosen Zustände wieder. Besonders lag der Kreisgemeinschaft die St. Katharinenkirche in Arnau am Herzen. Deshalb stellte sie ein anschauliches Modell aus, das Dr. Rix, der Vorsitzende des Kuratoriums Arnau, ihr überlassen hatte. Vom traurigen Schicksal der Kirche ist in letzter Zeit viel geschrieben und gesprochen worden. Sie war bekanntlich durch die Arbeiten des Kuratoriums vor dem völligen Verfall gerettet und nun wohl durch ein Übereinkommen zwischen der orthodoxen Kirche übereignet worden. Viel Anklang fanden die Diashows über einige Kirchspiele sowie die etwa 3000 Fotos aus dem Kreisgebiet. Besonders wichtig aber waren die Einzelgespräche, die sich oft zufällig zwischen den Besuchern und den vier Kreisausschussmitgliedern, die den Stand beschickten, ergaben. Wie viele Schicksale wurden hier wieder lebendig und wie viel Heimatliebe, über die sonst kaum gesprochen wird, wurde hier wieder sichtbar! Die Unterhaltungen nahmen einen so breiten Raum ein, dass die Ausschussmitglieder kaum dazu kamen, an dem offiziellen Programm teilzunehmen. Eines soll aber hervorgehoben werden: die beeindruckende Rede von Erika Steinbach, der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen. Der nicht enden wollende Beifall hat sie hoffentlich etwas für all die Anfeindungen entschädigt, die sie in der letzten Zeit unberechtigterweise zu ertragen hatte. Die Kreisgemeinschaft war mit Organisation und Ablauf, nicht zu vergessen mit dem schönen Wetter, sehr zufrieden. Es ist deshalb zu hoffen, dass dieses deutschlandweite Ostpreußentreffen nicht das letzte war.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Günther Skorzinski verstorben. Am 14. Juli 2011 verstarb Günther Skorzinski. Er wurde am 26. Dezember 1934 in Berndhöfen, Kreis Lyck, geboren. Beruflich hat sich Günther Skorzinski in seiner neuen Heimat Ibbenbüren vom Schlosserlehrling bis zu einem angesehenen mittelständischen Maschinenbau-Unternehmer hochgearbeitet. Ortsvertreter seines Heimatdorfes war er seit 12. August 1991. Darüber hinaus war er Bezirksvertreter des Bezirkes Waldwerder von 1998 bis zu seinem Tode. Noch im Juni dieses Jahres hatte er ein Treffen seines Bezirkes in Bad Pyrmont geleitet. Am 30. August 2008 wurde Günther Skorzinski wegen seiner Verdienste mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Bleibende Verdienste hat er sich mit der vereinheitlichten Zeichnung der Ortspläne des Kreises Lyck erworben. Die Kreisgemeinschaft Lyck wird Günther Skorzinski ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Seiner Ehefrau Edelgard und seinen Töchtern gilt unsere herzliche Anteilnahme.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Erinnerung an Tilsit: Seit fast 20 Jahren besteht nun schon die Partnerschaft zwischen der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt und Tilsit, dem jetzt russischen Sovetsk. Ein weiteres Kapitel der Verbindung wird nächsten Monat aufgeschlagen mit der Ausstellung „Juden in Tilsit“, die die Organisation „Juden in Ostpreußen, Verein zur Geschichte und Kultur e.V.“ veranstaltet. Im Foyer des Rathauses wird vom 4. bis 26. August 2011 eine eindrucksvolle Schau mit gut 40 großen Foto- und Texttafeln präsentiert, die mit bemerkenswertem Erfolg bereits 2009 in Tilsit gezeigt wurde. Anhand dieser Bilder wird eindrucksvoll dokumentiert, welches rege jüdische Leben bis zur Vertreibung und Vernichtung im Zweiten Weltkrieg in Tilsit herrschte. Jahrhunderte hatten jüdische Bürger das Stadtbild entscheidend mitgeprägt. Sie waren vor allem als Kaufleute bekannt und vermittelten die Handelsgeschäfte mit dem Osten – bis 1933 die systematische Vertreibung begann, im Sommer 1942 die letzten zirka 300 Frauen, Männer und Kinder deportiert und umgebracht wurden. Im Mittelpunkt der Fotoschau stehen neben dem historischen Abriss jüdischen Lebens in der Region vor allem Personen, die zum großen Teil namentlich bekannt sind und deren Schicksal fast immer dasselbe abrupte Ende nahm. Die wenigen Überlebenden und ihre Nachfahren sind heute in alle Welt verstreut. Im Rahmen der Recherche zu dieser Ausstellung hat die Vorsitzende des Vereins „Juden in Ostpreußen“, Dr. Ruth Leiserowitz, einige von ihnen ausfindig gemacht; unter anderem in Israel, Südafrika und Australien. Sie wird während der Ausstellungseröffnung das Einführungsreferat halten.



Stadtvertretung – Im Hinblick auf die künftige Neuwahl der Stadtvertretung bitten wir schon jetzt engagierte Heimatfreunde, sich für die ehrenamtliche Mitarbeit in der Stadtvertretung zu melden. Es gilt, ein vielfältiges Tätigkeitsfeld zu besetzen, zum Beispiel Karteiarbeit, Datenpflege, Aktualisierung der Versandlisten, Fotobearbeitung, Archivverwaltung, Kassenprüfung, Organisierung von Heimattreffen u.a. PC-Kenntnisse sind erwünscht. Wir freuen uns über jede Meldung.

Finissage – Die Ausstellung „Grenzenloser Himmel über mir“ im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen, neigt sich dem Ende zu. An dem transnationalen Projekt zum Thema Heimat nahm der Vertreter der russischen Gesellschaft Tilsit, Jakov Rosenblum, mit 16 Fotos teil. Die Fotos sind im Internet unter www.grenzenloser-himmel.de zu sehen. Am 23. Juli um 15 Uhr findet im Kulturzentrum Ostpreußen die Finissage mit einer Lesung von Uwe Rada zum Thema „Die Memel. Kulturgeschichte eines europäischen Stromes“ statt. Der in Berlin lebende Journalist und Autor Uwe Rada hat in seinem neuesten Buch der Geschichte und Gegenwart der Memel nachgespürt.

Ostheim Bad Pyrmont

Königsberger Schultreffen

Mittwoch, 3. August bis Sonntag, 7. August 2011 im Ostheim in Bad Pyrmont: **Schultreffen ehemaliger Schülerinnen der Frischbier-Schule und der Schüler der Farenheid-Schule**, früher Königsberg. Auch in diesem Jahr findet dieses Schultreffen wieder statt und zwar trotz starker altersbedingter Reduzierung der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

Fast ein Bilderbuchwetter herrschte 2010 in Bad Pyrmont und begleitete die Teilnehmer vier Tage lang während ihres Schultreffens vom 5. bis 9. August 2010 im Ostheim. Zum Treffen der Frischbier- und Farenheid-Schulen waren 14 Personen der Jahrgänge 1924 bis 1939 angereist. Am ersten Abend trifft man sich meist in der Höhle, bei obligatorischem Bärenfang und mehr, mit viel Schabbern und großer Wiedersehensfreude der jeweiligen Teilnehmer. Erst am folgenden Tag, dem Freitagabend, ist die offizielle Begrüßung durch den Vorsitzenden. Nach gemeinsamem Singen des Ostpreußenliedes wird der Kranken und Verstorbenen gedacht sowie Geburtstage und Jubiläen genannt – meist gefolgt von kleinen Anekdoten und Wippchen, also Späßchen, und dem gemütlichen Teil. Den Samstagnachmittag nutzt die Gruppe stets für eine ausgedehnte Kaffeefahrt per Bus und Schiff durch das Weserbergland. Allerdings wurde im vergangenen Jahr darauf verzichtet. An den Abenden wird viel erzählt, gesungen, Film oder Video geschaut oder gemeinsame kleine Spielchen gemacht.

LO-ARBEITSHEFTE ONLINE

Die Arbeitsbriefe der Landsmannschaft Ostpreußen sind von nun an online!

„Schicken Sie mir bitte ‚Zeit der Hoffnung – Zeit der Freude‘ zu. – Wie, Sie haben das nicht mehr?“

Solche Fragen hört Ute Vollmer von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) des Öfteren. Sie bearbeitet die Bestellungen der Arbeitsbriefe. Viele dieser gedruckten Briefe sind vergriffen, werden aber immer noch angefordert und das ist auch schön so.

Nun hat die Landsmannschaft Ostpreußen bald alle Arbeitsbriefe, die sie je herausgegeben hat, als Pdf-Datei online gestellt, und zwar auf der Seite der Landsmannschaft www.ostpreussen.de/lo unter dem Punkt Arbeitsbriefe.

Gegliedert ist diese Seite in sechs Kategorien: Landschaft, Persönlichkeiten, Geschichtliches, Kulturelles, Reden und Sonstiges. Wer Städtewappen nachschauen oder wissen möchte, welche Lieder in Ostpreußen gesungen wurden und werden, was das Memelgebiet auszeichnet oder was der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen zu den Deutschlandtreffen gesagt hat, kann sich hier informieren. Zur Volksabstimmung gibt es ebenso Arbeitsbriefe wie zu Immanuel Kant oder zur ostpreußischen Mundart.

Kleiner Tipp: Laden Sie sich die Datei vor dem Öffnen auf den heimischen Rechner herunter, weil die Dateien oft so groß sind, dass es manchmal eine ganze Weile braucht, um sie hochzuladen.

Die Arbeitsbriefe der Landsmannschaft Ostpreußen können nachgelesen und heruntergeladen werden unter www.ostpreussen.de/lo/arbeitsbriefe.html.

LO

Fenster zur Ewigkeit

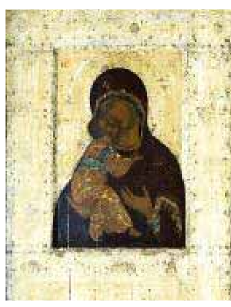
Muttergottes-Ikonen: Inspirationen von Elena Steinke

Ein treffender und doch auch ein leicht in die Irre führender Titel für die kürzlich eröffnete Ausstellung mit Werken der Künstlerin Elena Steinke: „Neues von Madonna“ erfährt, wer bereit ist, sich mit religiöser Kunst auseinanderzusetzen. Wer Neues vom Pop-Star Madonna erwartet, wird enttäuscht.

Der Ort der Ausstellung, die Kirche St. Michael im Dörfchen Welt auf der Halbinsel Eiderstedt, ist für diese Werke der 1964 in Königsberg (Kaliningrad) geborenen Elena Steinke ideal. Die aus dem frühen 13. Jahrhundert stammende Kirche, seit 1966 Programmkirche und seit 1996 als „Sommerkirche Welt“ bekannt, gibt den perfekten Rahmen für 16 zum Teil großformatige, überwiegend in Mischtechnik geschaffene Werke. In Vitrinen sind ergänzend Entwürfe, Skizzenbücher und Bücher zur Geschichte der russischen Ikonenmalerei zu sehen.

Der emeritierte Pastor Dirk Römmer, Tönning, der im dritten Jahr die Intendanz der Programmgestaltung der Sommerkirche ausübt, konnte zur Eröffnung der Ausstellung gut 30 interessierte Besucher begrüßen, darunter Künstlerkollegen aus Dänemark.

Einführende und einfühlsame Worte sprach Altbischof Dr. Hans-Christian Knuth. Ausgehend vom „Bilder bestimmen unser Leben“ (Elias Canetti) machte er deutlich, dass diese Ikonenimpressionen eine andere Welt darstellen als die Bilder, die wir täglich sehen, über uns ergehen lassen müssen. Ikonen definierte er als repräsentativ, übersinnlich, als sakramentales Zeichen und „Fenster zur Ewigkeit“. Maria, die Gottesgebärerin, steht im Zentrum des Geheimnisses. Verneigung, Fußfall und Kuss sind die Formen ihrer Verehrung – und das Gebet vor der Ikone. Allein 300 Typen dieser „Malerei nach Vorbild“ sind in Russland bekannt.



Andrej Rubljow: Die Gottesmutter von Wladimir (um 1405) Bild: Archiv

Elena Steinke, die 1984 im Ural ihre Ausbildung mit dem Diplom für angewandte Kunst abschloss, ursprünglich mit Textilkunst begann, sich aber auch mit Computergrafik und Design beschäftigte, setzt sich intensiv seit Anfang der 90er-Jahre mit religiösen Themen auseinander. Ihre Vorbilder sind beispielsweise Dionisij (geb. um 1450 – gest. um 1520) und Andrej Rubljow. Seit 2001 lebt und arbeitet Elena Steinke in Breklum in Nordfriesland.

Kaum jemand wird sich der Faszination der ausgestellten Werke entziehen können. In den hier gezeigten Madonnenbildern findet sich Traditionelles wie auch Gegenwärtiges – eine moderne Repräsentanz des Heiligen ist entstanden. Elena Steinke kopiert nicht, sondern erfasst den Geist der Ikone.

Wahre „Kunst ist etwas zutiefst Religiöses“ (Hundertwasser) – das macht diese Künstlerin mit ihrem Schaffen eindrucksvoll deutlich. Sie selbst äußert sich bescheiden: „Man sollte sich nicht mit der Überzeugung an die Staffelei stellen, ein gottbegnadetes Genie zu sein – das sind nur wenige –, nein, man ist ein Handwerker, der eine gute ehrliche Arbeit leistet. Man muss die technischen Fertigkeiten erwerben, erst dann ist es möglich, innerhalb eines Handwerks schöpferische Ideen in eigenen Werken zu verwirklichen.“ Diesem Anspruch wird sie stets gerecht.

Elena Steinkes „Ikonen-Inspirationen im Russischen Stil“ sind in der Sommerkirche Welt bis zum 29. August 2011 zu sehen.

Ute Eichler

Traditionell gewandet

Ostpreußische Volkskunst auch online

Wissen Sie, was Doppelstricken ist? Oder welche Varianten des Ostpreußenkleides zulässig sind? Im Internet auf der YouTube-Seite der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) erfahren Sie es.

Eine wichtige Aufgabe der LO ist es, die ostpreußische Volkskultur lebendig zu halten und sie weiterzugeben. So gibt es immer wieder Seminare zu den verschiedensten Themen – eines ist die Handarbeit, das in der Werkwoche gelehrt wird. Diese findet einmal im Jahr im Oktober statt und wird vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg gefördert. Hierzu melden sich Multiplikatoren an, um die alten Handarbeitstechniken zu lernen und anschließend zu lehren. Doppel- und Musterstricken ist dabei, Weiß- und Kreuzsticken, Weben, Doppelweben, Jostenbandweben und Knüpfen werden genauso gelehrt wie das Schneidern des Ostpreußenkleides.

Im Oktober 2010 ist Christiane Rinser nach Bad Pyrmont gereist, um die ostpreußischen Techniken zu filmen und anschließend im Internet zu veröffentlichen. Wer also zur Werkwoche verhindert ist und auch nicht an den zahlreichen bundesweiten Frauengruppen teilnehmen kann, in denen die Techniken weitergegeben werden, lässt sich die ostpreußische Handarbeit einfach per Video zeigen.



Ostpreußenkleider selbst gemacht: Traditionelle Handarbeitstechniken per Videofilm erklärt Bild: LO

In 29 Aufnahmen wird beispielsweise gezeigt, dass das Ergebnis des Doppelstrickens eine Positiv- und eine Negativseite hat, die dadurch entsteht, dass mit zwei farblich unterschiedlichen Fäden gestrickt wird. Dieses Thema ist nach Angabe der Aufrufe besonders beliebt (2500 Aufrufe) und wird gefolgt von Musterstriken (675 Aufrufe) und Doppelweben (fast 600 Aufrufe).

Wer noch mehr erfahren möchte, wird auf unserer Landsmannschaftsseite unter dem Punkt „Arbeitsbriefe“ fündig. Hier sind bald alle Arbeitsbriefe, die die Landsmannschaft herausgegeben hat, als Pdf-Datei zu finden. Kleiner Tipp: Laden Sie sich die Datei vor dem Öffnen erst herunter, sie sind oft so groß, dass es schon einige Augenblicke braucht, um sie hochzuladen.

Gerne nehmen wir Anregungen auf. Wenden Sie sich dazu an E-Mail: rinser@ostpreussen.de oder Telefon: (040) 41400826. Die Videos stehen unter www.youtube.com/user/LMOstpreussen oder www.ostpreussen.de/lo/seminare/videos-zur-werkwoche.html. Die Arbeitsbriefe sind nachzulesen unter www.ostpreussen.de/lo/arbeitsbriefe.html.

LO

PAZ-Gewinner

Die Gewinner des Glücksspiels auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt sind ermittelt! Fortuna schüttet ihr Füllhorn über Frau Brigitte Böttner aus – sie gewinnt den Hauptpreis, eine Reise nach Ostpreußen im Wert von 750 Euro von Greif-reisen. Gute Reise!

Schöne Buchpreise – Romane über Ostpreußen aus dem Husum-Verlag – gehen an die folgenden Glückspilze:

Herr Werner Kahmann
Frau Hildegard Porepp
Herr Edmund Ferner
Herr Erhard Steffen
Herr Tom Löhmer
Herr Ferdinand Schrade
Frau Kerstin Götten
Herr Bernd Pott
Frau Siegrid Michalowski
Frau Giesela Eckel

Allen Gewinnern gratuliert die Redaktion der *PAZ* und sendet frohe Grüße!

Oberschlesisches Landesmuseum

7. August 2011, 15 bis 16 Uhr: **Öffentliche Führung durch die Sonderausstellung „Schlossgeschichten – Adel in Schlesien“**

Wer hat nicht schon einmal davon geträumt, in einem großen Schloss zu wohnen, von feinen Gesellschaften umgeben zu sein und einen Adelstitel zu tragen? Doch wie lebten Adlige eigentlich? Was hatte es mit großen Jagden und Festen auf sich? Antworten auf diese Fragen und spannende Einblicke in die schillernde und faszinierende Adelswelt bietet diese Exklusivführung durch die Ausstellung.

Die Teilnahme an der Führung ist kostenfrei.

Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62 40883 Ratingen
Tel.: 02102 / 96 52 33
Netzseite: www.oslm.de

Für immer auf See

Sportsmann, Minenräumer, Tischlermeister: engagiert auf höchstem Niveau

Am 3. Juli verabschiedeten sich die Familie, Freunde und Berufskollegen im Rahmen einer Seebestattung von Harald Tanck. Der langjährige 1. Vorsitzende der „Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Friedrichsschule und Cecilienschule Gumbinnen e.V.“ war in seiner Wohnung in Flensburg nach einem Schlaganfall ins Koma gefallen und vier Tage später am 28. Mai verstorben.

Harald Tanck wurde am 19. Oktober 1925 in Gumbinnen geboren. Seine Eltern Hans und Eva Tanck betrieben in der Königstraße 4 ein Handelsgeschäft für Haushalts- und Eisenwaren sowie Baumaterialien und führten auch einen Automobilhandel mit angeschlossener Tankstelle. 1932 kam er in die nachmalige Adolf-Hitler-Schule in der Meelbeckstraße, eine der beiden Gumbinner Volksschulen. Sein Klassenlehrer wurde Alfred Dziobaka. Nach vier Jahren wechselte er 1936 in die Staatliche Friedrichsschule, Gymnasium und Oberschule für Jungen, die damals von Oberstudiendirektor Dr. Arthur Czwalina geleitet wurde.

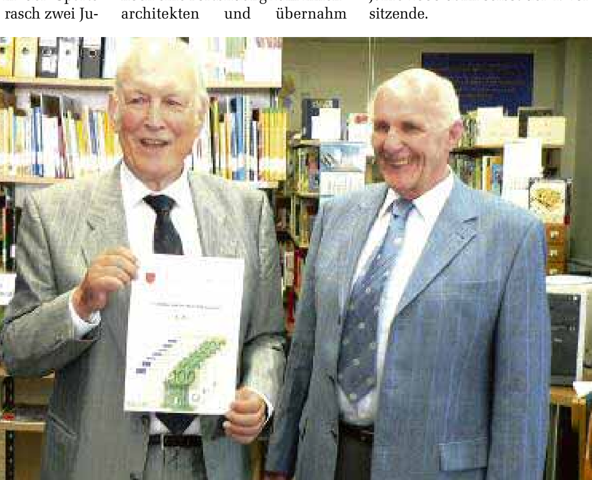
Sehr früh schon wurde sein Interesse am Wassersport und für die Seefahrt geweckt, als er mit zehn Jahren während der Sommerferien von Königsberg aus an einem Segeltörn auf der Ostsee mit teilnehmen konnte. Ab da stand für Harald Tanck fest, dass er später einmal zur Marine gehen würde.

Als während des Krieges alle wehrfähigen Männer eingezogen wurden, rückten, wo es ging, Jugendliche in die unbesetzten Positionen ein. Harald hatte als sportlicher Typ unter anderem auch intensiv den Wassersport betrieben und nahm im Sommer, besonders während der Sommerferien, die Position des Bademeisters im neu gebauten Gumbinner Schwimmbad ein. In der neugegründeten „Eissportgemeinschaft Gumbinnen“, der am 30. Dezember 1941 spontan 72 überwiegend Jugendliche beitraten, wurde der 16-jährige Harald Tanck mit dem Amt des Schriftführers betraut und war obendrein für den Kontakt mit der Presse zuständig.

Alsbald begann eine erfolgreiche Arbeit in dem jungen Sportverein, besonders in der Sparte des Eishockeys, wo rasch zwei Jugendmannschaften gebildet wurden, die sehr bald auf höchstem Niveau in Deutschland mitspielen konnten. Höhepunkt für Harald war seine Berufung in die Jugendnationalmannschaft.

Mit dem „Reifevermerk“ in der Tasche meldete er sich 1943 zur Kriegsmarine und erhielt in der 1907 gegründeten Marineschule Mürwik in Flensburg seine Ausbildung. Bis zum Ende des Krieges fuhr Harald Tanck auf verschiedenen kleineren Einheiten der Kriegsmarine Vorpostenboote und Mienensucher, überwiegend in der Ostsee. Gegen Ende des Krieges war er im Range eines Oberfähnrichs mit seinem Schiff bemüht, möglichst viele Landsleute vor der Roten Armee in den Westen des Reiches in Sicherheit zu bringen. Nach Kriegsende räumte sein Schiff im Auftrag der Engländer mehrere Monate Mienen auf der Ostsee, so dass er in dieser für die meisten Deutschen sehr schwierigen Zeit gut über die Runden kam.

Dann aber stellte sich die Frage: was nun? In Kiel besaß ein Onkel eine Tischlerei, für die er keinen Nachfolger hatte. Also erlernte Harald Tanck das Tischlerhandwerk und ging als Geselle zeitweise zünftig auf Wanderschaft, die ihn bis nach Österreich führte, um sich in seinem Metier weiter fortzubilden. Dann machte er noch eine Fortbildung zum Innenarchitekten und übernahm schließlich den Betrieb seines Onkels. Er erwarb sich im Laufe der Jahre in seinem Beruf ein großes Ansehen, so dass man ihn zum Obermeister der Tischlerinnung wählte.



Harald Tanck und Dieter Dziobaka — Bild: Archiv

Erinnerungsbücher über Mitschüler

Als innerhalb der Kreisgemeinschaft Gumbinnen, insbesondere in der Schülervereinigung der beiden Gumbinner Oberschulen im Jahre 1997 die Frage einer möglichen Restaurierung des berühmten Aulabildes in der Friedrichsschule diskutiert wurde, bat der damalige Vorsitzende der Vereinigung, Martin Boss, Harald Tanck um Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung. Tanck, der 1990 seinen Betrieb verkauft hatte, sagte auch sofort zu. Die Jahresversammlung wählte ihn im darauffolgenden Jahr zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden und nach dem Tode von Martin Boss wurde Tanck im Jahre 2000 dann selbst der 1. Vorsitzende.

Mit großem Einsatz leitete er hinfort die Geschicke der Vereinigung. Gleichzeitig übernahm er die Schriftleitung der „Mitteilungen“ der Vereinigung, die er in-haltlich und formal nahezu im Alleingang über die Jahre hin gestaltete. Darüber hinaus organisierte er regelmäßig Reisen nach Gumbinnen und pflegte Kontakte zu Leitung und Verwaltung der Stadt.

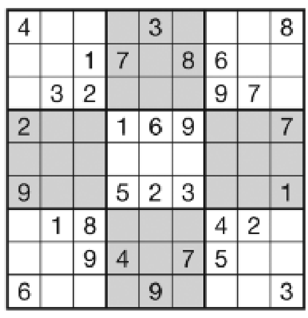
Bei allen Heimattreffen baute er einen umfangreichen Informationsstand auf. An großflächige, selbst gebaute Pinnwände hängte er Fotos, Texte und Erinnerungsstücke aller Art. Auf davor stehenden Tischen lagen Bücher zu Ostpreußen und Gumbinnen aus. Besonders hervorzuheben sind seine Erinnerungsbücher über ehemalige Schüler, die im Kriege gefallen waren. Jedem von ihnen war eine Seite mit einem Bild und einer kurzen Lebensbeschreibung gewidmet.

Da sich die Anzahl der aktiven Mitglieder der Vereinigung in den letzten Jahren immer stärker verringerte, beschloss die Vereinigung mit Ende des Jahres 2010 ihre Auflösung. Die Gumbinner und besonders die ehemaligen Angehörigen der Friedrichsschule und Ceciliensschule sind Harald Tanck zu großem Dank verpflichtet und werden sein Andenken in Ehren halten.

Um 10.30 Uhr legte die „Feodora“ mit der Urne und den Trauergästen im Hafen von Maasholm an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste ab und nahm Kurs auf das weit vor der Küste gelegene und durch eine Boje gekennzeichnete Urnengräberfeld. Etliche der Trauergäste nahmen die Gelegenheit wahr, in bewegenden und würdigenden Worten des Verstorbenen zu gedenken. Nach einer Stunde war das Zielgebiet erreicht. Der Kapitän der „Feodora“ ergriff die blumengeschmückte Urne mit der Asche des Verschiedenen und ging hinaus auf das Achterdeck, wohin ihn die Trauernden begleiteten. Dort hielt der Kapitän eine anrührende Trauerrede und ließ dann die Urne feierlich in das Wasser der See gleiten. Zwei Enkeltöchter des Verstorbenen streuten Blütenblätter auf das Wasser und während die „Feodora“ langsam und mit gedrosseltem Motor den Rückweg einschlug, waren die Blicke der Trauergesellschaft dorthin gerichtet, wo ein von einem breiten Blütenkranz begleiteter Blumenkranz die Stelle anzeigte, an der die Urne im Wasser versank. Harald Tanck hinterlässt seine Frau, drei Töchter und Schwiegersöhne sowie acht Enkelkinder.

Dieter Dziobaka

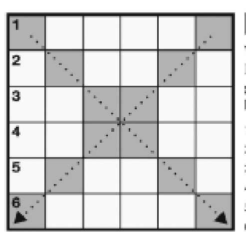
Sudoku



4				3				8
		1	7		8	6		
	3	2				9	7	
2			1	6	9			7
9			5	2	3			1
	1	8				4	2	
		9	4		7	5		
6				9				3

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



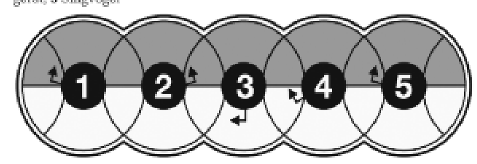
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Früchte.

1 Speisemuschel
2 unendlich
3 Zuckerguss auf Gebäck
4 Blattgemüse
5 Gesuch, schriftliche Bitte
6 Verfügung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen der Schwalbe ähnlichen Vogel.

1 Wechsel des Federkleids, 2 veraltet: Russe, 3 Iraner, 4 Einsteller, Steuergerät, 5 Singvogel



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Auster, 2. endlos, 3. Glasur, 4. Spinat, 5. Antrag, 6. Erlass – Ananas, Rosine

Kreiskette: 1. Mauser, 2. Reusse, 3. Perser, 4. Regler, 5. Lerche – Mauersegler

In die Mitte des Landes zurückgekehrt

Ostpreußisches Sommerfest im Zentrum von Allenstein: Hohe Vertreter aus Politik und Kirche beehrten die Deutsche Volksgruppe

Das Sommerfest des Dachverbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren fand vergangenen Sonnabend erstmals in der Innenstadt von Allenstein statt. Ort des Geschehens war das Amphitheater direkt am Schloss. Durch diese zentrale Lage erhielt die Veranstaltung einen ganz eigenen Charme. Manch einer der rund 1200 Teilnehmer nutzte in den Veranstaltungspausen bei schönem Wetter die Gelegenheit zu einem kurzen Bummel um den nahegelegenen Markt.

Traditionell wurde das Sommerfest mit einem ökumenischen Gottesdienst eröffnet, der gemeinsam vom Domherrn André Schmeier und dem Evangelischen Bischof Bazanow gehalten wurde.

Im Anschluss daran begrüßte der Vorsitzende des Dachverbandes, Heinrich Hoch, die Teilnehmer und insbesondere die anwesenden Ehrengäste. Neben dem Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland, Joachim Bleicker, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, und der Vizemarschallin der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Urszula Pasławska, waren Vertreter des Woiwoden, der Kirchen, der Stadt Allenstein, des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Polen (VdG) und fast aller Deutschen Vereine anwesend.

Gute Zusammenarbeit zwischen der LO und der Woiwodschaft

Die Vizemarschallin Pasławska unterstrich in ihrem Grußwort die gute Zusammenarbeit zwischen der Landsmannschaft und dem Marschallamt der Woiwodschaft. LO-Sprecher Stephan Grigat würdigte den Veranstaltungsort im Herzen von Allenstein und stellte fest, dass die Deutsche Volksgruppe in Ostpreußen in die Mitte des Landes und der Gesellschaft zurückgekehrt sei. Er kündigte ein noch stärkeres Engagement der Landsmannschaft in Ostpreußen an.

In diesem Zusammenhang verwies er auf das gerade eröffnete Verbindungsbüro der Landsmannschaft in unmittelbarer Nachbarschaft des Amphitheaters: im Polnisch-Deutschen Zentrum der Europäischen Jugend in Allenstein in der ul. Okopowa 25.

Das Fest dauerte bei heiterer Stimmung und guten äußeren Bedingungen bis in den Nachmittag an. Dem Publikum wurden die Auftritte zahlreicher Chöre und Tanzgruppen aus ganz Ostpreußen und aus Schlesien dargeboten.

Stephan Grigat, Sprecher der LO



Im Amphitheater am Allensteiner Schloss: Stephan Grigat auf dem Sommerfest Bild: Edyta Gladkowska

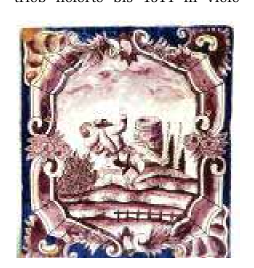
Einzigartige Unikate

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät – Cadiner Baukeramik

Farbige Hausfassaden mit glasierten Ziersteinen schätzten schon die Lüneburger Bauherren vor über 600 Jahren. Der mit bunt glasierten Elementen durch den Künstler Friedensreich Hundertwasser umgestaltete Uelzener Bahnhof ist auch heute noch eine besondere Attraktion in Norddeutschland.

Ende des 19. Jahrhunderts waren bunte, gestaltete Fassaden und Innenräume für Prachtbauten im öffentlichen Bereich oder im Villenbau sehr in Mode. Kein geringerer als Kaiser Wilhelm II. ließ gerade für solche Bauvorhaben in seiner ihm gehörenden Kunstkeramikmanufaktur Teile für solche Architekturen herstellen. Im Jahr 1902 hatte er auf seinem Gut Cadinen bei Elbing in Westpreußen aus einer besonderen Liebhaberei heraus eine Kunstkeramikwerkstatt gründen lassen. Dem Zeitgeschmack für italienische Keramik der Renaissance entsprechend nannte er sie Cadiner Majolikawerkstätten. Entsprechend sind der Ornament- und Figurenschmuck für die Prachtbauten, gemalt oder plastisch gearbeitet, aus Cadinen oft in leuchtenden Farben gehalten.

Der bis 1944 bestehende Betrieb lieferte bis 1914 in viele



deutsche Städte Baukeramiken für große Bauvorhaben. In Berlin zum Beispiel kam Cadiner Keramik bei der Innengestaltung von U-Bahnhöfen, aber auch bei einem Saal in der Weinhandlung Kempinski, im Kaufhaus Wertheim wie auch in der Synagoge in der Fasanenstraße zum Einsatz. Nach 1918 setzte sich dies für die Provinz Ostpreußen fort.

Wenig blieb über den Zweiten Weltkrieg hinaus erhalten. Die Ausstellung zeigt erstmals mit erhaltenen Einzelstücken und rekonstruierten Objekten die Farb- und Formenvielfalt dieser durch den besonderen Fabrikherrn ungewöhnlichen Kunstkeramikwerkstätte. Viele der Bau- und Großkeramikobjekte sind zuvor nur selten oder noch nie gezeigt worden. Fast alle Stücke sind nach vielen Jahrzehnten der Missachtung und Zerstörung von Cadiner Baukeramik heute zu Unikaten geworden, einzigartige Beispiele für die Baugesinnung um 1900 und den persönlichen Kunstgeschmack des letzten deutschen Kaisers. Die bedeutendste deutsche Privatsammlung Cadiner Keramik konnte für diese Ausstellung, die noch bis zum 9. Oktober im Ostpreußischen Landesmuseum gezeigt wird, als Quelle ausgiebig genutzt werden – dank des großen Entgegenkommens ihres Eigentümers. *OL*

Die Fischerkähne

Im Urlaub am Lago Maggiore – schlagartig ist das Trauma wieder da

Ich hatte mir einen lange gehegten Wunsch erfüllt. Ich war an den Lago Maggiore gefahren. Nun saß ich an dessen Ufer auf einer Bank und blickte zufrieden auf das Wasser. Unbekannte Blütendüfte umgaben mich. Ich atmete tief und mein Herz tat sich auf, wie die springenden Knospen rundum, die sich noch nicht voll geöffnet hatten. Es war wie diese bereit, alles Lichte, Helle aufzunehmen, das sich hier bot. Schon das sachte Plätschern der Uferwellen in unmittelbarer Nähe wirkte wie eine besänftigende Melodie auf mein Gemüt.

Ich ließ die Ruhe des Morgens auf mich wirken. Die Stille hier hatte etwas Beruhigendes und zugleich Befreiendes. Sie verdrängte alle Alltagslasten, die mich herbegleitet hatten, in diese von Blumen und Blüten überquellende Frühlingswelt. Die Uferpromenade lockte dann mit prächtigen Anlagen, breit und gepflegt, und mit malerischen Palmen zum Weitergehen.

Mehr und mehr geriet ich in den Bann dessen, was mich umgab. So sehr, dass ich gar nicht bemerkte, wie weit ich schon gegangen war. Erst die Lust auf einen Cappuccino ließ mich von der Uferpromenade abbiegen und ein Café aufsuchen. Anschließend suchte ich ruhige Straßen und Gässchen zum Weiterschlendern auf, wo ich wieder und wieder entzückt stehen blieb. Über Zäune und Mauern wälzte sich hier und da in verschwenderischer Fülle blütenschäumendes Geranke unterschiedlicher Farben.

Die malerisch anmutenden Camelienstraucher neben und hinter den Zäunen machten neugierig auf die Gärten, zu denen sie gehörten. Es waren Gärten so apart in Bewuchs und Art und teilweise voll Geheimnis, jedenfalls für diejenigen, die sie nicht betreten konnten. Voll verwachsener Ecken und Winkel. Als ich mich an all dem sattgesehen hatte, zog es mich wieder an den See. Die Fächerpalmen schienen mir zuzuwinken.

Ich setzte mich auf eine der buntumblühten Bänke der Uferpromenade und schaute wieder auf das Wasser. Dort zogen jetzt einige Fischerkähne ihre Bahn, die durch eine Eigenart auffielen: Sie waren mit mehreren Bügeln überspannt und von Planen überdeckt. Das schien mir seltsam; denn so eine Art Regen- oder Sonnenschutz hatte ich an Booten noch nirgends gesehen. Doch meine Verwunderung hielt nicht lange an. Fast schlagartig bedrängten mich Gedanken, die alte, schmerzliche Erinnerungen wachriefen; denn die Planvorrichtungen auf den Fischerbooten ließen mich an die Fluchtwagen denken, von denen viele ähnlich bügelüberspannt gewesen waren und Planen gehabt hatten. Auch der, auf dem ich gesessen hatte, als wir die Heimat verlassen mussten.

Lange verweilte ich jetzt, wie so oft, und immer wieder in Gedanken auf der Straße, auf der ich damals mit dem Treck entlang gezogen war. Es dauerte längere Zeit, bis ich wieder in diese von Blumen und Blüten und Düften überquellende Welt zurückfand. In den Zauber am Lago Maggiore.

Hannelore Patzelt-Hennig

Suche nach dem Gold der Templer

Handlung der Störtebeker-Festspiele nach Schottland verlegt – Schauspiel vor faszinierender Kulisse

Irgendwo soll er liegen, der legendäre Schatz der Templer. Wo hat man ihn nicht schon vermutet, sogar in Schottland, und dass dies durchaus möglich ist, wollen die diesjährigen Störtebeker-Festspiele auf der Insel Rügen beweisen.

Der berühmt-berüchtigte Freibeuter der nordischen Meere, Klaus Störtebeker, ist ihm auf der Spur, samt seinen Vitalienbrüdern, und dass es dabei zum Hauen und Stechen kommt, gehört nun einmal zu dem rauen Spiel auf der Ralswieker Naturbühne am Großen Jasmunder Bodden. Und wie immer sind Sage und Historie auf solch wirksame Weise verwoben, dass man schon glauben könnte, dass Störtebecker tatsächlich das Gold der Templer gefunden hätte. Na ja, jedenfalls einen Teil davon. Und der genügt den Zuschauern auf den über 8800 blauen Sitzschalen, die allabendlich – außer sonntags – begeistert dem Spektakel folgen, das sich auf der einmalig schönen Freilichtbühne entfaltet, die sich diesmal in eine schottische Felsenküste verwandelt hat.

Spektakel mit Hauen und Stechen

Aber See bleibt See, und darauf kommt es ja an. Und Störtebeker ist eben für alle Meere gut, und es wäre schon vorstellbar, dass er seine Kaperzüge bis nach Schottland ausgedehnt hat. Auf jeden Fall sind er und seine Vitalienbrüder zwischen 1395 und 1397 in der Ostsee nicht nachweisbar. Aufgrund des militärischen Drucks der Hanse spalteten sie sich auf und wichen in verschiedene Regionen aus. Eine Gruppe floh in die Nordsee und von dort weiter in den Ärmelkanal. Ihre Spuren sind in Calais nachgewiesen. Störtebeker könnte durchaus darunter gewesen sein. Diese Vermutung genügte jedenfalls den Ralswiekern, sie mit der Geschichte des schottischen Clans der Sinclairs zu verbinden. Deren Ländereien galten als Hochburg des Templer-Ordens, der nach seiner Zerschlagung in Schottland weiter bestanden haben soll. Greifbare Hinweise finden sich noch heute in der Kirche Rosslyn Chapel, die vom Enkel jenes Henry Sinclair erbaut wurde, der den Templerschatz nach Nordamerika gebracht haben soll. Fast 100 Jahre vor Kolumbus soll er anno 1398 mit zwölf Schiffen über den Nordatlantik gesegelt sein, um auf einer Insel vor der Küste Neuschottlands, Oak Island, den Templerschatz zu bunkern. Und nicht nur ihn: Nach alten Berichten soll das Archiv des Ordens, sollen die Schriften über geheime Rituale und Heiligtümer der Bruderschaft im 14. Jahrhundert nach Schottland gelangt und von den Sinclairs gehütet worden sein. Vielleicht brachte Sinclair auch dieses wertvolle Erbe nach Oak Island. Mehrere auf der Insel entdeckte Steine weisen Gravuren von Symbolen auf, die man auch in der Kirche Rosslyn Chapel findet.

Stoff genug also, um ihn mit der Störtebeker-Saga spektakulär zu verquicken, was den Ralswiekern auch wieder wie bei allen bisherigen Festspielen gelungen ist. In der diesjährigen Inszenierung, dem dritten Teil der Trilogie „Störtebekers Gold“, braucht der Freibeuter nicht nach Kanada zu segeln, sondern er findet das Gold der Templer in Schottland und hofft damit, seinen Traum von einem „Likedeeler“-Reich, in dem alle zu gleichen Teilen partizipieren, verwirklichen zu können. Dadurch gerät er in die Wirren und Intrigen des schottischen Königreiches, die auch Henry Sinclair bedrohen, der Störtebeker töten soll. Der Pirat siegt, lässt Sinclair leben und fordert von ihm die Preisgabe des Templerschatzes. Ob und wie es dazu kommt, ist schon eine spannende Geschichte, die sich als großes Spektakel, an dem 150 Akteure, vier schwimmende Koggen und 30 Pferde mitwirken, auf dieser einzigartigen Naturbühne abspielt. Natürlich spielt auch die Liebe in Gestalt der schönen Maria eine Rolle, die Störtebeker in der vorjährigen Folge der Trilogie in Spanien von einem Fluch befreit hatte und nun in ihre schottische Familie zurückbringt.


Die Liebe ist mit im Spiel: Szene mit Claudia Gaebel und Mike Rader Bild: Stoertebeker Festspiele

Das einzigartige Open-Air-Spektakel fordert von den Akteuren Höchstleistungen, allen voran von Sascha Gluth, der seit nunmehr zehn Jahren den Störtebeker gibt. Mit einer solchen Präsenz, dass sich viele Stammbesucher keinen anderen als ihn in dieser Rolle vorstellen können. Ebenfalls zehn Jahre ist auch Wolfgang Lippert als Balladensänger Abellin dabei, der den Festspielen im wahrsten Sinn des Wortes eine besondere Note gibt. Noch länger, nämlich 18 Jahre, wirkt Dietmar Lahaine als Goedeke Michels, dessen Spuren übrigens heute noch wie die Störtebekers in Hamburg zu finden sind, auch in Verbindung mit dem sagenhaften Piratenschatz. So soll Störtebeker kurz vor seiner Hinrichtung auf dem Grasbrook den Hamburger Ratsherren angeboten haben, eine armdicke, goldene Kette um das Rathaus zu legen, wenn sie seinen mitgefangenen Vitalienbrüdern das Leben schenkte. Die Herren lehnten das hochmütig ab – heute würde sich das der Senat angesichts leerer Kassen wohl überlegen –, jedenfalls wurden sie alle enthauptet. Wie aktuell die Geschichte sein kann, beweist der vermutliche Störtebeker-Schädel, der kürzlich aus dem Museum für Hamburgische Geschichte gestohlen wurde. Er ist inzwischen wieder an seinen musealen Platz zurückgekehrt. Und zu Goedeke Michels: Einer Überlieferung zufolge hat dieser einen Teil des Störtebeker-Schatzes am südlichen Elbufer vergraben. In den Harburger Bergen gibt es eine Stelle, die noch heute „Gödeke sin Kuhl“ heißt. Bisher haben aber heimliche Schatzsucher vergeblich gebuddelt. Das ist eben das Schöne an diesen „historischen“ Festspielen, dass sie der eigenen Fantasie Spielraum erlauben und manchen Besucher zwingen, sich mit der Geschichte zu beschäftigen.

Natürlich überwiegt bei den meisten Zuschauern, vor allem den jüngeren, das spektakuläre Geschehen mit gewagten Stunts und pyrotechnischen Effekten. Man kann erwarten, dass das Publikum in diesem Jahr erheblich jünger ist. Denn in Prora an der Ostküste der Insel wurde zu Saisonbeginn ein Teil der „längsten Jugendherberge der Welt“ eröffnet. Jener unselige Mammutbau aus den 30er Jahren, der sich 4,5 Kilometer lang zwischen Binz und Sassnitz hinzieht, wurde nun auf einem 150 Meter langen Teil so saniert, dass 100 Zimmer für 400 junge Gäste bereitstehen, die hier einen erschwinglichen Urlaub mit Meerblick verbringen können. Da kann dann ein Besuch der Störtebeker-Festspiele einen Höhepunkt bilden.

Junge Zuschauer besonders interessiert

Aber die Ralswieker können vor allem auf ein treues Stammpublikum bauen: Rund 75 Prozent der Besucher kommen wegen der Festspiele auf die Insel. Insgesamt konnten seit der Eröffnung 1993 fast 5,3 Millionen Zuschauer gezählt werden, auch in diesem Jahr rechnet man mit über 300 000 Besuchern. Bleibt zu wünschen, dass der Wettergott als himmlischer Kulissenschieber mitspielt. Doch auf dessen Launen hatte man sich rechtzeitig eingestellt: 30 000 Regenhäute wurden vorsorglich gelagert. Einige dürften inzwischen schon benutzt worden sein. Die Störtebeker Festspiele finden bis zum 8. September montags bis sonnabends um 20 Uhr statt. (Informationen: Telefon (03838) 31100, Fax (03838) 313192, E-Mail: info@stoertebeker.de, Homepage: www.stoertebeker.de)

Günther Falbe

IN KÜRZE

Leckeres aus Mutter Natur

Schmackhafte Speisen lassen sich am besten mit frischen Zutaten herstellen. Wer wirklich frische Gemüse und Kräuter verwenden will, sucht sie am besten in der Natur. Leider ist uns heute, da es fast alles im Supermarkt gibt, die Kenntnis von essbaren Wildkräutern und -früchten abhanden gekommen. Gertrud Scherf hat eine Pflanzenlehre mit genauen Bestimmungsmerkmalen, Erntezeit, interessanten Rezeptvorschlägen zusammengestellt. Das lästige Unkraut Giersch lässt sich zum Beispiel zu einer „Giersch-Eierkuchenrolle“ verarbeiten.



Wer Obst oder Gemüse im eigenen Garten anbaut, weiß, dass zur Erntezeit nicht alles auf einmal verzehrt werden kann. Einmachen oder Einfrieren ist da angesagt, um das ganze Jahr über von der Ernte profitieren zu können. Waltraud Angele hat einfallsreiche Rezepte gesammelt, die sie in ihrem Buch „Süß und pikant“ weitergibt. Neben klassischen Marmeladenrezepten sind außergewöhnliche Kreationen wie Blütengelee oder eine Bohnen-Creme enthalten. *MRK*

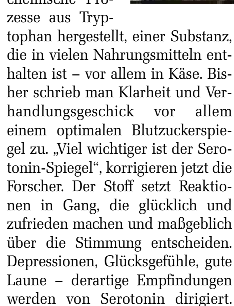


***Gertrud Scherf, „Wildkräuter & Wildfrüchte Sammeln und zubereiten Monat für Monat.** BLV Verlag 2011, broschiert, 127 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen, 14,95 Euro.*
***Waltraud Angele, „Süß und pikant“.** BLV Verlag 2011, gebunden, 127 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen, 14,95 Euro*

Käse macht sicher

Botenstoff Serotonin sorgt für Glücksgefühle

Käse enthält einen Stoff, der im Körper in Serotonin umgewandelt wird und selbstbewusst und sicher macht. Je mehr Serotonin im Blut fließt, desto besser geben wir in Verhandlungen. Forscher der Universität Cambridge fanden heraus, dass Menschen mit einem hohen Level an Serotonin viel forscher ihre Interessen vertreten. Serotonin wird durch biochemische Prozesse aus Tryptophan hergestellt, einer Substanz, die in vielen Nahrungsmitteln enthalten ist – vor allem in Käse. Bisher schrieb man Klarheit und Verhandlungsgeschick vor allem einem optimalen Blutzuckerspiegel zu. „Viel wichtiger ist der Serotonin-Spiegel“, korrigieren jetzt die Forscher. Der Stoff setzt Reaktionen in Gang, die glücklich und zufrieden machen und maßgeblich über die Stimmung entscheiden. Depressionen, Glücksgefühle, gute Laune – derartige Empfindungen werden von Serotonin dirigiert. Nicht jeder Mensch ist gleich empfänglich für Serotonin. Ob ein Hirn sich bereitwillig unterwirft oder eher dickfellig auf die Hormonsignale reagiert, ist zum Teil in den Erbanlagen festgeschrieben.



Glücksgefühle und Traurigkeit resultieren aus einer Kombination von Erbanlagen und Umweltfaktoren. Der eine ist prinzipiell eher Frohnatur, verkraftet Schicksalsschläge leichter, der andere nicht. Eine internationale Forschergruppe führte hierzu eine Studie mit 850 Australiern durch und fand heraus, dass emotionale Reaktionen offenbar mit einem Gen zusammen hängen, das im Gehirn den Transporter für den Botenstoff Serotonin herstellt. Das Gen existiert in einer langen effizienten und in einer kurzen nicht effizienten Version. Wer das kurze Gen zweimal in sich trägt, neigt eher zu Frust. Wer zweimal die lange Variante besitzt, bleibt in ernsten Lebenslagen gefasst. *C.W.*

Kein Gespür für Kundenwünsche

Sender produzieren einen TV-Flop nach dem anderen – Furchtbarkeiten häufen sich

Da kann einem die Lust auf einen gemütlichen Fernsehabend schnell vergehen: Man zappt durch die unglaublich vielen Programme – und findet keine einzige sehenswerte Sendung! Und scheinbar begreifen die Fernsehmacher immer weniger, was die Deutschen gerne anschauen würden. Denn sie produzieren ständig neue Flops, bei denen viele Zuschauer glücklicherweise abschalten, wie eine gerade veröffentlichte Analyse zeigt.

Das Nachrichtenportal MEEDIA hat in einem aufwändigen Verfahren die Einschaltquoten aller vom 1. August 2010 bis 1. Mai 2011 neu gestarteten Fernsehsendungen zwischen 18 Uhr und Mitternacht ins Verhältnis zu ihrem Marktanteil gesetzt. Neben dem gesamten Publikum wurde dieser Wert für die im Fernsehen besonders wichtige Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen errechnet und aus dem Durchschnitt der beiden ein Index ermittelt. Dieser zeigt an, ob die Sendung unter dem Normalwert liegt und somit ein Flop ist.

Damit ist es jetzt erwiesen: „Die Show für Deutschland“ war der größte Neustart-Flop im vergangenen Jahr! Die fünf ARD-Folgen der Vorschau auf den Eurovision Song Contest wollte absolut niemand sehen – da kann man dankbar sein, dass der Lena-Spuk jetzt vorbei ist. Sehr viel besser kam auch die Talkshow „Eins gegen Eins“ in Sat.1 nicht an, aber obwohl sie niemand will, hält der Sender an Moderator Claus Strunz fest. Abgesetzt wurde hingegen „Bingo! Bingo! Die größte Gewinnshow“ bei RTL II, die auf Rang drei der TV-Flops landete. Eigentlich eine richtig gute Idee war die Improvisations-Comedy „Wir müssen reden!“ mit Cordula Stratmann und Annette Frier, bei der ein typischer Mädelsabend simuliert wurde. Allerdings hatten sich die beiden Frauen überwiegend Langweiliges zu erzählen, bei dem absolut niemand zuhören wollte. In den Top-Ten der Flops sind außerdem „Fashion & Fame – Design Your Dream!“ (ProSieben), „Undercover – Spezialeinheiten im Einsatz“ (kabel eins), „Worst Week“ (Sat.1), „Entweder Broder“ (Das Erste), „Fernsehlieblinge“ (Das Erste) und „Warriors – Die größten Krieger der Geschichte“ (kabel eins). Die ARD, Sat.1 und kabel eins sind somit verantwortlich für die meisten Neustart-Flops. Wie viel Unsinniges am Zuschauerwunsch vorbei produziert wird, zeigen knallharte Fakten: Von 97 bewerteten Programmen schafften es lediglich 33 über den normalen Einschaltquotenwert des Senders zu kommen, 64 nicht. Absolut gar kein Gespür für seine Kundschaft hatte kabel eins, wo sämtliche Neustarts floppten. Und das ging nach der Erhebungszeit genauso weiter: Niemand wollte Ende Mai Tennisstar Boris Becker in „Boris Macht Schule“ sehen, wie er Schülern seine Lebensweisheiten überstülpt. Wesentlich mehr Feingefühl haben hingegen ProSieben („Fashion & Fame“), Vox (Mein Promi Wohnlokal“) und das ZDF („Macht der Wunder“), die jeweils nur ein Mal in den Flop-Top30 landeten.

Niemand wollte sehen, wie Boris Becker Schülern seine Lebensweisheiten überstülpt

Es ist sicher nicht leicht zu verstehen, was der Fernsehzuschauer will und warum er was einschaltet. Schließlich belegen erschreckenderweise zum Beispiel „Teenie-Mütter – Wenn Kinder Kinder kriegen“ (RTL II) und „Die Geissens – Eine schrecklich glamouröse Familie“ (RTL II) bei den am erfolgreichsten gestarteten neuen Sendungen 2010/2011 Rang zwei und drei hinter der Sat.1-Miniserie „Die Säulen der Erde“. Zum Glück finden sich bei den Tops auch wirklich schöne Formate, wie die Quizshows „Das fantastische Quiz des Menschen“ (Das Erste) und „Rette die Millionen“ (ZDF) sowie „Alt gegen Jung – Das Duell der Generationen“ (RTL) und „Galileo X.perience (ProSieben).

Sich über das schlechte Fernsehprogramm aufzuregen, bringt übrigens rein gar nichts. Da ist es wesentlich sinnvoller, bei Nicht-Gefallen einfach abzuschalten. Denn eigentlich hat ja nur einer die Macht, das schlechte Fernsehprogramm zu verändern: der Zuschauer! *Anne Kirchberg*

Kauzige Krimitypen

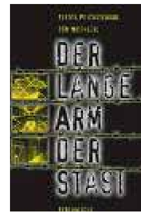
Wie ein Mercedes ohne Elektronikprobleme

Dieser Thriller hat all die guten Zutaten, die ein fesselnder Krimi braucht. Es gibt einen sympathischen und coolen Protagonisten. Der Gentleman-Bankräuber Jack Foley übernimmt diesen Part. Eigentlich müsste er 30 Jahre im Knast absitzen, doch mithilfe des schwerreichen kubanischen Gangsters Cundo Rey und einer smarten Anwältin gelingt das Kunststück, die Dauer der Haft auf 30 Monate zu verkürzen. Und es gibt natürlich eine schöne Frau, Dawn Navarro. Sie ist zwar offiziell Cundos Gattin, doch im Laufe der im positiven Sinne sehr dialoglastigen und wie für eine Verfilmung geschaffenen Handlung treibt diese heißblütig-hinterhältige Schöne nicht nur ein perfides Spiel, sondern sie benötigt auch nicht allzu viel Überzeugungsarbeit, um mit fast jedem der handelnden Akteure die Laken zu teilen. Foley wurde in „Out of Sight“ von George Clooney gespielt. Dass der 1925 geborene Autor Elmore Leonard schreiben kann, verwundert nicht. Schließlich hat er schon mit zehn Jahren damit begonnen. Die Erfahrungen, die er beruflich in der Werbebranche gesammelt hat, dürften sich ebenfalls positiv auf sein Schaffen ausgewirkt haben. Leonard hat bisher 46 Bücher verfasst. 21 davon wurden verfilmt. Karsten Kredel, Programmleiter Literatur beim in Turbulenzen geratenen Eichborn-Verlag, bringt es auf den Punkt: „Ein neues Buch von Elmore Leonard ist für seine Fans wie ein Brot beim Lieblingsbäcker oder ein maßgeschneiderter Anzug von der Savile Row oder eine Platte, die Rick Rubin produziert hat – perfektes Handwerk mit der genau richtigen Dosis Genie. Ein klassischer Leonard ist ein Markenprodukt“. Ein echter Leonard ist also wie ein Mercedes – nur ohne die lästigen Probleme mit der Elektronik. In „Road Dogs“ spielen die klassischen Figuren des Kriminalromans keine tragende Rolle. Privatdetektive oder Polizisten kommen in der literarischen Welt des in der Nähe von Detroit lebenden Vaters von fünf Kindern so gut wie gar nicht vor. Auch Gewaltexzesse – wie sie zum Beispiel in Don Winslows aktuellem Meisterwerk „Tage der Toten“ auf fast jeder Seite zu finden sind – vermisst man bei Leonard ebenfalls nicht. Dafür hat er eine Menge Humor, ein feines Gespür für die Multi-Kulti-Welt Amerikas und vor allem für Sprache. Leser, die ein kniffliges Krimirätsel lösen wollen, depressive, geschiedene nordische Kommissare mit dem Hang zum Alkohol lieben oder schrullige alte Tanten als Privatermittlerinnen schätzen, werden bei diesem Buch vielleicht nicht auf ihre Kosten kommen. Aber sie nutzen eventuell die Chance, mit „Road Dogs“ den Einstieg zu schaffen in Leonards bunten und unterhaltsamen Krimikosmos. Die Fans seiner verfilmten Bücher „Schnappt Shorty“ oder „Jackie Brown“ müssen eh nicht mehr überzeugt werden, auch das aktuelle Spitzenprodukt des am 11. Oktober 86 Jahre alt werdenden Handwerkers zu kaufen und zu lesen. *Ansgar Lange*

Elmore Leonard: „Road Dogs“. Eichborn Verlag: Frankfurt am Main 2011. 304 Seiten, 19,95 Euro.

Stasi bedrängte Opfer

Ehemalige Peiniger kamen ungeschoren davon



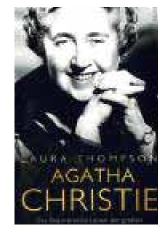
(N)ostalgie-Shows mit Erinnerungen an die vermeintlich guten Seiten der DDR waren eine Zeitlang so populär, dass sie im abendlichen Unterhaltungsprogramm der Fernsehanstalten ausgestrahlt wurden. Einspruch gegen den verklärenden oder auch humoristisch gefärbten Rückblick ist dennoch vonnöten, vor allem erhoben ihn die Opfer der SED-Diktatur. Sie fühlen sich dadurch verhöhnt, was wohl nicht der Fall wäre, wenn ihre ehemaligen Peiniger nicht großenteils ungeschoren davon gekommen wären. Zwar erlebten die enttarnten Genossen von Erich Mielkes Ministerium für Staatssicherheit einen Status-Verlust, doch viele unter Verdacht Stehende bekleiden hohe Ämter. Etliche sitzen für die Partei „Die Linke“ in den Länderparlamenten und im Bundestag. Immerhin, die Aufklärung über dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte wird weiter vorangetrieben. Diesem Zweck dient auch ein Sammelband mit dem Titel „Der lange Arm der Stasi – Folter, Psychoterror, DDR-Nostalgie, Persönliche Zeugnisse.“. Die sechs Selbstzeugnisse ehemaliger Stasi-Verfolgter stammen aus der Zeit von 1955 bis 1979 und sind dazu geeignet, auch alle diejenigen, die die DDR nicht mehr aus eigener Anschauung kennen, zu erschüttern. Ein Herausgeber wird nicht genannt. Die Autoren und Autorinnen sind sämtlich publizistisch tätig, die meisten haben über ihr Schicksal bereits veröffentlicht.

Weiterhin müssen einige mit anwaltlichen Verfügungen und Drohungen der von ihnen bezichtigten Täter, Apparatschiks und IM-Spitzel rechnen. Dies begann bereits 1990. Damals kehrte sich der Spieß prompt wieder um, als die Machenschaften der Stasi von ihren ehemaligen Opfern publik gemacht wurden: Diese wurden von ihren früheren Peinigern aufs Neue bedrängt und eingeschüchtert. Bis heute leiden sie an psychosomatischen Störungen wie Depressionen und Albträumen. Empörung überlagert den Bericht von Ellen Thiemann, betitelt „Psychoterror, Folter, Wanzen“. 1972 hatte sie gemeinsam mit ihrem Mann Klaus die Flucht geplant, wurde ausspioniert und kam dreieinhalb Jahre ins berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck. Chaim Noll, geboren 1954 in Berlin, betitelte seinen Beitrag „die ‚Neue Klasse‘“, womit die herrschende Schicht in den Ländern des Sozialismus gemeint ist, und er zitiert eingangs Milova Djilas: „Ihre Macht war größer als die irgendeiner früheren Klasse in der Geschichte, und entsprechend größer waren ihr Klassendünkel und ihre Klassenvorurteile.“ Noll verweigerte 1980 den Militärdienst in der DDR-Armee und wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. 1983 reiste er mit seiner Familie nach West-Berlin aus. Der jüdische Schriftsteller lebt seit 1995 in Israel in der Wüste Negev. Wie alle Autoren warnt auch er vor einer zunehmend verharmlosenden Wahrnehmung der DDR. *Dagmar Jestrzemski*

***Chaim Noll und andere: „Der lange Arm der Stasi – Folter, Psychoterror, DDR-Nostalgie, Persönliche Zeugnisse“**, MM-Verlag, geb., 224 Seiten, 18 Euro*

Erfolg mit Morden

Statt Karriere als Sängerin gelang Agatha Christie der Durchbruch als Krimiautorin



Mit der musikalischen Karriere hat es nicht geklappt. Zum Glück! Von einer wenig begabten Sängerin Agatha Christie wüsste heute niemand. Sie begann zu schreiben, hier lag ihr wahres Talent. Und als Schriftstellerin ist sie auch 35 Jahre nach ihrem Tod noch weltbekannt. Der Erfolg ihrer Bücher hält an, die Gesamtauflage soll bei über 400 Millionen liegen. Krimi-Freunden gilt Agatha Christie als unsterblich – vor allem durch ihre beiden populärsten Detektive: Den exzentrischen Hercule Poirot, der immer so viel Wert darauf legt, ein Belgier zu sein und kein Franzose, und die schrullige, liebenswerte und blitzgescheite Miss Marple.

Die in Südengland lebende Publizistin Laura Thompson hat eine Biographie über Agatha Christie verfasst, deren deutsche Ausgabe den Untertitel „Das faszinierende Leben der großen Kriminalschriftstellerin“ trägt. 1890 wurde die Schiftstellerin als Agatha Miller geboren. Sie wuchs in wohlhabenden Verhältnissen auf, erhielt allerdings nie eine reguläre Schulbildung. Ihr erster Mann, Archie Christie, verließ sie wegen einer anderen Frau. Dies stürzte sie in eine tiefe Krise und war Auslöser ihres mehrtägigen Verschwindens. Ob sie sich wirklich das Leben nehmen wollte, ob sie damit die Absicht verband, Archie herauszufordern, sie zu suchen, oder ob sie einer kurzzeitigen Amnesie unterlag, ist bis heute umstritten. Ihr zweiter Mann wurde der wesentlich jüngere Archäologe Max Mallowan. Oft begleitete sie ihn auf Forschungsreisen in den Nahen Osten. Gleich in ihrem ersten Krimi „Das fehlende Glied in der Kette“, den sie in der Zeit des Ersten Weltkrieges verfasste, führt Poirot die Ermittlungen. Als ein Höhepunkt und „ultimativer Detektivroman“ gilt „Alibi“. Bis ins hohe Alter blieb die Autorin produktiv. Als „Das Schicksal in Person“ veröffentlicht wurde, war sie bereits über 80 Jahre alt.

Vorgeworfen wurde ihr, die Auswirkungen von Morden spielten bei ihr keine Rolle. Eine solche Kritik verkennt das Anliegen der Christie: Sie interessierte sich für den „englischen Mord“. Und hier steht nicht der Mord an sich im Vordergrund, sondern das Motiv, die „menschliche Dynamik“. Viele autobiographische Anklänge finden sich auch in den sechs Romanen, die Agatha Christie unter dem Pseudonym Mary Westmacott verfasste. Ihre Memoiren überschrieb sie mit „Meine gute alte Zeit“. Der Titel ist vielsagend. So sehr sich Agatha Christie in ihren Werken in die Moderne einfühlen konnte, so wenig war sie Bestandteil dieser modernen Welt.

Informativ und gut lesbar ist die Biographie Thompsons. Vielfach schildert sie das Denken und die Vorstellungswelt der „Queen of Crime“ durch den Blick auf deren Bücher. Dies bringt jedoch einen immensen Nachteil mit sich: Leider werden (zu) viele Krimi-Lösungen verraten. Sofern man kein fortgeschrittener Christie-Leser ist, greife man daher zunächst zu den Romanen – es wäre sonst schade um die spannenden Geschichten mit den verblüffenden Wendungen. *Erik Lommatzsch*

***Laura Thompson: „Agatha Christie. Das faszinierende Leben der großen Kriminalschriftstellerin“**, aus dem Englischen von Tatjana Kruse, Scherz-Verlag, Frankfurt/M. 2010, 527 Seiten, 24,95 Euro*

Respekt für tapfere Frau

Eine masurische Bäuerin



„Katarina. Eine polnische Mutter im Krieg“ ist das zweite Werk von Artur Kalkenings. Der Autor erzählt aus dem Leben der in Zimna, dem kleinen polnischen idyllischen Örtchen am Rande Masurens lebenden Bäuerin Katarina. Er erzählt, wie die junge Katarina mit ihrem Ehemann Stanislaw die schwere Zeit während des Zweiten Weltkriegs erlebte. Stanislaw musste Dienst an der Waffe leisten. Zum Glück kehrte er unbeschadet heim. Artur Kalkenings stellt die prekäre Situation, in der die Polen sich damals befanden, in einer Unterhaltung zwischen den Eheleuten dar: „Wer ist jetzt unser Freund Katarina, die Deutschen oder die Russen?“ „Die Deutschen haben unser Land überfallen, ausgeraubt und zerstört. Die Russen nahmen uns ganz Ostpolen, unsere fruchtbarste Erde, unsere Kornkammer des Landes. Auch sie haben schreckliche Morde an unserem Volk verübt.“ „Was ist das für eine Zeit, wo man die Toten um ihre Ruhe beneiden muss?“

Sehr anschaulich gibt der Autor die Erinnerungen seiner Schwiegermutter an den Leser weiter. Eine Geste voller Respekt vor einer Person, die von jeher ein hartes Leben hatte und dennoch stets von Liebe, Zufriedenheit und Dankbarkeit erfüllt war. *V. Ney*

***Artur Kalkenings: „Katarina. Eine polnische Mutter im Krieg“**, Verlag Literaturdepot, broschiert, 156 Seiten, 14,90 Euro*

Gegen alle Widerstände: Leben für die Demokratie

Hildegard Hamm-Brücher: Memoiren einer Ausnahmepolitikerin

Richard von Weizsäcker sagte einst über die große Dame des deutschen Liberalismus: „Sie hat uns vorgelebt, dass Demokratie und Freiheit lebensgestaltende Werte sind.“ Dieses Jahr feierte Hildegard Hamm-Brücher ihren 90. Geburtstag. In ihrem Buch „Und dennoch ... Nachdenken über Zeitgeschichte – Erinnern für die Zukunft“ erinnert sich die ehemalige FDP-Spitzenpolitikerin an ihren persönlichen und politischen Werdegang, den sie in mehr als ein halbes Jahrhundert deutsche Nachkriegsgeschichte einordnet.

Die gebürtige Essenerin wuchs nach dem frühen Verlust der Eltern mit ihren vier Geschwistern bei der jüdischen Großmutter auf. Diese nahm sich vor ihrer Deportation das Leben. Hamm-Brücher studierte Chemie in München, wo sie mit den Geschwistern Scholl und weiteren Widerstandsmitgliedern der „Weißen Rose“ Bekanntschaft schloss. Ihr Doktorvater, der Nobelpreisträger Heinrich Wieland, schützte sie vor der Gestapo.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann sie als Wissenschaftsjournalistin bei der „Neuen Zeitung“ unter Erich Kästner – „mein Kinderschwarm“ –, da die Alliierten chemische Grundlagenforschung verboten hatten. Hamm-Brücher war entsetzt über die Demokratielethargie und die schleppende Vergangenheitsbewältigung vieler Bürger: „Selten erlebte ich, nun, da wir von der Diktatur und dem Unrechtsstaat befreit waren, eine Bereitschaft, das Geschehen aufzuarbeiten, seine Ursachen zu ergründen und zu bereuen. Stattdessen hörte ich häufiges Zetern und Jammern. Und das soll Demokratie sein?“

Kein geringerer als der spätere Bundespräsident Theodor Heuss ermutigte die junge Redakteurin zum Schritt in die Politik und wurde ihr politischer Ziehvater. Die Weichen waren gestellt: „Ich war entschlossen, dafür einzustehen, wovon ich überzeugt war.“ Nach einem Studienaufenthalt in den USA trat Hamm-Brücher 1948 in die FDP ein. Sie saß im Münchner Stadtrat und im Bayerischen Landtag und war Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium, im Bundesbildungsministerium sowie im Auswärtigen Amt.

Konsequent, aber charmant verteidigte sie ihre Positionen innerhalb der Partei. Sie kämpfte für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für gerechte Bildungschancen und für demokratische Prinzipien. Ihre Art stieß nicht überall auf Gegenliebe: In der CSU war sie als „Krampfhenne“ (Franz Josef Strauß) und „Bissgurke“ (Alfons Goppel) verschrien.

Für Furore sorgte ihre vielbeachtete Rede im Herbst 1982, in der Hamm-Brücher den Koalitionswechsel ihrer Partei von der SPD zur CDU als „einen Machtwechsel ohne Wählervotum“ kritisierte und das Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt anprangerte. Ihr öffentliches Aufbegehren kostete die Politikerin innerhalb der FDP Ansehen und Ämter und führte mit Genscher „auf lange Zeit zum Bruch“. Neukanzler Helmut Kohl übersah sie fortan prinzipiell. Dennoch blieb Hamm-Brücher politisch aktiv. Sie beteiligte sich an Stiftungen, engagierte sich für mehr Bürgerbeteiligung, kritisierte Fraktionszwang, Parteienbürokratie und mangelndes Gesetzesbewusstsein der Abgeordneten und setzte sich vergeblich für eine Verschärfung des Parteienfinanzierungsgesetzes sowie für eine Parlamentsreform ein.

1994 kandidierte sie als erste Frau für das Bundespräsidentenamt, trat aber nach dem zweiten Wahlgang zugunsten von CDU-Kandidat Roman Herzog zurück. „Ein Wahlkampf sollte es nicht sein, wohl aber der Versuch, für neue Impulse der unter Kanzler Kohl behäbig dahin dümpelnden Demokratie zu werben“, kommentiert sie rückblickend.

Aus Protest gegen Israel-kritische Äußerungen des damaligen Partei-Vizes Jürgen Möllemann trat sie 2002 aus der FDP aus. „Ich konnte nicht in einer Partei bleiben, die antisemitisch ist“, begründet sie ihren Schritt und bezeichnet sich seither als „freischaffende Liberale“. Ihr politisches Comeback hatte Hamm-Brücher bei der Bundespräsidentenwahl 2010. Die hessischen Grünen nominierten die Befürworterin von Joachim Gauck als Wahlfrau. Sie erlebt den großen Druck, der auf die Wahlfrauen und -männer ausgeübt wird, und fordert „die direkte Volkswahl“, wie sie auch in den Nachbarstaaten üblich sei. Aus ihrer Sympathie für die Öko-Partei macht Hamm-Brücher keinen Hehl: „Die Grünen haben mir schon bei ihrem ersten Einzug in den Bundestag mit Blumen und in Turnlatschen gefallen. Endlich kam mal ein bisschen frischer Wind in den verknöcherten Verein.“ Für die Liberalen hat sie nur kritische Worte übrig: „In der heutigen FDP sind die jungen Leute lammfromm, sie drängen nicht auf inhaltliche Veränderung.“

Hamm-Brüchers Lebenserinnerungen sind ein leidenschaftliches, lesenswertes Plädoyer für bürgernahe Demokratie und gegen opportunistische Machtpolitik. Die in Deutschland längst zur Instanz gewordene Ausnahmepolitikerin legt zugleich ein interessantes Geschichtsbuch wie persönliches Zeugnis vor. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich auch nach ihrem 90. Geburtstag öffentliches Gehör verschafft. Im Anhang finden sich die Reden und Texte der Autorin aus sechs Jahrzehnten. *Sophia E. Gerber*

***Hildegard Hamm-Brücher: „Und dennoch ... Nachdenken über Zeitgeschichte – Erinnern für die Zukunft“**, Siedler-Verlag, München 2011, 18,99 Euro.*

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.



Laufzeit: ca. 90 Min.
Best-Nr.: 5325

statt € 14,95 nur noch € 9,95*

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.

Ostpreußen-Accessoires



Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95

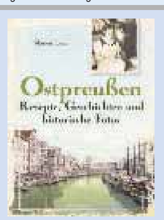
Sonderangebot*



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

nur € 27,00

*Angebot gültig bis Ende August



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.



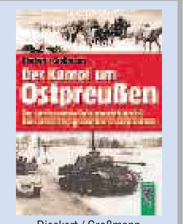
E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.



Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur noch € 9,95

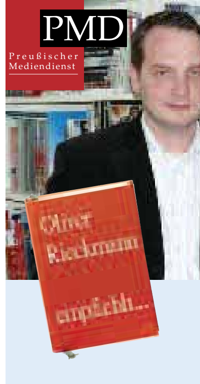


Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924, statt € 24,90 nur noch € 14,95

General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Frank Ochmann
Verführt - Verwirrt - Für dumm verkauft
Wie wir Tag für Tag manipuliert werden und was wir dagegen tun können
Raus aus der Manipulationsfalle – unsere Freiheit steht auf dem Spiel! Wir leben in einer Welt der Verführungen. Wir werden komplett vereinnahmt – als Kunden, Wähler, Fans und Jünger. Vertrauen wird erschlichen, Gedanken werden ersetzt, Weltbilder retuschiert. Psychologen und Neurowissenschaftler entwickeln Methoden, die uns einzeln und als Masse auf Kurs bringen sollen. Doch eben diese Wissenschaft der gezielten Manipulation, Science of Change, kann uns auch helfen, den Versuchungen zu widerstehen, unsere innere Abwehr zu stärken – damit wir unser Leben möglichst (wieder) selbst bestimmen können. Packend und anschaulich zeigt Frank Ochmann in seinem Buch die Gefahren auf, die uns tagtäglich drohen, und ermutigt nachdrücklich zu Skepsis und Widerstand. Denn: Unsere Freiheit steht auf dem Spiel! Und so macht die Lektüre dieses Buches das Leben nicht bequemer, aber freier.

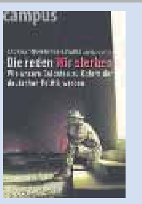
Geb., 240 Seiten
Best.-Nr.: 7120

€ 19,99



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Andreas Timmermann-Levanas, Andrea Richter
Die reden – Wir sterben
Kart., 268 Seiten, 4-farbiger-Bildteil, 32 Seiten
Best.-Nr.: 7119, € 18,90

David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
Drei Millionen Sudetendeutsche werden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben. Hass und Rachegefühle der Tschechen gegenüber den Deutschen entladen sich – egal, ob sie mit den Nazis kooperiert hatten oder nicht. 20.000 bis 30.000 Menschen werden bestialisch ermordet. Manche Historiker sprechen sogar von über 200.000. Diese DVD mit Filmmaterial von damals zeigt die Massaker im Nachkriegs-Tschechien. Die Aufnahmen belegen erstmals, was Augenzeugen und Historiker seit Jahrzehnten behaupten und nie mit Bewegtbildern beweisen konnten: Tschechen erschossen damals, in den Tagen nach der Kapitulation, gezielt deutsche Zivilisten auf offener Straße, nachdem sie sie wie Vieh zusammengetrieben hatten. Jiri Chmelicek hat die Gräueltaten im Mai 1945 vor seiner Prager Haustür mit der Filmkamera festgehalten. Als die deutschen Zivilisten von tschechischen Revolutionsgardisten und Soldaten der Roten Armee mit Peitschen und Gewehrkolben durch den sechsten Prager Gemeindebezirk getrieben wurden, herrschte dort eine Stimmung wie auf einem Volksfest. Frauen und Kinder sahen zu, es wurde getrunken und gelacht. Unter der kommunistischen Herrschaft versteckte Chmelièek die Aufnahmen. Helena Dvoakova, die Tochter des Hobbyfilmers, hatte das Zeitdokument schon vor zehn Jahren, lange nach dem Tod ihres Vaters, dem bekannten tschechischen Fernsehhistoriker Cáslavsky gegeben.



DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best.-Nr.: 7118, € 19,95





Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 5,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube.
Leder mit Metallbeschlägen.
Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfgang Woiki, Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



statt € 12,90 nur € 9,95

Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057



€ 9,95

Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709

Juli-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Heimatflaggen



Ostpreußen-Flagge – Provinz –
Best.-Nr.: 3990





Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093

Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm

statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.



Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789





statt € 19,95 nur noch € 17,00

Herman Glaser
Die 60er Jahre
Deutschland zwischen 1960 und 1970
Geb., 192 Seiten mit 193 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 7115
statt € 19,95 nur noch € 9,95



Ostpreußische Erinnerungen
Lieder, Gedichte, Episoden aus Ostpreußen. Inge Mommert vermittelt in ihren Erinnerungen liebenswerte, zum Schmunzeln anregende Bilder des Lebens in den Orten ihrer Kindheit und Jugend.
CD
Laufzeit: 59 min 08 sec
Best.-Nr.: 1181, € 14,95

Vom ostpreußischen Gemüt
Lieder und Gedichte in ostpreußischer Mundart. Inge Mommert liest eine Auswahl aus „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus“ sowie aus „Das Hausbuch des ostpreußischen Humors“.
CD
Laufzeit: 59 min 36 sec
Best.-Nr.: 3675, € 14,95

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a

2 CDs

36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074



statt € 12,95 nur noch € 10,00

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



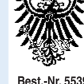
Best.-Nr. 6472



statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539



*nur gültig im Monat Juli 2011 und solange Vorrat reicht

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 29/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Entschuldigung bei Sarrazin

Berlin – Hochrangige Vertreter der Alevitischen Gemeinde in Deutschland haben sich bei Thilo Sarrazin entschuldigt. Der bekannte Buchautor und Ex-Senator war von Berliner Aleviten bei Dreharbeiten für eine TV-Reportage wüst beschimpft worden („Hau ab!“). Autorin der Reportage war die deutsch-türkische Journalistin Güner Balci („Kampf im Klassenzimmer“). Die Aleviten-Sprecher distanzierten sich ausdrücklich von den Ausfällen. *H.H.*

Euro: »Karlsruhe verschleppt«

Karlsruhe – Der Berliner Wirtschaftsjurist Markus Kerber wirft den Richtern des Bundesverfassungsgerichts vor, dass sie ihre Entscheidung über seine Klage gegen Griechenhilfe und Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM) absichtlich solange hinausschöben, bis die wichtigen politischen Entscheidungen gefallen seien. Kerber ist Sprecher einer 55 Mitglieder starken Klägergruppe. Das Gericht hat auf die Vorwürfe noch nicht reagiert. *H.H.*

ZUR PERSON

Alles geführt, nichts gewusst?

Von all den widerwärtigen Praktiken in seinem Medienimperium habe er nichts gewusst, beteuerte **Rupert Murdoch** vergangenen Dienstag vor dem Medienauschuss des britischen Unterhauses. Mitarbeiter seines mittlerweile eingestellten Revolverblattes „News of the World“ hatten die Telefone von 4000 Personen, darunter viel Prominente, angezapft.

Besonders abstoßend: Die Murdoch-Angestellten knackten auch den Handy-Anrufbeantworter einer entführten 13-Jährigen, hörten eingehende Anrufe ab und löschten sie. Ihre Eltern und die Polizei bekamen so den Eindruck, dass das Mädchen noch lebte und von ihrem Verschleppungsort aus weiter ihre Anrufe entgegennehme. In Wahrheit war das Mädchen zum Schluss schon sechs Monate tot. „News of the World“ hatte die Eltern ein halbes Jahr lang umsonst hoffen lassen, um an die zu Herzen gehenden Anrufe verzweifelter Freunde der Entführten zu gelangen.



Für den 81-jährigen Murdoch gilt die Unschuldsvermutung. Unbestritten ist aber, dass der Australier mit US-Pass sein weltumspannendes Mediennetz mit Schwerpunkten in den USA, Australien und Großbritannien mit strenger Hand führt.

Er bestimmt auch dessen politische Ausrichtung sehr direkt. In den USA unterstützt er die Republikaner, in Großbritannien hielt er bislang peinlich engen Kontakt zu allen großen Parteien. Sein Massenblatt „The Sun“ ist in der Vergangenheit vor allem mit grobschlächtigen Attacken gegen Deutschland aufgefallen. Insbesondere nutzt die Zeitung Fußballmeisterschaften, um gegen die Deutschen zu hetzen. In schlimmer Erinnerung ist der „War of Words“ (Krieg der Worte), welchen die „Sun“ Deutschland zur EM 1996 erklärte. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

In Raum und Zeit

Wie der ESM durchs Wurmloch schießt, wie Karlsruhe den Kopiloten macht, und wie man einen Rechtsverstoß richtig anstellt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Vor 106 Jahren sprengte ein deutscher Physiker fundamentale Gewissheiten in die Luft: Albert Einstein fand heraus, dass die Zeit ebenso gestaucht und gedehnt werden kann wie der Raum. Seitdem wissen wir: Wenn ein Raumschiff mit 99-prozentiger Lichtgeschwindigkeit davon rauscht und (gemäß Erdenzeit) nach zweihundert Jahren zurückkehrt, dann ist die Besatzung an Bord nur zwei Jahre älter geworden. Oder so ähnlich. Jedenfalls ist die Zeit für die Astronauten deutlich langsamer verlaufen als für uns hier auf dem blauen Ball. Ist das nicht phantastisch? Noch phantastischer ist nur die Theorie von den Wurmlöchern, durch die hindurch ein echter Zeitsprung möglich sein soll.

Sicher, phantastisch, phantastisch, das Problem ist nur: Von dieser Sensation zu wissen, heißt noch lange nicht, sich die Sache auch praktisch vorstellen zu können. In unseren Sinnen sind wir immer noch besser angezogene Höhlenbewohner. Eine Stunde ist für uns eine Stunde, fertig! Und nach Wurmlöchern suchen wir in Äpfeln, nicht in den unendlichen Weiten des Weltraums. Dass man die Zeit quetschen und strecken kann wie ein Gummiband, das können wir als wissenschaftlich gesichert abhaken, aber ob wir das auch jemals wirklich begreifen? Fraglich.

Wir wollen das aber begreifen. Und wie kriegen wir das hin? Am besten, man zieht Alltagsbeispiele heran, um Einsteins Theorie von der Relativität der Zeit anschaulich zu machen. Die Politik hat uns dafür freundlicherweise ein paar sehr griffige Exemplare geliefert.

Als es darum ging, ob man ein paar Hundert Millionen Euro herausgeben sollte, damit die Hartz-IV-Empfänger fünf Euro mehr pro Nase kriegen, da dehnte sich die Zeit derart in die Länge, dass der Mond die Erde bis zum Beschluss fünfmal umkreisen konnte. Fünf Monate lang stritten sich Regierung und Opposition um die paar Kröten.

Dann aber fielen sie in ein Wurmloch: Mit der Bereitstellung von Hunderten von Milliarden waren sie im Reichstag schon nach vier Wochen fertig. Wenn man die Geldsummen als den zu durchquerenden Raum nimmt, dann sind die Berliner zum Hartz-Beschluss auf allen Vieren gekrochen, während die Euro-Rettungsmilliarden in Lichtgeschwindigkeit erreicht wurden.

Bei dem Sauseschritt darf es nicht überraschen, wenn immer mehr Steuerzahlern in der Passagierkabine speiübel wird. Zumal sie wissen, dass Wurmlöcher in der Nähe eines weit weniger freundlichen Phänomens vermutet werden, den sogenannten „schwarzen Löchern“. Das sind diese gruseligen Planetenfresser, die alles ansaugen und zermalmen, sogar das Licht, weshalb sie so schwarz sind.

Beim Blick aus dem Fenster hat man ja wirklich den Eindruck, dass es immer dunkler wird. Selbst die Beweggründe der Besatzung auf der Brücke sind kaum noch zu erkennen in dieser Düsternis. Wohin wollen die eigentlich mit uns? Der Verdacht schleicht sich ein, dass wir Teilnehmer eines Himmelfahrtskommandos sind, gesteuert von Leuten, die zwar keine Ahnung haben, worauf sie zusteuern, trotzdem aber nicht daran denken, den Fuß vom Pedal zu nehmen. Und warum nicht? Weil sie irgendwann verkündet haben, dass dies der richtige Kurs ist und jetzt die Peinlichkeit scheuen, zugeben zu müssen, dass sie danebenlagen. Klingt unfassbar, aber es wäre nicht die erste Havarie der Geschichte, die der Eitelkeit des Kapitäns geschuldet ist.

> Die Richter warten, bis alles durch ist. Dann brauchen sie nur noch mit den Achseln zu zucken

Auf einem gut organisierten Staatsschiff gibt es da aber immer noch weise Aufseher, welche den Leuten auf der Brücke notfalls in den Arm fallen. Es sind die obersten Richter, welche die Maschinen stoppen können, wenn der Kurs gegen die Verfassung verstößt. Damit sie ihres Aufseheramtes walten können, dürfen sie allerdings nicht allzu intim sein mit denen am Ruder. Genau diesen trüben Verdacht aber hegt Markus Kerber (siehe Meldung). Der Berliner Wirtschaftsjurist vertritt die 55 Mitglieder starke Klägergruppe „Europolis“, zu der sich Personen und diverse mittelständische Unternehmen zusammengeschlossen haben. Sie wollen verhindern, dass mit dem „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) die Budgethoheit des Bundestages verschenkt wird.

Eigentlich eine klare Sache: Das Recht, über die Verwendung der Steuergelder zu verfügen, haben allein die vom Volk gewählten Parlamente. So ist es in allen entwickelten Demokratien. Einen ESM, der sich (wie im Vertrag vorgesehen) einfach darüber hinwegsetzen und die Milliarden der Deutschen kurzerhand „par ordre de mufti“ einziehen kann, den lässt das Grundgesetz nicht zu. Basta.

Was aber macht Karlsruhe? Es zieht die Sache solange hin, bis sich der Bundestag per Beschluss selbst entmachtet hat. Das soll im September geschehen. Der Trick: Die Verfassungsrichter sind nicht nur dem Text der Verfassung verpflichtet, sondern auch dem „Gemeinwohl“, was ja ein recht dehnbarer Begriff ist.

Hat der Bundestag den ESM erst einmal durchgewinkt, könnten die Richter argumentieren, dass der Stabilitätsmechanismus zwar sehr bedenklich und „eigentlich“ mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Doch dann käme der Hammer: Nun aber, da alles entschieden sei, widerspreche es dem Gebot der Gemeinwohl-Verpflichtung, den historischen Beschluss höchstrichterlich wieder über den Haufen zu schießen, weil damit „dem Gedanken der europäischen Einheit und damit dem Gemeinwohl des deutschen Volkes unabsehbarer Schaden zugefügt würde. Im Namen des Volkes: Klage abgewiesen“. Die Karlsruher Richter haben gerade bekannt gegeben, wann in etwa mit ihrer Entscheidung zu rechnen sei: im September.

Was für ein Zufall! Herr Kerber wittert verständlicherweise Unrat und schäumt vor Wut. Der gute Mann scheint sich mit einer neueren Entwicklung der deutschen Rechtsgeschichte einfach nicht abfinden zu wollen: Früher wurden Rechtsbrüche dann besonders heftig geahndet, wenn sie besonders schwer waren. Heute ist es genau umgekehrt: Je feister der Verstoß, desto gnädiger der Rechtsstaat.

Beispiele gefällig? Wenn Sie tausend Euro Steuern hinterzogen haben, dann machen Sie sich mal auf was gefasst. Sollte es dagegen ruchbar werden, dass es sich um hundert Millionen handelt, dann können Sie damit rechnen, dass Ihnen der Bundesfinanzminister eine gütliche Einigung anbietet. Das gleiche Muster gilt beim Versammlungsrecht: Machen Sie eine unangemeldete Demo mit 50 gut erzogenen Freunden, bei der Sie ein kleines Plakat hochhalten, dessen Inhalt fünf Zentimeter weit in den vermeintlichen „Rechtspopulismus“ hineinlappt, können Sie gar nicht so schnell gucken, wie die Polizei ihre Zusammenrottung auflöst. Marschieren Sie hingegen mit 500 gewalttätig aussehenden „Autonomen“ unangemeldet gegen das „Schweinesystem“, wird die Polizei sie freundlich durch die Stadt geleiten und „deeskalierend“ um Ihr Verständnis buhlen. So schlägt denn auch die Emsigkeit, mit welcher die Staatsmacht Falschparker aufspürt und Geschwindigkeitsüberschreitungen ahndet, in rührende Hilflosigkeit um, wenn es darum geht, Autozündler festzunageln.

So gehen auch die obersten Richter jedem klitzekleinen Verfassungsverstoß mit vorbildlicher Genauigkeit nach. Will jedoch jemand die Gewaltenteilung im schwarzen Loch der Euro-Mechanismen versenken, dann erwecken die Karlsruher jetzt schon den Eindruck, als machten sie es sich auf dem Sessel des Kopiloten bequem, den sie schon angesichts der Portugalrettung warmgesessen hatten: Auch damals zögerten sie mit ihrer Entscheidung so lange, bis alles beschlossene Sache war. Unterdessen haben sogar die professionellen Falschmünzer begriffen, wohin die Reise mit unserem Geld geht: Die Menge an gefälschten Euro-Noten ist im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem zweiten Semester 2010 um beeindruckende 28 Prozent zurückgegangen, berichtet die Polizei.

MEINUNGEN

Der Historiker **Egon Flaig** *diagnostiziert in der „Frankfurter Allgemeinen“ (13. Juli) die Motive von* **Jürgen Habermas** *im* **„Historikerstreit“** *vor 25 Jahren:*

„Dauerhaft bestehen – auch im europäischen Rahmen – kann das deutsche Volk … nur als normales Volk, nicht als stigmatisiertes … Normalität dürfte – nach Habermas und seinesgleichen – nicht sein: nicht für die Deutschen. Nun ist eine verweigerte Normalität eine Zwangsversetzung in die Abnormalität. Die Deutschen sollten also ein abnormales Volk sein. Abnormalität als Dauerzustand, verhängt von moralisierenden Fanatikern? Kann das gutgehen? Gewiss nicht.“

Der Schweizer Vermögensverwalter **Felix Zulauf** *beschwert sich in der „Wirtschaftswoche“ (online) darüber, dass Politik und Notenbanken im Zuge der „Euro-Rettung“* **alle Maßstäbe verloren** *gegangen seien:*

„Es ist schon erstaunlich: Da schafft man es nicht, sieben Milliarden Euro Steuererleichterungen durchzusetzen, aber man geht Verpflichtungen über Hunderte von Milliarden Euro ein für Verfehlungen, die an anderen Orten entstanden sind.“

Bahnbrechende Socken

Dem Schäuble, Grünen gar
nicht grün,
spendierten diese im
Bemühn,
ihm etwas einzubrocken,
vorzeiten Stinkesocken.

Das hat ihn damals kaum tangiert,
indes hat's andre animiert,
Mysterien von Düften
durch Forscherfleiß zu lüften.

So stellte schließlich sich
heraus,
der Sockenmief, für uns
ein Graus,
kann ausgerechnet Mücken
geradezu verzücken!

Naja, den meisten Menschen
war
wohl nicht erst an den Grünen
klar:
Verschieden sind Geschmäcker,
von pervertiert bis lecker.

Doch da mit Speck man
Mäuse fängt,
hat sich bei Mücken
aufgedrängt,
mit Schweißgeruch von Socken
in Fallen sie zu locken.

In Tanganjika hat ein Test
gezeigt, dass Mücken wirklich fest
nach solch Aroma gieren –
und in der Box krepieren.

Drum will man jetzt in Afrika
bei Abwehr von Malaria
Insektizide sparen,
ein grüner Traum seit Jahren.

Nur ob es dort an Socken reicht?
Egal, denn Mief erzeugt man leicht
und obendrein noch ethisch
wie Bio-Sprit synthetisch!

Beiläufig weist sich, dass man
dann
mehr Mais und Weizen liefern
kann –
natürlich muss man's stützen,
der Umwelt soll's ja nützen.

Und nach derselben Liturgie
wird man der Fallenindustrie
mit kleinen Subventionen
den Öko-Einsatz lohnen …

Pannonicus